

Sand im Getriebe 146

„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Vorwort.....	2
Das Europäische Attac Netzwerk verurteilt die Verhaftung von Walden Bello	3
Bundestagsabgeordnete setzen sich für Julian Assange ein.....	4
Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen	5
Auswahl von SiG-Artikeln zu einzelnen Themen der ESU.....	5
Attac Frankreich: Strategische Orientierung 2022-2025	6
1. Rahmenbedingungen.....	6
2. Das Engagement von Attac.....	9
3. Mittel zur Umsetzung dieser Vorhaben.....	13
ATTAC/CADTM Marokko: 37 Tote an den Grenzen der Europäischen Union	14
Attac Österreich fordert sozial-ökologischen Energie-Grundanspruch	15
Kämpfe gegen Armut und Ungleichheit.....	16
Gesundheit	17
Attac Hamburg – Newsletter 8/22: Neues Sparpaket im Gesundheitswesen.....	17
Profite im Gesundheitswesen.....	18
Kritischer Blick auf die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie.....	18
Ausdauernde Kämpfe gegen den Pflegenotstand.....	19
Radwa Khaled-Ibrahim, medico: Hunger mit System	20
IPES-Food Lebensmittelpreis- und Hungerkrise wäre vermeidbar.....	21
Attac und Österreichischer Bauernverband Finanz- und Weltmärkte überwachen und Spekulation bekämpfen.....	23
Ingeborg Schellmann: Documenta 15 in Kassel Antisemitismus – deutsche und internationale Sicht	25
Palästina	27
Pax Christi: Geplante Vertreibung stoppen.....	27
pax christi-Kommission Friedenspolitik: Extralegale Hinrichtungen verurteilt.....	27
BIP: Operation Morgendämmerung - Oder der dreitägige Krieg.....	28
Michel LEGRAND, ECCP: Der neue Angriff Israels auf Gaza: Zeit für die EU zu handeln.....	28
Friedensbewegung	29
Matthias Jochheim: Hiroshima-Gedenken	29
Atomwaffen abrüsten - AVV Konferenz in Wien	30
Attac AG Globalisierung und Krieg: Tagung Wege zum Frieden - Den globalen Krieg verhindern!	34
Termine der Friedensbewegung in Deutschland.....	35
Gewalt und Elend in Afghanistan - Friedensbewegung mahnt Hilfen für die Bevölkerung an.....	36

Vorwort

Sei es die Klimakrise, die Zerstörung der Biodiversität, die Wasserkrise, sei es der Umgang mit Pandemien, sei es Armut, Hunger gar, sei es die atomare Bedrohung: Die Erkenntnis macht sich breit, dass die „Lösungen“ unserer Regierungen die Widersprüche verschärfen und faktisch große Teile der Weltbevölkerung in noch mehr Elend stürzen (**Hunger mit System**, Radwa Khaled-Ibrahim, medico international; **IPES-Food: Lebensmittelpreis- und Hungerkrise wäre vermeidbar**).

Währenddessen frönt eine kleine Elite ihrem imperialen Lebensstil noch frenetischer und nimmt es hin, dass Menschen an den EU-Grenzen getötet werden (**ATTAC/CADTM Marokko: Das Abkommen Spanien/Marokko tötet**).

Vor wenigen Tagen erst hat UN-Generalsekretär Guterres konstatiert, die Welt sei seit Ende des Kalten Kriegs nie so nahe an dem Ausbruch eines Nuklearkriegs gewesen wie heute. Dagegen sind das **Nuclear-Ban-Forum** und die **AVV-Staatenkonferenz in Wien** (Juni 2022) ausgerichtet gewesen.

„Interessenkonflikte“ (von Ländern) werden „zum Kampf zwischen Gut und Böse“ stilisiert. „Wir haben Grund, an solch hehren Motiven zu zweifeln“ (**Tagung der BAG Globalisierung und Krieg** im September 2022). Menschenrechte? In **Palästina** werden Menschen vertrieben und getötet, in **Afghanistan** kosten die Folgen des Angriffskrieges vor 20 Jahren Menschenleben.

Im **Entwurf zur strategischen Orientierung von Attac Frankreich** wird unter anderem das „chaotische und autoritäre Management der Gesundheitskrise durch die französische Regierung“ kritisiert und festgestellt: „Trotz allem räumen die Verfechter der neoliberalen Politik der Finanzlogik weiterhin Vorrang ein, indem sie insbesondere die Interessen der Aktionäre bedienen, und sie wollen immer noch den Einfluss eines neoliberalen Kapitalismus ausdehnen, der immer brutaler und autoritärer wird.“ Diese Brutalität erstreckt sich auch auf die Angriffe auf die Pressefreiheit (Verfolgung von **Julian Assange** und **Walden Bello**).

Der „Kampf gegen die Straflosigkeit multinationaler Konzerne, Freihandelsabkommen und die Macht des digitalen Kapitalismus“ steht weiterhin an – aber „die Neoliberalen haben eine Kampagne gestartet, mit der die Angst vor der Staatsverschuldung geschürt werden soll; ihr Ziel ist die Durchsetzung einer Austeritätspolitik“ (Attac Frankreich). Gegen die Austeritätspolitik stehen immer wieder Beschäftigte in den Krankenhäusern auf (zuletzt Streiks in NRW), der Paritätischer Verband fordert 200 Euro mehr sofort für Hartz-IV-Empfänger.

„Die Krise der neoliberalen Ideologie kann und muss unseren Emanzipationsbewegungen neuen Schwung verleihen. Mehr denn je ist steuerliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit lebensnotwendig“ (Attac Frankreich). Dazu hat **Attac Österreich** einen Vorschlag entwickelt: „einen ‚Energie-Grundanspruch‘ mit progressiven Tarifen – insbesondere für verschwenderischen Luxusverbrauch. Der Vorschlag macht die Basis-Versorgung mit Energie zu einer öffentlichen Aufgabe und verbindet somit soziale und ökologische Herausforderungen“.

„Die sozialen Bewegungen werden angesichts der aktuellen Offensiven entscheidend sein“ (Attac Frankreich). Dafür ist Austausch und Vernetzung auf der **Europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen** wichtig – denn „uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“ (Die Internationale*). - *mdv*

**[französischer Text](#) von Eugène Pottier; [deutscher Text](#)*

Das **SiG-Dossier** „**Leben in Zeiten des Corona-Virus**“ – **Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weiter geführt. Die Werkstatt für SiG146 enthält ergänzende Artikel.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

*Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org*

E-Mail: sig@attac.de – Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: Eintragung online:

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/> Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).

*Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. **Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.***

An dieser Nummer haben mitgewirkt:

*Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland)
Danke an alle, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes*

Das Europäische Attac Netzwerk verurteilt die Verhaftung von Walden Bello

Anklage gegen Träger des Alternativen Nobelpreises klarer Akt politischer Verfolgung

Walden Bello, weltbekannter Autor, Aktivist für wirtschaftliche Gerechtigkeit, Träger des Alternativen Nobelpreises und ehemaliges Mitglied des philippinischen Repräsentantenhauses für die Akbayan-Partei (Bürgeraktionspartei), ist am Montag auf den Philippinen unter dem Vorwurf der "Cyberverleumdung" festgenommen worden. Die Anklage wurde von Tupas, einem ehemaligen Berater der amtierenden Vizepräsidentin Sara Duterte erhoben. Mittlerweile ist Bello auf Kautionsfreigabe freigelassen worden, dennoch drohen ihm bis zu acht Jahre Gefängnis.

Das Europäische Attac-Netzwerk (EAN) protestiert scharf gegen die Verhaftung Bellos und die Anklage gegen ihn. „Die Verhaftung von Bello ist ein klarer Akt politischer Verfolgung, der all jene in Angst und Schrecken versetzen soll, die sich gegen den Vizepräsidenten und die derzeitige Regierung aussprechen könnten. Die philippinische Regierung setzt das neue Gesetz zur Verleumdung im Internet ein, um die politische Opposition im Land zu verfolgen“, heißt es in einer Stellungnahme des EAN. „Dieser jüngste Fall ähnelt der derzeit laufenden, viel beachteten Anklage wegen Cyberverleumdung gegen die Friedensnobelpreisträgerin und Geschäftsführerin des philippinischen Online-Nachrichtenportals Maria Ressa. In beiden Fällen geht es um die grundlegendsten demokratischen Rechte: das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht, Politiker zu kritisieren. Wir sind solidarisch mit Walden Bello und Maria Ressa und fordern, dass diese rachsüchtigen Anklagen fallen gelassen werden.“

Die Klage gegen den 76-jährigen Bello wurde beim Amtsgericht in Davao City eingereicht, wo der politische Clan der Dutertes seit mehr als drei Jahrzehnten an der Macht ist. Bello kandidierte bei den Wahlen im Mai 2022 für die Partido Lakas ng Masa (Partei der werktätigen Massen), eine demokratische sozialistische Partei, als Vizepräsident und kritisierte Sara Duterte öffentlich dafür, dass sie nicht an den Debatten über die Vizepräsidentschaft teilnahm, die im Fernsehen übertragen wurden.

Bello sprach im Wahlkampf auch die drakonische Anti-Drogen-Politik des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte an, dem Vater von Sara Duterte. In einem UN-Bericht wurde diese Politik verurteilt, da sie zu "weit verbreiteten und systematischen" außergerichtlichen Tötungen von wahrscheinlich Zehntausenden von Menschen geführt hat.

Attac.de

Solidaritätserklärungen aus der ganzen Welt:

<https://focusweb.org/defending-rights/>

Artikel von Walden Bello in Sand im Getriebe – eine Auswahl: **SiG 141: Nach dem Neoliberalismus – was?**

SiG 122: Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen

SiG 100: Globalisierung in der Sackgasse / Vorzüge der DeGlobalisierung

SiG 69: Woran liegt es? Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street



Erklärung von Focus on the south (Auszüge)



Dr. Bello ist seit vielen Jahrzehnten ein unerschrockener Verfechter von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten. Als Aktivist und Wissenschaftler steht er an vorderster Front, wenn es darum geht, die Ungerechtigkeiten aufzudecken, die das von den Eliten dominierte politische und wirtschaftliche System sowohl auf den Philippinen als auch international mit sich bringt. Seine Forderung nach Transparenz bei der PDEA-Drogenrazzia im November 2021, in die Tupas verwickelt gewesen sein soll, steht im Einklang mit seinem Einsatz für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht im sogenannten Krieg gegen Drogen, der von der Regierung Duterte initiiert wurde. Seit 2016 betont Dr. Bello, dass der gewaltsame Ansatz der Regierung, der lediglich darauf abzielt, mutmaßliche Drogenkonsumenten und Drogenhändler zu eliminieren, nicht die eigentliche Ursache des Drogenproblems bekämpft. Dr. Bello wurde zu Unrecht verhaftet, nur weil er die Wahrheit sagte.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, die Anklage gegen Dr. Bello fallen zu lassen. Wir fordern auch die Entkriminalisierung von Verleumdung und Cyberverleumdung, da strafbare Verleumdung oft dazu benutzt wurde, die Meinungs- und Pressefreiheit zu untergraben und als Waffe gegen politische Gegner eingesetzt wurde.

Die Verleumdungs- und Cyberverleumdungsklagen gegen Dr. Bello sind nicht nur ein juristischer, sondern vor allem ein politischer Kampf, und sie sind einer von vielen Fällen von Unterdrückung, die schwerwiegende Folgen für den Zustand unserer ohnehin schon zerbrechlichen Demokratie haben werden. Daher müssen wir uns weiterhin mit den einfachen Filipinos solidarisieren, um ihre Rechte inmitten dieser Drohungen und Repressalien zu verteidigen. Wir danken auch der internationalen Gemeinschaft, die ihre Unterstützung für Dr. Bello zum Ausdruck gebracht und seine Verhaftung verurteilt hat.

Bundestagsabgeordnete setzen sich für Julian Assange ein

84 Bundestagsabgeordnete fordern Julian Assanges Freilassung; eine Petition an den Petitionsausschuss, die „psychologische Folter“ von Julian Assange sowie den Angriff auf die Pressefreiheit schärfstens zu verurteilen, wurde angenommen. (Wann) reagiert Baerbock?

Offener Brief von 84 Bundestagsabgeordneten
[Deutsche Welle](#), 7.7.2022: "Journalistinnen und Journalisten dürfen für ihre Arbeit nicht verfolgt und bestraft werden. Nirgendwo." Mit diesen Worten beginnt ein [offener Brief](#) von mehr als 80 Bundestagsabgeordneten der SPD, den Grünen, der FDP sowie der oppositionellen Linken. Die Unterzeichner aus vier Bundestagsfraktionen setzen sich für die Freilassung des Wikileaks-Gründers Julian Assange ein, aus humanitären Gründen, aber auch im Interesse der Pressefreiheit: "Gemeinsam mit vielen britischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier appellieren wir an die britische Regierung, die Pressefreiheit zu verteidigen und ihre Entscheidung, Assange an die USA auszuliefern, zu überdenken."

Die Abgeordneten betonen die Bedeutung einer freien Presse als "elementaren Bestandteil jeder Demokratie". Sie zeigen sich besorgt über den "abschreckenden Effekt, den die Auslieferung von Assange auf die Pressefreiheit und auf den investigativen Journalismus weltweit haben könnte". Ihr Fazit: "Die Auslieferung Assanges wäre ein fatales Signal für Journalistinnen und Journalisten weltweit".

Der offene Brief ruft auch US-Präsident Joe Biden auf, vom Gesuch auf Auslieferung Julian Assanges abzusehen. Er verweist zudem auf eine [Resolution](#) der parlamentarischen Versammlung des Europarates, die ebenfalls die Freilassung des Enthüllungsjournalisten fordert.

Der Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation "Reporter ohne Grenzen" (RoG) Christian Mihr wertet den offenen Brief im DW-Interview als "sehr starkes Signal". Noch nie habe sich eine so große Zahl an Parlamentariern einem offenen Brief zur Unterstützung Julian Assanges angeschlossen. Mihr gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Bundesregierung dieses Signal ernst nehme "und sich in aller Deutlichkeit gegenüber US-Präsident Joe Biden positioniert".

(Verweise im Text von der SiG-Redaktion)

Der Petitionsausschuss

nimmt eine Petition für Julian Assange an

[Berliner Zeitung](#): „Der Bundestag möge beschließen“ – so die Forderung - „die zur Zeit stattfindende psychologische Folter des Journalisten Julian Assange und den damit verbundenen Angriff auf die Pressefreiheit in Deutschland und Europa aufs Schärfste zu verurteilen“. In der Begründung der Petition wird wegen des Umgangs mit Assange ein „Angriff auf die grundlegenden humanistischen Werte unserer Gesellschaft“ angeprangert.

„Die Entscheidung im Deutschen Bundestag für das Leben und die Freiheit von Julian Assange ist eine historische Entscheidung“, erklärte die Linken-Politikerin Sevim Dagdelen. „Nicht wer Kriegsverbrechen aufdeckt, gehört ins Gefängnis, sondern wer sie begeht und befiehlt.“

[Deutsche Welle](#): Der Petitionsausschuss nimmt in seiner Beschlussempfehlung Bezug auf den früheren UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer. "Nach einem Besuch

des inhaftierten Assange im britischen Gefängnis Belmarsh hatte dieser einen insgesamt kritischen Gesundheitszustand sowie typische Folgesymptome lang andauernder psychologischer Folter festgestellt", heißt es in der Beschlussempfehlung, die der DW vorliegt. "Der Ausschuss betont in diesem Zusammenhang, dass menschenwürdige Haftbedingungen einen elementaren Bestandteil rechtsstaatlicher justizieller Verfahren darstellen." Insgesamt hält auch der Petitionsausschuss die "Verurteilung eines Journalisten wegen dessen Publikationen jedenfalls geeignet, das Vertrauen in die Freiheit der Presse zu erschüttern."

Ärzte für Assange warnen – (Wann) reagiert Baerbock?

Es fällt Baerbock und ihrer grünen Partei offenbar leichter, sich in Moskau, Peking und Ankara für die Menschenrechte einzusetzen als in London und Washington. Aber dort wird der Mann politisch verfolgt und psychisch gefoltert, dem die Welt die bislang meisten Enthüllungen von Menschenrechtsverletzungen verdankt. Kaum jemand hat mehr für die Menschenrechte getan als Julian Assange. Und was hat Baerbock, was haben [die Grünen für Assange getan](#)?

Während Baerbock um die Welt reist, [warnten australische Ärzte](#) jetzt erneut davor, dass der im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftierte WikiLeaks-Gründer binnen Monaten im Gefängnis sterben könne. Schon das renommierte medizinische Fachblatt The Lancet hatte seit Jahren wiederholt auf [die gesundheitlichen Gefahren der Haftbedingungen](#) für Assange hingewiesen. „Medizinische Untersuchungen von Julian Assange im Belmarsh-Gefängnis in Großbritannien haben ergeben, dass er unter schweren lebensbedrohlichen kardiovaskulären und stressbedingten medizinischen Bedingungen leidet, einschließlich eines Mikro-Schlaganfalls als Folge seiner Inhaftierung und psychologischen Folter“, sagte der „[Doctors for Assange](#)“-Sprecher [Robert Marr](#) und wandte sich damit vor allem an die Regierungschefs und Außenminister der westlichen Welt.[...]

Auszüge aus einem Artikel der [Nachdenkseiten](#), 11.8.2022

[Berliner Zeitung](#), 20.6.2022 : Vater und Bruder von Julian Assange: „Die Bundesregierung muss endlich handeln.“

Mehr über Julian Assange: <https://freeassange.eu/labournet>: Whistleblower-Debatte anlässlich Julian Assange

UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer:

- Artikel in **Le Monde Diplomatique**, August 2022 [englisch](#) „Double standards on ‘Britain’s only political prisoner’ - Julian Assange, unequal before the law“; [französisch](#): „Cajoler Pinochet, briser Assange“; keine deutsche Übersetzung

- **Buch: Der Fall Julian Assange** (2021)

- Fall Assange: **Deutschland zwischen Appeasement und Komplizenschaft**, 22. April 2021 - [Heise](#)

Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen

17.-21. August in Mönchengladbach <https://www.esu22.eu/start>

Forum und Workshops: [Thema Gesundheit](#), [Umweltschutz/ Klima](#), [Europa](#), zur [sozialen Frage ... u. v. m.!](#)

Auswahl von SiG-Artikeln zu einzelnen Themen der ESU

Strategische Orientierung

[SiG 141](#): Walden Bello: Nach dem Neoliberalismus ... Was?

TNI, Focus on the South: Zeit für einen demokratischen Reset

[SiG 140](#): Chomsky: Rebellion oder Untergang, Aufruf zur Rettung unserer Zivilisation

[SiG 139](#): Attac Frankreich: "Handbuch der Geschichte der Zukunft"

[SiG 133](#): Attac Frankreich: Strategische Orientierung 2019-2022

Weltsozialforum: [SiG 142](#), [141](#), [140](#)

Frieden!

[SiG 144](#): Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg

[SiG 145](#): **Ukraine**: Peter Wahl: Kompromissfrieden oder Siegfrieden / Nein zur Aufrüstung!

Norman Paech: Die globalen Regeln der NATO - und wo bleibt das Völkerrecht?

[SiG 142](#): Kooperation statt Kriege!

[SiG 89](#): W. Bello: Humanitäre Interventionen - gefährliche Doktrin

NATO

[SiG 120](#): Matthias Jochheim: Gemeinsame Sicherheit statt Krieg – Alternativen zur NATO

[SiG 113](#): Immanuel Wallerstein: Die NATO, eine Gefahr für den Weltfrieden

[SiG 73](#): Chomsky: Die NATO und ihre Kriege; Attac Frankreich: Die teuflische Logik der NATO

Kapitalismus

[SiG 141](#): Walden Bello: Nach dem Neoliberalismus... Was?

[SiG 140](#): Klima und Umwelt vor Profit

[SiG 138](#): Pharma- und Krankenhauskonzerne

[SiG 136](#): Wachsende Unordnung

Verschuldung

CADTM-Texte über Schulden

Griechenlands Schulden – [Bericht der Wahrheitskommission, Juli 2015](#)

[SiG 138](#): Streicht die Schulden!

Klima

[Sondernummer zur Klimagerechtigkeit](#), Januar 2020 / [SiG-Artikel, 2007-2020](#)

[SiG 143](#): UN-Klimakonferenz 26 / Klimagerechtigkeit oder Profite für Unternehmen? / Widerstand gegen Umweltzerstörungen in Lateinamerika

[SiG 142](#): Energie-Charta-Vertrag stoppen!

[SiG 134](#): Klimagerechtigkeit!

[SiG 133](#): Klimastreiks

Soziale Frage

[SiG 143](#): Lokale Kämpfe / Zur Ampelkoalition (Butterwege, Schneider, Urban)

[SiG 140](#): Steuer- und soziale Gerechtigkeit

[SiG 139](#): Gerechtigkeit!

[SiG 137](#): Plan zum Ausweg aus der Krise (Bündnis in Frankreich)

[SiG 136](#): Weltweit stehen Frauen auf

[SiG 135](#): Streiks, Demonstrationen in Frankreich gegen die Rentenreform

[SiG 132](#), [SiG 131](#) und [SiG 130](#):

Gelbwesten-Bewegung in Frankreich

Landwirtschaft / Hungersnöte

[SiG 145](#): Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät

[SiG 142](#): UN-Ernährungsgipfel: weder gerecht, noch gesund, noch nachhaltig

[SiG 141](#): Aufstände der indischen Bauern / Bayer und Co: das einträgliche Geschäft mit Gift

[SiG 138](#): Radikale Kehrtwende, um Hunger bis 2030 zu beenden (Misereor, FIAN, Inkota, Oxfam, ...)

[SiG 137](#): Hunger oder COVID-19? Oder beides?

[SiG 132](#): Das EU-Mercosur Abkommen schadet Bäuerinnen und Bauern weltweit

Gesundheit

[SiG 138](#): **Gesund leben!**

Soziale Lage, die krank macht / Umkämpfter Gesundheitsschutz in den Betrieben
Pharma Papers: 1000 Milliarden Euro Gewinn in 20 Jahren

[SiG 139](#):

- COVID-19: Wo bleibt die Gerechtigkeit?

- [Riccardo Petrella](#): Gesundheit für alle?

[SiG 143](#): Europäisches Attac-Netzwerk: Die Impfstoff-Apartheid zeigt, dass wir jetzt eine neue Wirtschaft brauchen
- Patente töten, u. a. m.

[SiG 142](#): Attac Frankreich: Ablehnung des 'Gesundheitspasses' - Gesundheitskrise: eine andere Politik ist möglich!

- Brot für die Welt: G20 zu Covid-19: kein großer Wurf!

- German Foreign Policy: Impfstoffhersteller beliefern vor allem reiche Länder!

[SiG 136](#): Pandemie im globalen Süden

Sonderseite 'Leben in Zeiten des Corona-Virus'

Wasser

[SiG 21](#) (2003): Wasser ist Leben! u.a.: Wasserforum in Florenz

[SiG 143](#): Wie Wasser in Deutschland zum umkämpften Gut wird

[SiG 140](#): Latifa Madani:

Wasser: fürs Leben... oder für die Börse?

[SiG 130](#): C. Rollmann: „Wasser ist mehr wert als Gold“, Proteste in Patagonien

[SiG 95](#): Streit um das Wasser - die neue Apartheid im Nahen Osten

[SiG 85](#); [SiG 73](#); [SiG 72](#); [SiG 67](#);

[SiG 53](#): Vandana Shiva: Kriege um Wasser

Kämpfe gegen Wasserprivatisierung: u.a. in [SiG 104](#), [106](#), [115](#), [121](#), [124](#)

Asyl / Migration

[SiG 144](#): gegen ein "Zwei-Klassen-Asylsystem" / EU-Türkei-Erklärung, 6 Jahre Untergrabung des Flüchtlingsschutzes

[SiG 143](#): Die Humanität der EU?

[SiG 139](#): Europäische Schande im Umgang mit Geflüchteten

Demokratie

[SiG 142](#): Rolf Becker: Esther Bejarano

[SiG 141](#): Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus / Frankreich: gegen die Ansichten der extremen Rechten

[SiG 139](#): Attac Frankreich: Grundfreiheiten verteidigen! / D. Vidal: gegen die extreme Rechte und ihre nützlichen Idioten

[SiG 136](#): Rechtsverschiebung in Deutschland ist mit aggressiver Weltpolitik verflochten

[SiG 131](#): Konferenz gegen Rechtsextremismus in London, 2019

Lateinamerika

[SiG 143](#): Widerstand gegen Umweltzerstörungen in Lateinamerika

[SiG 142](#): Weltreise von Zapastist:innen

[SiG 138](#): Kooperativen in Zeiten von Covid-19 / Chiles weg zur neuen Verfassung/ Bolivien: Sieg von MAS

[SiG 134](#): Putsch in Bolivien / Morales, der Indio im Abseits / der begehrte Stoff Lithium / Brasilien / Chile

[SiG 131](#): Venezuela / [SiG 130](#): Nicaragua

Afrika

[SiG 145](#): Trojanisches Pferd für große Saatgutfirmen in Afrika – Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät

[SiG 132](#): Nordafrika

Asien

[SiG 141](#): Aufstände der indischen Bauern

Europa

[SiG 144](#): Europäische Union: Öl ins Feuer

[SiG 137](#): zu den EU-Programmen

[SiG 135](#): zur neuen EU-Kommission / 10 Jahre Lissabon-Vertrag

Attac Frankreich

Strategische Orientierung 2022-2025

Zur strategischen Orientierung von Attac Frankreich für die Jahre 2022–2025 konnten die Mitglieder von Attac Frankreich ab dem Herbst 2021 diskutieren und Vorlagen ausarbeiten (detaillierter Fahrplan [hier](#)). Über den hier übersetzten [Entwurf zur strategischen Orientierung](#) (26. Juni 2022) und über den [Rechenschaftsbericht](#) entscheiden alle Mitglieder per Briefwahl bis um 15. September 2022, ebenfalls per Briefwahl wird der [Verwaltungsrat](#) von allen Mitgliedern bestimmt. Eine Vollversammlung findet am 1. und 2. Oktober 2022 statt.

1. Rahmenbedingungen

Niemand weiß zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser strategischen Orientierung, wie die politische und soziale Situation zum Zeitpunkt der Generalversammlung von Attac im Oktober 2022 aussehen wird angesichts des Wahlkontextes in Frankreich, der Entwicklung der COVID-Pandemie und der Folgen der militärischen Invasion der Ukraine durch Russland ... Eine Feststellung drängt sich jedoch auf: Dieser Bericht bestätigt weitgehend die Analyse des Orientierungsberichts 2019, in dem es heißt: „Die Kluft zwischen Reichen und Armen, zwischen Mächtigen und sozial Schwachen, zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, auf globaler Ebene und innerhalb unserer Gesellschaften wird immer größer. Die Zerstörung von Klima und Natur verschärft sich Jahr für Jahr weiter.“ Überall auf der Welt sind die Menschen in unterschiedlichem Ausmaß mit vielfältigen Spannungen konfrontiert, die auf Konflikte und Ungleichheiten aller Art zurückzuführen sind: eine zunehmend ungleiche Verteilung des Wohlstands, die Unfähigkeit von Regierungen, die grundlegenden sozialen und ökologischen Bedürfnisse zu erfüllen, und das schwindende Vertrauen gegenüber der politischen Führung. Die Heftigkeit der Debatten (zum Beispiel über Einwanderung oder soziale Sicherungssysteme) nährt zudem Spaltungen, die von nationalistischen Bewegungen und Befürwortern eines immer brutaleren Neoliberalismus ausgenutzt werden. Doch die sozialen Bewegungen sind nicht resigniert und die Reaktionen der Bevölkerung können entschlossen sein.

Zwei große ideologische Offensiven liefern ihre radikal verheerenden Antworten auf eine neuartige Situation. Die eine propagiert einen nationalistischen und fremdenfeindlichen Umschwung und die andere einen autoritären extremen Neoliberalismus, dessen Hauptwaffe die Austerität ist. Beide orientieren sich an neoliberalen Lösungen, die einen Abbau der sozialen Rechte und der Solidarität mit sich bringen. Diese Diskurse schüren die Ablehnung des „Anderen“ (zum Beispiel Ablehnung der Einwanderer und Gleichsetzung von Terrorismus mit muslimischen Bevölkerungsgruppen) und haben eine Verschärfung der Spannungen zur Folge.

Nach mehr als zwei Jahren Pandemie ist die politische Situation durch den Ausgang der Wahlen, den Beginn der zweiten fünfjährigen Amtszeit Macrons und den Ausbruch eines bewaffneten Konflikts in Europa geprägt. Eine Feststellung drängt sich auf: Zu den Präsidentschaftswahlen, bei denen die Wahlenthaltung immer stärker wurde, traten in der zweiten Runde Kandidaten gegeneinander an, die jeweils eines

der beiden oben genannten Projekte verkörperten, und das im Kontext einer relativen Verschlechterung der Wahlergebnisse der Linken im Vergleich zu 2012. Der politische Feldzug von Emmanuel Macron seit 2017 hat zu einer – vielleicht nur vorübergehenden – Quasiauflösung der Parteien geführt, die seit den 1970er Jahren die politischen Felder links und rechts strukturiert hatten. Die neue Dreiteilung (ein neoliberaler Block um die Kandidatur von E. Macron, ein neofaschistischer Block mit den Kandidaturen von Zemmour und Le Pen, ein Linksblock gegen den Neoliberalismus um J.-L. Mélenchon), die im ersten Wahlgang entstanden ist, birgt große Gefahren, da die beiden großen Blöcke von unseren Gegnern gestellt werden. Dennoch hat diese Wahl dazu geführt, dass eine andere Stimme rund um die Losung „Eine andere Welt ist möglich“ zum Ausdruck kam, die zeigt, dass die Kräfte des Widerstands gegen Neoliberalismus und Rassismus nicht verschwunden sind, sondern sich radikalisiert haben. Die Situation birgt also Widersprüche und Potenziale, die über die Wahltermine hinaus in erster Linie die sozialen Bewegungen und den Widerstand der Bevölkerung betreffen. Unsere Bewegungen hatten mit Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere während der Gesundheitskrise, aber die Mobilisierungen sind nicht erloschen. Die Herausforderungen, vor denen die Bevölkerung steht, sind immens: soziale Gerechtigkeit, mit der Steuererechtigkeit als ein Pfeiler, Schutz der Umwelt, Klimagerechtigkeit, soziale und politische Demokratie, Infragestellung verschiedener Herrschaftsformen ... Die sozialen Bewegungen werden angesichts der aktuellen Offensiven entscheidend sein und müssen sich auf die Potenziale stützen, die die Ablehnung des Macronismus in weiten Teilen der Bevölkerung bietet.

1.1 Die internationale Lage zwischen Kriegen, Konflikten und Neoliberalismus

Auf internationaler Ebene wird ein Großteil der Welt von bewaffneten Konflikten heimgesucht (unter anderem im besetzten Palästina, in Syrien, im Jemen, im Südsudan, im Irak, in der Sahelzone und in der Demokratischen Republik Kongo). In Osteuropa nähren die militärische Aggression Russlands in der Ukraine und ihre Folgen für die ukrainische Bevölkerung die Angst vor einem bewaffneten Konflikt aus komplexen geopolitischen und strategischen Motiven. Generell sind die Spannungen nach wie vor zahlreich und besorgniserregend. Der Kampf um Einfluss, den sich nicht nur die USA, China und die Europäische Union liefern, gestaltet die globale Geostrategie und die finanzielle Globalisierung neu. Der Krieg in der Ukraine wird auch

dazu beitragen, die Frage der internationalen Legitimation der Länder, die Atomwaffen besitzen, und die Frage der Ohnmacht der Vereinten Nationen bei der Umsetzung ihres eigenen Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) neu zu formulieren. Attac bekräftigt sein Engagement in der ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen). In diesem Zusammenhang bedeutet die Niederlage von Donald Trump, so willkommen sie auch war, jedoch weder das Ende der hegemonialen Gelüste der USA noch ein Verschwinden des Rechtspopulismus und reaktionärer Dynamiken. Dies zeigen die Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaftsstrukturen (Putin, Orban, Bolsonaro ...) und die Entwicklung eines nationalistischen, konservativen und intoleranten politischen Diskurses in vielen Ländern, darunter in Frankreich, der über die traditionelle extreme Rechte hinaus verbreitet ist. Die Krise der neoliberalen Hegemonie hat neue Monster hervorgebracht, auch wenn der Wahlsieg von Gabriel Boric in Chile gegen einen rechtsextremen Kandidaten einen echten Hoffnungsschimmer darstellt.

Die Europäische Union ihrerseits bildet einen entscheidenden Rahmen, in dem und durch den die neoliberale Politik in ihren Mitgliedstaaten in Schlüsselbereichen umgesetzt wird. Im wirtschaftlichen Bereich bilden die jährlichen Empfehlungen des Europäischen Semesters den Fahrplan für die durchzuführenden „Reformen“, die das Leben der Bevölkerung stark beeinträchtigen. Generell muss die wahrscheinliche neoliberale Intensivierung der europäischen Verträge, die eine Ausdehnung ihres Geltungsbereichs (durch Ausweitung der Anwendungsbereiche und den Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit) darstellen würde, Gegenstand des größten Widerstands von Attac sein, das in seinem letzten Orientierungsbericht empfahl, gemäß dem Konzept eines entschlossenen Ungehorsams gegenüber den europäischen Verträgen zu handeln. Dasselbe gilt für Freihandelsverträge wie die Abkommen der Europäischen Union mit China, den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik), dem Mercosur und Mexiko, die ohne Unterlass eine Deregulierung anstreben, die den sozialen und ökologischen Herausforderungen zuwiderläuft.

1.2 Ein System in der Krise

Die Gesundheitskrise war zwar eine Belastungsprobe für die Bevölkerung, zeigte aber auch die Grenzen eines kapitalistischen Systems auf, das auf „immer mehr“ beruht. Diese Pandemie hat ihren Ursprung zum Teil in der Entwicklung von Zoonosen, die mit der Zerstörung von Naturräumen, insbesondere der Entwaldung, und der Globalisierung des Handels zusammenhängt. Neben dem chaotischen und autoritären Management der Gesundheitskrise durch die französische Regierung und der Ablehnung des zum „Impfpass“ gewordenen Gesundheitspasses hat sie Debatten über die Relokalisierung der Produktion und die Wandlung der Arbeit (mit Homeoffice und der Uberisierung) ausgelöst. Sie hat auch die lebenswichtige Bedeutung der Menschen, die systemrelevante Tätigkeiten verrichten, sowie ihre Fähigkeit, sich zu organisieren und Schwierigkeiten zu bewältigen, deutlich gemacht, aber auch die Bedeutung der Sozial-

systeme, der öffentlichen Dienste und der öffentlichen Finanzen, während in der fünfjährigen Amtszeit von Emmanuel Macron die Angriffe auf die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherung fortgesetzt wurden. Davon zeugt der kontinuierliche Abbau der Bettenzahl in den öffentlichen Krankenhäusern; darüber hinaus haben infolge der Pandemie zahlreiche Krankenpfleger:innen und Pflegehelfer:innen wegen arbeitsbedingter Erschöpfung und unzureichender Lohnerhöhungen im Gesundheitswesen ihre Arbeit gekündigt.

Diese beispiellose Periode kann nicht über den Zustand der systemischen Krise des Kapitalismus hinwegtäuschen. Vor der Gesundheitskrise waren die Warnungen vor einer möglichen neuen Krise aufgrund einer gewissen wirtschaftlichen Abschwächung, eines Anstiegs der Verschuldung der Haushalte und eines Wertverlusts von Finanzanlagen begründet: Eine neue Finanzkrise zeichnete sich ab. Dennoch wurden keine Lehren aus dem Krisenmanagement von 2008 gezogen. Nach 2008 wurden die Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen durch Austeritätsmaßnahmen geschwächt, die Ungleichheit und der soziale Rückschritt verschärft – und das alles unter Missachtung der ökologischen Krise. Trotz allem räumen die Verfechter der neoliberalen Politik der Finanzlogik weiterhin Vorrang ein, indem sie insbesondere die Interessen der Aktionäre bedienen, und sie wollen immer noch den Einfluss eines neoliberalen Kapitalismus ausdehnen, der immer brutaler und autoritärer wird. Ein anschauliches Beispiel ist die Reform der Arbeitslosenversicherung, die zynischerweise mitten in einer Pandemie erfolgte, während durch Kurzarbeit eine soziale Katastrophe verhindert werden konnte.

Änderungsantrag 2 - Arbeit

Die Arbeit hat die weltweite Umstrukturierung des Kapitalismus mit dem Ziel, den größtmöglichen Wert für die Aktionäre zu erzielen, mit voller Wucht zu spüren bekommen. In jüngster Zeit hat sich der Kapitalismus neu organisiert, indem er die Ausbeutung der Arbeitskraft verstärkt hat, insbesondere durch den Einsatz digitaler Technologien. Zu Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen gesellten sich die durch das „Management“ bewirkten Übel (Stress, Individualisierung und Auflösung der Arbeitsteams, Verlust des Sinns der Arbeit). Diese Verschlechterung der Arbeit ist zweifellos eine der Ursachen für die Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität, und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem die Ausbeutung der Natur einen Höhepunkt erreicht. Es macht keinen Sinn, immer mehr Waren zu produzieren, mit dem Profit als einzigem Kompass. Die soziale Krise und die ökologische Krise führen zusammen zu einer tiefen Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise.

(Nach den Diskussionen auf der Attac-Konferenz modifiziert)

Darüber hinaus wurden in dieser Zeit keine Fortschritte bei der globalen Finanz- und Steuerregulierung erzielt. Es wurde lediglich ein dürftiges und unzureichendes Abkommen über die Besteuerung multinationaler Unternehmen erzielt. Die tatsächliche Tragweite dieses Abkommens bleibt abzu-

warten, doch wird es den Steuer- und Sozialwettbewerb nicht neutralisieren und kann sogar als Rechtfertigung für eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer herangezogen werden. Und das, obwohl die Steuerflucht System hat und den öffentlichen Finanzen weiterhin jedes Jahr zig Milliarden Euro entzieht.

Das System hat seine Unfähigkeit gezeigt, auf die laufenden Umweltkatastrophen zu reagieren. Dabei sind die Prognosen der Teile 1 und 2 des IPCC-Berichts vom August 2021 und Februar 2022 alarmierend; das Klima erwärmt sich überall schneller als erwartet, so dass sich die katastrophalen Folgen für die Bevölkerung mehren. Die Frage nach einem ökologischen Wandel findet mittlerweile Anklang in der Bevölkerung, konnte jedoch das Scheitern der COP26 in Glasgow nicht verhindern. Die Regierungen waren blind und taub für die Appelle des IPCC und die Mobilisierungen für Klimagerechtigkeit, die insbesondere von einem Teil der Jugend getragen wurden. Sie haben es vorgezogen, ihre Energie in die Rettung eines Systems zu stecken, das nicht in der Lage ist, den Bestrebungen nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zu genügen. Heute stellt sich die Frage nach den langfristigen Folgen der Untätigkeit von Regierungen, deren Entscheidungen häufig im Widerspruch zu den Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung der Umwelt stehen. Die französische Regierung hat beispielsweise die Vorschläge des Bürgerkonvents zum Klimaschutz heruntergespielt oder ignoriert und es vorgezogen, eine Politik zugunsten der Atomkraft zu verfolgen.

1.3 Ungleichheiten: eine politische Entscheidung

Die neoliberale Ideologie nährt jahrhundertalte Ungleichheiten und schafft weitere. Dies gilt für soziale und kulturelle Ungleichheiten, wobei der „soziale Fahrstuhl“ häufig abwärtsfährt, und für Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen oder auch für die nach oben gerichteten Gewinne der Großunternehmen. Die börsennotierten Unternehmen haben für das Jahr 2021 einen Rekordgewinn ausgewiesen, die Dividenden und Aktienrückkäufe sind in die Höhe geschwungen und die GAFAM haben ihre finanzielle und technologische Macht ausgebaut. Gleichzeitig ist das Vermögen der Milliardäre seit Beginn der Pandemie stärker gestiegen als in einem ganzen Jahrzehnt: In Frankreich stieg es von März 2020 bis Oktober 2021 um 86 Prozent oder 236 Milliarden Euro. Was die Armutsquote betrifft, so bricht sie alle Rekorde und beläuft sich 2019 auf 14,6 %, mehr als 10 Millionen Menschen, darunter viele arbeitslose und alleinstehende Frauen. Die unverschämte Mitteilung der Regierung Ende 2021, die Kaufkraft der Haushalte werde steigen, hat den Tatsachen nicht standgehalten: Es gibt mehr Arme und die Ärmsten bleiben länger arm.

Mangels breit getragener Alternativen stellt sich der neoliberale Kapitalismus als der einzig mögliche Weg dar, während er im Übrigen die Krise der Demokratie verstärkt hat. Die Bürger entfernen sich vom politischen Leben, da sie zunehmend das Gefühl haben, dass ein Engagement nichts ändert und die Machthaber tun, was sie wollen, um den Interessen einer mächtigen Oligarchie gerecht

zu werden. Die Krise betrifft die Vertretungsstrukturen: Sie trifft die politischen Parteien ebenso wie die Gewerkschaften. Die niedrige Wahlbeteiligung ist durchgängig. Auch wenn die beleidigenden Ausdrücke von Emmanuel Macron dazu beigetragen haben, erklärt sich dieses Misstrauen durch die Enttäuschung und den Zorn der Öffentlichkeit angesichts des Scheiterns der seit 1981 aufeinanderfolgenden Regierungen und der „Affären“, die das Image der „politisch Verantwortlichen“ beeinträchtigt haben, die verdächtigt werden, ihre Versprechen nicht zu halten oder sogar korrupt zu sein. Der individualistische Rückzug ist ein Produkt des Neoliberalismus, der Konsumgesellschaft, der Managementmethoden am Arbeitsplatz, der Arbeitslosigkeit und der Prekarität und wirkt sich auch auf die gemeinsamen Mobilisierungen aus, von denen sich einige außerhalb der traditionellen Organisationen der sozialen Bewegung entwickeln. Das Misstrauen betrifft auch die großen Medien, die zur Meinungsbildung beitragen, indem sie täglich für die Notwendigkeit von „Strukturreformen“ trommeln. Es stellt sich auch die Frage nach den Eigentümern dieser Medien, der Qualität der Informationen, der redaktionellen Linie und der Meinungsvielfalt.

Die vor uns liegende Zeit ist daher von dem Versuch der Neoliberalen geprägt, ihre Entscheidungen unumkehrbar durchzusetzen, ohne jeglichen Kompromiss, wie es manchmal der Fall war, insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das neoliberale Programm für die „Tage danach“ ist bekannt: Angriff auf die öffentlichen Dienste, insbesondere das Bildungswesen, und auf das Sozialversicherungssystem, vor allem auf die Rentensysteme, Senkung der Sozialabgaben, Senkung der Steuern für die Wohlhabenden und die Unternehmen und Schaffung flexibler und gefügiger „Arbeitskräfte“ zu möglichst geringen Kosten. All dies geschieht zugunsten des Privatsektors und wird mit einer Verurteilung von „Sozialhilfe“ und „freiwilliger“ Arbeitslosigkeit begleitet. Um die Gemüter vorzubereiten, haben die Neoliberalen eine Kampagne gestartet, mit der die Angst vor der Staatsverschuldung geschürt werden soll; ihr Ziel ist die Durchsetzung einer Austeritätspolitik. Dies stellt eine der großen Gefahren der kommenden Zeit dar. Diese Austeritätspolitik ist bereits jetzt illegitim und wird von den Machthabern zur Eindämmung der Widerstände mit einer weiteren Zunahme an Autoritarismus, Unterdrückung und Druck begleitet. Die Polizeigewalt der letzten Jahre stellt eine Eskalation im Umgang der Machthaber mit den sozialen Mobilisierungen und den ärmeren Vierteln dar.

1.4 Mobilisierungen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Emanzipation

Attac hat sich an den Aufrufen und Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine beteiligt, um die ukrainische Bevölkerung in ihrem Kampf für ihre Unabhängigkeit zu unterstützen. Im sozialen Bereich werden Widerstand und Mobilisierungen organisiert. In Frankreich hat sich die Bewegung der Gelbwesten insbesondere für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und für Maßnahmen gegen Steuerflucht eingesetzt. Die sozialen Bewegungen gegen die Re-

form der Rentensysteme Ende 2019 und Anfang 2020 setzen sich für ein solidarisches und kollektives Rentensystem ein. Dem in vielerlei Hinsicht neuartigen Bündnis ‚*Plus jamais ça*‘ (‚*Nie wieder!*‘) gelang es, in einem „Plan des Bruchs“ kohärente und kompatible soziale, wirtschaftliche und ökologische Vorschläge zu liefern. Diese drei Bewegungen haben auf ihre Weise ein System abgelehnt, das die einen verarmt, prekariert und unter Druck setzt, während eine immer reicher werdende Minderheit sich abspaltet. Die Mobilisierungen für den ökologischen Wandel, für die Gleichstellung von Frauen und Männern oder gegen Rassismus sind Kämpfe für eine Emanzipation, die Gleichheit und Umwelt als Pfeiler einer umfassenderen sozialen und ökologischen Transformation einsetzt. Attac hat mit starken Aktionen zu diesen Kämpfen beigetragen, mit dem Ziel, die Profiteure der Krise und die Steuerflucht anzuprangern, und wird im Kampf für eine demokratische Definition der Grundbedürfnisse einen Beitrag leisten. Attac wird auch die Mobilisierungen für die Verteidigung von Arbeitsplätzen, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne unterstützen. Aus der Pandemie müssen Lehren gezogen werden: Wir brauchen alle diejenigen, die lebenswichtige Tätigkeiten verrichten: Krankenschwestern und Krankenpfleger, Pflegehelferinnen und Pflegehelfer ... Diese Berufe müssen aufgewertet werden. Überdies muss die Gesundheitspolitik neu orientiert werden, ob es nun um Prävention, die Organisation der Gesundheitsversorgung oder die Aufhebung von Patenten auf Impfstoffe geht, zur Aufrechterhaltung und Verteidigung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes und gegen Privatisierungen. Schließlich kann sich der ökologische Wandel nicht mit einem grünen Kapitalismus abfinden, der zum Beispiel Atomkraft und Gas als saubere Energie einstuft.

Angesichts der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern haben sich die feministischen Bewegungen seit mehreren Jahren mit historischen Mobilisierungen und einem zunehmend gleichen Bewusstsein in der Bevölkerung verankert. Diese weltweite Dynamik ist Teil eines langfristigen Aufbaus, der sich jenseits der traditionellen Rahmen von Organisationen herausbildet. Die Gefahr von Rückschritten bleibt jedoch bestehen: Das Recht auf Abtreibung wurde zwar in Argentinien oder Irland in langen Kämpfen errungen, die Verteidigung des Rechts auf Abtreibung bleibt jedoch ein aktueller Kampf in Ländern, in denen dieses Recht zwar schon länger besteht, aber durch fundamentalistische Strömungen und Haushaltskürzungen bedroht ist. Und überall auf der Welt bestehen die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern fort, die Prekarisierung der Arbeit von Frauen bleibt. Die Pandemie hat diese Ungleichheiten noch verstärkt.

Die Krise der neoliberalen Ideologie kann und muss unseren Emanzipationsbewegungen neuen Schwung verleihen. Mehr denn je ist steuerliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit lebensnotwendig. Der zunehmend intolerante und autoritäre Neoliberalismus zeigt seine Zerbrechlichkeit in einer Zeit, in der die Menschen ihre Lebensumstände immer weniger ertragen können. Die sozia-

len Bewegungen stehen vor großen Herausforderungen, die auch die Richtung der zu führenden Kämpfe aufzeigen. Die Vielfalt der Herausforderungen darf ihre Komplementarität nicht verdecken. Angesichts der Menge und Brutalität der Gefahren und Angriffe auf die Sozialsysteme, die sozialen Rechte und die Solidaritätsnetze sowie der Bestrebungen, die öffentlichen Dienstleistungen und die Sozialversicherungssysteme zu privatisieren, werden die Neubestimmung der grundlegenden und kollektiven Bedürfnisse und der Kampf gegen alle Formen der Austerität und für Steuer- und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt des Engagements von Attac stehen. Der Individualismus, der durch Ängste (vor dem Anderen, vor Unsicherheit und Armut usw.) geschürt wird, fordert seinerseits dazu auf, die Bedeutung und die Grundzüge kollektiven Handelns neu zu definieren. Die vielen Kämpfe gegen Ungleichheiten aller Art (Nord-Süd, Männer und Frauen, Einkommen, Vermögen, soziale und kulturelle Ungleichheiten usw.) können zu einem Kräfteverhältnis führen, das den Herausforderungen gewachsen ist, denen unsere Vorschläge, die eine lebensnotwendige Alternative bieten, gerecht werden.

2. Das Engagement von Attac

In diesem Kontext liegt es in der Verantwortung von Attac, ihre Analysearbeit fortzusetzen und die Ergebnisse einer möglichst großen Zahl von Menschen zugänglich zu machen. Aber die Entwicklung und Verbreitung einer emanzipatorischen Vorstellungswelt ist auch wichtig, wie auch die Hervorhebung von Alternativen zum räuberischen neoliberalen Kapitalismus.

Von den Themen, denen sich Attac gemäß ihrer Vorstellung von einer sozialen Transformation widmet, stellen zwei Handlungsfelder strategische Prioritäten dar:

- der Kampf für steuerliche, soziale und feministische Gerechtigkeit und für eine demokratische Kontrolle der Finanzierung der Wirtschaft sowie der Kampf für mehr Klimagerechtigkeit und eine echte ökologische Umsteuerung;
- der Kampf gegen die Straflosigkeit multinationaler Konzerne, Freihandelsabkommen, Kolonialismus und Neokolonialismus, die Herrschaft des digitalen Kapitalismus, das Patriarchat und die Zunahme autoritärer Herrschaft sowie die Förderung der Solidarität.

In der sozialen Bewegung aktiv, kann unsere Vereinigung auf die Aktivistinnen und Aktivisten zählen, die in den lokalen Gruppen und in den nationalen Arbeitsgruppen engagiert sind. Dieses ehrenamtliche Engagement ist umso stärker, als es von einem sehr engagierten, aber zahlenmäßig kleinen Team von Angestellten unterstützt wird. Wir müssen daher gemeinsam wachsam sein: Der nächste gewählte Verwaltungsrat (VR), der diese strategische Orientierung umsetzen soll, muss besonders darauf achten, seiner Verantwortung als Arbeitgeber gerecht zu werden, und darauf, dass die – notwendigen – Ambitionen von Attac den finanziellen und personellen Ressourcen (insbesondere denen des hauptamtlichen Teams) entsprechen, um die Aktivistinnen und das hauptamtliche Team nicht zu überfordern. Dies verlangt vom Verwaltungsrat die Fähigkeit zur Prioritätensetzung.

2.1 Kampf für steuerliche und soziale Gerechtigkeit und eine demokratische Kontrolle der Finanzierung der Wirtschaft

Während die fünfjährige Amtszeit von Emmanuel Macron die Ungleichheiten vergrößert und die Steuerungerechtigkeit verstärkt hat, wird Attac sich weiterhin dafür einsetzen, dass jede/-r einen Steueranteil zahlt, der ihrer/seiner Leistungsfähigkeit entspricht, um Ungleichheiten zu verringern und um die öffentliche Verwaltung und die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren.

Dies setzt insbesondere voraus:

- einen echten politischen Willen, der Steuerhinterziehung und -vermeidung durch die Reichsten und die multinationalen Konzerne ein Ende zu setzen, wofür es Lösungen gibt, wie zum Beispiel eine einheitliche Besteuerung multinationaler Konzerne;
- eine Stärkung der Progressivität des Steuersystems, indem die Steuergeschenke an die Reichsten gestrichen werden, indem das Familien- und Ehegattensplitting, das umverteilungsfeindlich ist und zudem Frauen diskriminiert, überarbeitet wird und indem diejenigen, die sich während der Pandemie unanständig bereichert haben, besteuert werden;
- eine Überprüfung der Steuer- und Sozialversicherungsschlupflöcher, die zu erheblichen Einnahmeverlusten führen (200 Milliarden Euro), um die ungerechten und ineffizienten zu schließen;
- ein Stopp der Senkung von Unternehmenssteuern wie der Körperschaftsteuer;
- eine Senkung der Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer), die im Verhältnis zu ihrem Einkommen die Geringverdiener stärker belasten als die wohlhabenden Haushalte;
- Maßnahmen gegen das Wiederaufleben einer Erbesellschaft, indem die Erbschafts- und Schenkungssteuer wieder eingerichtet und für große Vermögen erhöht wird;
- eine Bekämpfung der Spekulation, indem insbesondere eine Besteuerung aller Finanztransaktionen umgesetzt wird;
- die Förderung einer wirksamen und sozial gerechten ökologischen Besteuerung.

Eine solche Reform würde es ermöglichen, eine ökologische Wende zu finanzieren und den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Attac wird in Verbindung mit ihrer Beobachtungsstelle für Steuergerechtigkeit die Arbeit an Analysen und Vorschlägen fortsetzen und Kampagnen durchführen, um dem Separatismus der Reichen ein Ende zu setzen. Die Coronakrise ging mit einem starken Anstieg der Staatsverschuldung infolge der Politik des „Koste es, was es wolle“ einher, die insbesondere die Form massiver Beihilfen an Unternehmen ohne soziale, steuerliche oder ökologische Auflagen angenommen hat. Attac wird sich dafür einsetzen, dass die Staatsverschuldung nicht für die Rechtfertigung der Austeritätspolitik instrumentalisiert wird, die sich in einer Schwächung der öffentlichen Dienstleistungen und im Abbau von Solidarität und sozialen Rechten äußert, wie zum Beispiel die Erhöhung des Renteneintrittsalters im Namen der Ausgeglichenheit der öffentlichen Finanzen. Attac wird weiterhin für die

Kontrolle über die Finanzwelt und unsere Zukunft aktiv bleiben. Das erfordert insbesondere die Umleitung von Milliarden von Euro von fossilen Energieträgern und schädlichen Finanzaktivitäten in einen Bankensektor, der unter Bürgerkontrolle steht und zu dem insbesondere ein ökologischer und solidarischer öffentlicher Bereich gehört.

2.2 Für Klimagerechtigkeit und ein ökologisches Umsteuern

Seit mehreren Jahren verfolgt Attac das Ziel, in Ablehnung der Hegemonie der Finanzwelt ökologische Herausforderungen mit sozialen, feministischen und demokratischen Herausforderungen zu verknüpfen. Die Klima- und Biodiversitätskrisen werden in unserem Land und weltweit immer heftiger und führen zu einer erheblichen Zunahme der sozialen Ungleichheiten, da keine entsprechenden politischen Entscheidungen getroffen werden. Attac wird daher weiterhin die Vernetzung zwischen Umwelt-, Gewerkschafts- und feministischen Organisationen fördern und die Mobilisierungen auf die gesamten sozialen Bewegungen ausweiten. Sie wird sich in den Bewegungen für Klimagerechtigkeit engagieren, in denen die Jugend stark vertreten ist. Trotz des Scheiterns der COPs wird sie weiterhin die internationalen Klimaverhandlungen und die damit verbundenen Mobilisierungen verfolgen.

Attac wird die verschiedenen lokalen Kämpfe (GPII = Grand Projet Inutile et Imposé = unnötiges und durchgesetztes Großprojekt, Extraktivismus, Bodenversiegelung und Landgrabbing ...) aktiv unterstützen, indem sie die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen hervorhebt und Vorschläge formuliert. Sie wird ihre Aktivistinnen und Aktivisten ermutigen, sich an der Erarbeitung und Entwicklung von systemischen Alternativen in ihrem Bereich zu beteiligen. Attac wird weiterhin das uns aufgezwungene Wachstumsmodell in Frage stellen, auch wenn es als „grün“ dargestellt wird. Es muss ein Nachdenken über die Grundbedürfnisse stattfinden, in Verbindung mit der Frage der Commons. Dieses Nachdenken wird uns auch dazu führen, radikale Lösungen für die Vorstellungen von Genügsamkeit und Degrowth zu untersuchen. Ebenso wird Attac gegen die Flucht nach vorn im Bereich der Atomenergie kämpfen, indem sie ein Modell ohne fossile bzw. Atomenergie und mit einer massiven und schnellen Entwicklung der erneuerbaren Energien fördert, während die Nutzung der Atomenergie so schnell wie möglich verringert wird. Attac muss die Vergesellschaftung der Energieproduktionsmittel fordern. Die Nutzer*innen und Bürger*innen müssen demokratisch und gut informiert an der gesellschaftlichen Entscheidung über die Zukunft der Energieversorgung teilnehmen können. Darüber hinaus wird Attac ihr Engagement für die Reduzierung des Flugverkehrs fortsetzen. Angesichts drohender unkontrollierter systemischer Umwälzungen, insbesondere mit dem Auftreten von Pandemien, die weitgehend aus der Zerstörung der Biosphäre resultieren, fordert Attac von den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik drastische und wirksame Maßnahmen zur Umgestaltung der Produktions- und Konsummodelle. Die Dringlichkeit angesichts der Klimakata-

strophen und des nuklearen Risikos zwingt uns in der Tat dazu, eine Gesellschaft zu entwerfen, die auf der Grundlage von alternativen systemischen lokalen Projekten aufgebaut ist, die wir hervorbringen und fördern müssen.

2.3 Kampf gegen die Straflosigkeit multinationaler Konzerne, Freihandelsabkommen und die Macht des digitalen Kapitalismus

Attac wird ihr Engagement gegen die zunehmende Macht und Straflosigkeit multinationaler Konzerne fortsetzen und ihre immer skandalöseren Praktiken anprangern, insbesondere in den Ländern des Südens, wo sie mit der Enteignung dieser Staaten, der Plünderung der Ressourcen, der Verschmutzung ihrer Umwelt, der Ausbeutung ihrer Bevölkerung und dem Zwang zur Migrationen einhergehen. Attac wird sich den Kämpfen der lokalen Bevölkerung gegen diese Konzerne sowie gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) und die Kolonialwährung FCFA in Afrika anschließen.

Diese von der öffentlichen Hand massiv unterstützten Konzerne, die oft in Steuer- und Justizoasen angesiedelt sind, vernichten Zehntausende von Arbeitsplätzen, während sie gleichzeitig ihre Greenwashing-Operationen verstärken und jede Relokalisierung bzw. Umsteuerung im Süden wie im Norden behindern. Das Ende der Straflosigkeit multinationaler (oder transnationaler) Unternehmen erfordert die Durchsetzung ihrer rechtlichen und gerichtlichen Verantwortung für ihre Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen; dies erfordert eine starke Regulierung durch nationale Gesetze (wie das französische Gesetz über die Sorgfaltspflicht multinationaler Unternehmen vom März 2017), eine EU-Richtlinie (derzeit in der Diskussion) und einen internationalen Vertrag (derzeit in der Verhandlungsphase bei den Vereinten Nationen). Attac unterstützt und fördert diese Kämpfe.

Amazon ist unter den GAFAM ein Symbol für die zerstörerischsten Ausprägungen des Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten. Nachdem mehrere Lagerhausprojekte aufgegeben wurden, wird Attac ihre Aktionen in allen Formen fortsetzen, um den Vormarsch von Amazon zu stoppen.

Vor dem Hintergrund der Pandemie hat sich der Abschluss von Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Handelspartnern nur verzögert, Abkommen, die nach wie vor auf eine weitere Ausbeutung der natürlichen Ressourcen abzielen. Attac wird dazu beitragen, der Herrschaft des Wettbewerbs ein Ende zu setzen und stattdessen eine internationale Zusammenarbeit zur Veränderung der Regeln der Globalisierung anzuregen und zu institutionalisieren. Was die Europäische Union betrifft, so gibt es innerhalb von Attac eine Arbeitsgruppe zur Information und Analyse, deren Aufgabe es ist, insbesondere gegenüber den anderen Arbeitsgruppen, Informationen aus den europäischen Instanzen weiterzuleiten und auf die dort getroffenen Entscheidungen aufmerksam zu machen.

Zu den Rechten der Völker müssen neue Regeln der Solidarität und der internationalen Zusammenarbeit festgelegt werden: Aufhebung der Patente insbesondere auf Medikamente und Impfstoffe, bedingungslose Annullierung der Staatsschulden der armen Länder, Neugründung der internationalen Organisationen ...

Attac wird sich entschieden mit den digitalen Herausforderungen beschäftigen. Das bedeutet: zur Verbreitung und Nutzung von Werkzeugen beizutragen, die eine persönliche und kollektive Kontrolle über das verwendete Werkzeug ermöglichen, wie zum Beispiel freie Software; unsere digitalen Praktiken zu verbessern; die persönlichen Daten der Mitglieder zu schützen; gemeinsam mit Akteuren der digitalen Welt gegen die GAFAM zu kämpfen; das Bewusstsein für die Folgen des massiven Energieverbrauchs von digitalen Geräten wie in Rechenzentren oder speziell von Computern, die das Schürfen von Kryptowährungen wie Bitcoin durchführen, zu schärfen und schließlich die Werkzeuge von den Nutzern bis zu den Entwicklern zu verbessern, um freie, emanzipatorische und weniger umweltschädliche Alternativen zu schaffen.

2.4 Das Patriarchat zerschlagen, um einen Systemwechsel herbeizuführen

In einer altermondialistischen Perspektive muss Attac ihr Engagement in Richtung auf eine egalitäre Gesellschaft, die allen Menschen ein gutes Leben unter Wahrung ihrer Würde ermöglicht, fortsetzen und ausbauen.

Seit zwanzig Jahren trägt Attac durch die Arbeit ihre Gender-Kommission zu feministischen Analysen bei und ist für ihren Beitrag zur Erarbeitung feministischer Alternativen zum kapitalistischen System anerkannt. Ihre Analysen haben aufgedeckt, dass die Rentenreformen seit 1993, wie auch die für 2019 geplante, besonders schädlich für Frauen sind. Im Jahr 2020 machte die Choreografie der „Rosies“ zu dem Lied *À cause de Macron* diese Analysen sichtbar.

Angesichts des kapitalistischen und patriarchalen Systems, das Solidarität und Ökosysteme zerstört, ist es notwendig, die verschiedenen Herausforderungen gemeinsam anzugehen und die Gesellschaft in einer emanzipatorischen Perspektive grundlegend umzugestalten. In diesem Sinne hat sich Attac im Jahr 2016 einem ökologischen, sozialen und feministischen Umbau verschrieben. Eine wichtige Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, die Analysen und Vorschläge in diese Richtung zu vertiefen und sich dabei auf feministische und ökofeministische Forderungen zu stützen.

Attac wird sich weiterhin dafür einsetzen, zu zeigen, dass eine geschlechtergerechte Interpretation der steuerlichen, ökologischen oder sozialen Herausforderungen das Verständnis des aktuellen Systems verbessert und Wege aufzeigt, wie eine gerechtere und solidarische Welt geschaffen werden kann, was sich in einer systematischen Integration dieses Ansatzes in alle unsere Aktivitäten niederschlagen muss. Die Forderung nach Gleichheit zwischen Frauen und

Männern wird durch Vorschläge unterstützt, die mit dem Ansatz von Attac im Einklang stehen. So ist es für eine echte soziale und steuerliche Gerechtigkeit notwendig, die Vorschläge für ein feministisches Steuersystem und die aus den feministischen Ökonomien hervorgegangenen Forderungen, die in den Netzwerken diskutiert werden, zu berücksichtigen. Während die Pandemie die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verschärft hat, hinterfragen Feministinnen die Verteilung der Pflegearbeit (*care*) in unseren Gesellschaften. Die Gesundheitskrise hat gezeigt, dass viele Frauen in Tätigkeiten zur Wahrung der Grundbedürfnisse tätig sind (Gesundheit, Bildung, Betreuung von Pflegebedürftigen ...). Diese Tätigkeiten von Frauen sind von grundlegender Bedeutung, werden jedoch kaum wertgeschätzt und schlecht bezahlt, ihre Qualifikationen werden in der Berufssphäre nicht anerkannt und im privaten Bereich unsichtbar gemacht. Es scheint absolut notwendig, ihnen ihren gebührenden Platz zurückzugeben und diese wesentlichen Tätigkeiten neu auszurichten, die vergesellschaftet und von Männern ebenso wie von Frauen übernommen werden sollten.

Attac sieht es als ihre Aufgabe, diese Fragen im Rahmen der Bündnisse, an denen sie beteiligt ist, einzubringen, und wird ihren Beitrag zu lokalen und internationalen feministischen Kämpfen fortsetzen, um feministische Fragen als legitime Fragen durchzusetzen, an sich und in Verbindung mit antirassistischen und antikapitalistischen Fragen. Damit die Vereinigung als Ganzes diese Herausforderungen aufgreifen kann, müssen wir dafür sorgen, dass die Beiträge, die dazu erarbeitet werden, intern besser vermittelt werden.

Schließlich wird es für Attac darum gehen, sicherzustellen, dass dieser feministische Ansatz bei der Produktion von Dokumenten und bei Mobilisierungen sich darüber hinaus in einem Engagement gegen Sexismus und jede Form von Unterdrückung in der Praxis der Vereinigung selbst niederschlägt, im Alltag und bei den Veranstaltungen, die sie organisiert (Sommeruniversitäten, nationale Konferenz der lokalen Komitees etc.). Dafür soll an der Identifizierung von Herrschaftsprozessen gearbeitet werden und Ausbildungsreihen in den verschiedenen Instanzen von Attac, insbesondere beim Verwaltungsrat, sollen etabliert werden. Eine andere Welt „ohne Patriarchat“ ist möglich!

2.5 Gegen den Aufstieg des Autoritarismus, Solidarität fördern

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Autoritarismus und der extremen Rechten, der auch in Frankreich zu verzeichnen ist, wird sich Attac an der Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte beteiligen. Es wird immer schwieriger, Widerstand auszudrücken: Die Gesetze „gegen Vandalismus“ (Anticasseurs), „für eine umfassende Sicherheit“ und „gegen Separatismus“ haben das repressive Arsenal des Staates verstärkt. Autoritäre Tendenzen sind jedoch nicht zufällig. Das strafrechtliche Instrumentarium wurde in den Dienst der brutalen Unterdrückung der Gelbwestenbewegung gestellt, die von den prekär lebenden Bevölkerungs-

schichten getragen wurde. Ebenso bezeichnet das „Separatismusgesetz“ die muslimische Bevölkerung eindeutig als Bedrohung für die Republik. Emmanuel Macron war auch der Präsident der Einschränkung der Rechte von Ausländerinnen und Ausländern und der Auflösung zahlreicher antirassistischer, Antipartheid- oder Medienverbände. Damit hat die derzeitige Regierung den Boden für die extreme Rechte bereitet.

Attac hat bei diesen Themen keine führende Rolle beim Aufbau von Mobilisierungen. Hingegen hat unsere Vereinigung die Pflicht zur Solidarität mit den Vereinen und Kollektiven, die sich in den Vierteln der prekär lebenden Bevölkerungsschichten organisieren, deren Forderungen vorbringen und die Rechte der im Exil Lebenden verteidigen. Sie muss auch ihre Rolle in der Volksbildung zur Analyse dieser Herausforderungen fortsetzen und den Gewerkschaften und Nutzern der öffentlichen Dienste bei den Mobilisierungen, die deren Rückeroberung organisieren, zur Seite stehen. Die öffentlichen Dienste und die sozialen Sicherungssysteme sind Gemeingüter unserer Gesellschaften, ihre primäre Aufgabe sollte der Kampf gegen Ungleichheit und die Gewährleistung einer gesellschaftlichen Teilhabe. Angesichts der Angriffe auf die Bürgerrechte wird Attac auch zu ihrer Verteidigung beitragen, indem sie entsprechende Mobilisierungen unterstützt und ihnen das Echo verschafft, das sie verdienen.

Insbesondere wird sich Attac mit dem Arbeitsbereich Migration darum bemühen, in den Kämpfen zu zeigen, dass die Frage der Migration schon immer existiert hat und vielen falschen Vorstellungen unterliegt, obwohl sie für die Gesellschaften von Vorteil ist. Viele Menschen leiden unter Armut, Ungleichheit oder dem Klimawandel. Die Bekräftigung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit macht es erforderlich, auf die Verantwortung der aggressiven neoliberalen Politik der Länder des Nordens in all ihren Formen hinzuweisen: Rassismus, Neokolonialismus, Freihandel, Angriffe auf die Demokratie und ausufernde Privatisierungen, insbesondere im Rahmen der Politik Frankreichs in Afrika. Die Herausforderung besteht darin, den Blick auf die Migration zu ändern und zu zeigen, dass sie in „einer anderen möglichen Welt“ von Vorteil ist.

2.6 Aktiver Aufbau von Bündnissen zwischen sozialen Bewegungen auf allen Ebenen, um unsere Vorhaben umzusetzen

Während der Wahlperiode 2022–2025 wird es wichtig sein, unsere Strategie fortzusetzen, unsere Bündnisse auszubauen und neue zu schmieden.

Seit ihrer Gründung ist sich Attac im klaren darüber, dass die sozialen, ökologischen, klimatischen und demokratischen Herausforderungen angesichts des neoliberalen Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeutet, nicht voneinander getrennt werden können und dass Alternativen sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene geschaffen werden müssen. Wir sind davon überzeugt, dass dies dauerhafte Bündnisse erfordert, um die Kräfteverhältnisse aufzu-

bauen, die zur Durchsetzung eines Bruchs und von Maßnahmen erforderlich sind, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Gerechtigkeit und den Kampf gegen jede Art von Diskriminierung miteinander verbinden.

Das ist der Sinn unseres Engagements in ‚Plus jamais ça‘ (PJC), einem langfristigen Bündnis, das dauerhaft an einem echten Gesellschaftsprojekt arbeitet, das soziale und ökologische Fragen miteinander verknüpft. Dies ist ein Novum, da die Interessen der einen und der anderen lange Zeit widersprüchlich erschienen. PJC bietet einen grundlegenden Rahmen dafür, diese Verzahnung von Sozialem und Ökologischem im Sinne der sozialen Gerechtigkeit voranzutreiben. Über das PJC hinaus wird sich Attac engagieren und daran arbeiten, dauerhafte Rahmenbedingungen für Klimafragen zu schaffen, die über punktuelle Kampagnen und Aktionen hinausgehen.

Feministische und antirassistische Themen sind Teil der Handlungsfelder von Attac: In dieser Hinsicht wird unsere Organisation, auch wenn sie nicht die treibende Kraft ist, Anstrengungen unternehmen, um Zusammenschlüsse für diese politischen Themen zu unterstützen und zu fördern. Im Kontext der Zunahme reaktionärer Vorstellungen, die von der extremen Rechten und darüber hinaus getragen werden, und der Angriffe auf die Grundfreiheiten wird Attac die Initiativen zur Schaffung von Bündnissen, die diesen entgegentreten, unterstützen und verbreiten. Selbstverständlich wird Attac über diese verschiedenen Themen hinaus auf aktuelle Themen und auf soziale Mobilisierungen reagieren, die sich insbesondere um die öffentlichen Dienste und die sozialen Sicherungssysteme herauskristalisieren werden.

Dieses Streben nach Bündnissen findet sowohl auf lokaler Ebene mit den lokalen Attac-Gruppen als auch auf europäischer und internationaler Ebene statt. Es findet auch mit unseren Expertisen statt, die vom „Labo“ und vom wissenschaftlichen Rat ausgearbeitet werden, und bei der Fortsetzung der Arbeit an der Schaffung eines Rahmens für Reflexionen und Initiativen mit Zeitschriften. Seit fast zehn Jahren ermöglicht die Zeitschrift „Les Possibles“ in Ergänzung zu anderen schriftlichen Medien, insbesondere „Lignes d’Attac“, die Öffnung des Bereichs sozioökonomischer, ökologischer und politischer Analysen auf der Grundlage von Beiträgen aus einem sehr breiten sozialen, gewerkschaftlichen, vereinsaktiven, politischen und akademischen Umfeld. Um noch weiter zu gehen, kann die Zusammenarbeit mit befreundeten Zeitschriften, die sich der gleichen Perspektive verschrieben haben, verstärkt werden.

Die Verbindungen zu den Attac-Organisationen in Europa und dem Globattac-Netzwerk sind Teil dieser Bestrebungen. Die Sommeruniversitäten auf nationaler und europäischer Ebene sind ein unverzichtbares Instrument, um diesen Ansatz zu stärken, ebenso wie die Teilnahme an internationalen Foren und Treffen von Aktivist*innen. Die Arbeitsgruppe für internationale Mobilisierungen ist das Instrument von Attac, um diese Suche nach Bündnissen mit sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern und die altermondialistische Dimension, die in den „Genen“ von Attac verankert ist, zu entwickeln.

Diese Strategie des Aufbaus von Bündnissen ist nicht nur eine Antwort auf die Erfordernis, Kräfteverhältnisse zu entwickeln, sie hat auch Vorteile für unsere Organisation:

- Unsere Analysen werden einem breiteren Publikum bekannt und nutzbar gemacht;
- das Image von Attac als eine Vereinigung, die Verbindungen herstellen will und nicht mit anderen Bewegungen konkurriert, sondern die Zusammenarbeit mit ihnen sucht, wird gestärkt;
- die Erfahrungen und die gängigen Aktionsformen von Attac können mit denen anderer Bewegungen verglichen und daraus mögliche Lehren für unseren Verband gezogen werden.

3. Mittel zur Umsetzung dieser Vorhaben

(Vollständige Übersetzung erst im Oktober 2022)

3.1. Die Baustellen

- 3.1.1 Stärkung der internen Demokratie, der Stellung und die Rolle der Mitglieder und der lokalen Komitees in Attac France
- 3.1.2 Entwicklung und Verbreitung verschiedener Aktionsformen, die an den Kontext und die Aktivisten angepasst sind
- 3.1.3 Ausbau von Volksbildung und Schulung
- 3.1.4 Stärkung und Erweiterung des Raums für Debatten und intellektuelle Erzeugnisse, die für soziale Bewegungen nützlich sind
- 3.1.5 Die finanzielle Unabhängigkeit von Attac sichern
- 3.1.6 Die Reichweite von Attac vergrößern
- 3.1.7 Digitale Herausforderungen

3.2 Das Leben von Attac

- 3.2.1 Die lokalen Gruppen
- 3.2.2 Die Aktionsgruppen
- 3.2.3 Die nationalen Arbeitsgruppen
- 3.2.4 Der Verwaltungsrat
- 3.2.5 Die Angestellten
- 3.2.6 Die Sommeruniversität
- 3.2.7 Attac Campus
- 3.2.8 Der Kreis der Gründungsmitglieder

Webseite: <https://france.attac.org/>

Einige Aktivitätsbereiche: [Rentenkampagne](#), [Gegen Ungleichheit](#) [Beobachtungsstelle für Steuergerechtigkeit](#)

[SiG 133: Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung 2019 - 2022](#)

[SiG 145: Linksbündnis gegen Macron](#)

[SiG 140: Gesundheitswesen /Klima](#)

[SiG 139: Attac Frankreich: Handbuch der Geschichte der Zukunft / Grundfreiheiten verteidigen \(auch \[SiG 138\]\(#\)\)](#)

[SiG 137: Bündnis in Frankreich ‚Plus jamais ça‘ : Plan zum Ausweg aus der Krise / \[SiG 136: Attac FR: Gesundheitskrise\]\(#\)](#)

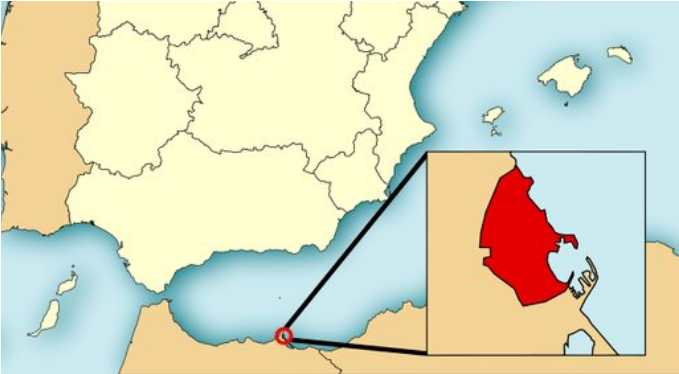
[SiG 135: Streiks, Blockaden und Demonstrationen in Frankreich, nicht nur gegen die Rentenreform](#)

[SiG 132, SiG 131](#) und [SiG 130: Gelbwesten-Bewegung in Frankreich](#)

SiG-Sondernummer 21 (2019): [Klassenkämpfe in Frankreich](#)

37 Tote an den Grenzen der Europäischen Union: das Abkommen Spanien -Marokko tötet

Die tragischen Ereignisse vom 24. Juni 2022 an der Grenze zwischen Nador und Melilla in Marokko verweisen auf gewalttätige Weise auf das Scheitern der auf Sicherheitsmaßnahmen ausgerichteten Migrationspolitik.



Die 37 Toten und Hunderten Verletzten auf Seiten der Migrant:innen und die Toten und Verletzte der marokkanischen Sicherheitskräfte sind ein tragisches Symbol für die europäische Politik der Externalisierung der Grenzen der Europäischen Union (EU) mit der Komplizenschaft eines Landes des Südens, Marokko. Der Tod dieser jungen Afrikaner an den Grenzen der "Festung Europa" alarmiert über die tödliche Natur der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Marokko und Spanien im Bereich der Einwanderung.

Die Vorzeichen des Dramas vom Freitag, dem 24. Juni, hatten sich bereits seit mehreren Wochen angekündigt. Die Verhaftungskampagnen, die Razzien in den Lagern und die Zwangsumsiedlungen von Migrant:innen in Nador und Umgebung kündigten dieses Drama bereits im Voraus an. Die Wiederaufnahme der Sicherheitszusammenarbeit zwischen Marokko und Spanien im Bereich der Migration im März 2022 hatte zur Folge, dass die koordinierten Maßnahmen zwischen den beiden Ländern zunahmen.

Diese Maßnahmen sind von Menschenrechtsverletzungen an migrierenden Personen im Norden (Nador, Tetouan und Tanger) wie auch im Süden Marokkos (Laâyoune, Dakhla) geprägt. Das Drama dieses traurigen Tages ist die Folge eines geplanten Drucks auf Menschen im Exil.

Seit mehr als anderthalb Jahren wird den Migrant:innen in Nador der Zugang zu Medikamenten und medizinischer Versorgung verwehrt, ihre Lager werden niedergebrannt und ihr Eigentum geraubt, ihre spärlichen Lebensmittel werden vernichtet und selbst das wenige Trinkwasser, das ihnen in den Lagern zur Verfügung steht, wird ihnen weggenommen.

Diese Strafexpeditionen haben zu einer Spirale der Gewalt auf beiden Seiten geführt. Diese Gewalt ist unabhängig von ihren Ursprüngen zu verurteilen, doch sei an die systemische Gewalt erinnert, der die Migrant:innen in Nador seit Jahren von Seiten der spanischen wie auch der

marokkanischen Ordnungskräfte ausgesetzt sind. Diese Praktiken wurden mehrfach von nationalen, regionalen und UNO-Instanzen verurteilt.

Angesichts dieses neuen Grenzdrasmas und der hohen Zahl von Todesopfern, die leider nach oben korrigiert wird, kündigen die Organisationen, die dieses Kommuniké unterzeichnet haben, Folgendes an:

- Wir drücken den Familien der Opfer, sowohl unter den Migrant:innen als auch in den Reihen der Ordnungskräfte, unser tiefstes Mitgefühl aus.
- Wir verurteilen das Fehlen einer schnellen Versorgung der verletzten Migrant:innen, was die Zahl der Opfer noch erhöht hat. Wir fordern, dass allen Personen, die nach dieser Tragödie ins Krankenhaus eingeliefert wurden, eine angemessene und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gewährt wird.
- Wir fordern, dass die marokkanischen Behörden in Zusammenarbeit mit den Migrant:innengemeinschaften die Identifizierung und Rückführung der sterblichen Überreste der Opfer an ihre Familien vornehmen.
- Wir fordern die sofortige Einleitung einer unabhängigen gerichtlichen Untersuchung sowohl auf marokkanischer als auch auf spanischer Seite sowie auf internationaler Ebene, um dieses menschliche Drama vollständig aufzuklären.
- Wir fordern ein Ende der kriminellen Politik, die von der Europäischen Union und ihren zahlreichen Komplizen, den Staaten, einigen internationalen Organisationen und mehreren Organisationen der Zivilgesellschaft, die diese kriminelle Politik als Subunternehmer betreiben, finanziert wird.
- Wir rufen die in Marokko anwesenden diplomatischen Vertretungen der afrikanischen Länder auf, ihre Verantwortung für den Schutz ihrer Staatsangehörigen voll und ganz wahrzunehmen, anstatt sich als Komplizen der aktuellen Politik zu betätigen.
- Wir rufen Organisationen und Bewegungen, die sich für die Menschenrechte und die Rechte von Migrant:innen einsetzen, dazu auf, sich in diesem kritischen Moment, in dem das Recht auf Leben mehr denn je in Gefahr ist, zu mobilisieren.

Rabat, 25. Juni 2022

UNTERZEICHNER:

La Plateforme des Associations et Communautés Subsahariennes au Maroc (P. ASCOMS).

Caminando Fronteras

ATTAC CADTM Marokko

Association d'aide aux migrants en situation de vulnérabilité-Maroc (AMSV).

AMDH/ Marokkanische Menschenrechtsvereinigung (fr)

<https://www.cadtm.org/37-morts-aux-frontieres-europeennes-L-accord-Espagne-Maroc-sur-l-immigration>

Ausführlicher Bericht: <https://migration-control.info/das-gemetzel-an-der-grenze-zwischen-nador-und-melilla-24-juni-2022/>
<https://www.labournet.de/internationales/spanien/politik-spanien/brutale-push-backs-in-melilla-regierung-will-volkerrechtsbruch-per-gesetz-legalisieren/>

Attac fordert sozial-ökologischen Energie-Grundanspruch

Energieversorgung ist öffentliche Aufgabe / Tarif steigt progressiv nach Verbrauch

In der aktuellen Debatte um steigende Energiepreise fordert Attac einen „Energie-Grundanspruch“ mit progressiven Tarifen – insbesondere für verschwenderischen Luxusverbrauch. Der Vorschlag macht die Basis-Versorgung mit Energie zu einer öffentlichen Aufgabe und verbindet somit soziale und ökologische Herausforderungen.

„Energie für eine warme Wohnung, einen Herd zum Kochen und Strom für Licht und Internet ist zugleich ein Grundbedürfnis und ein kostbares öffentliches Gut. Daher muss die Basis-Versorgung mit Energie für alle Menschen sichergestellt und nicht von spekulationsgetriebenen Märkten abhängig sein. Gleichzeitig ist es angesichts der Klimakrise eine unabdingbare Notwendigkeit, dass wir als Gesellschaft unseren Energieverbrauch senken. Ein einfacher Preisdeckel leistet dazu keinen Beitrag. Ein Energie-Grundanspruch stellt den Grundbedarf für alle sicher und setzt gleichzeitig hohe Anreize Energie zu sparen“, erklärt Iris Frey von Attac Österreich.

Progressive Tarife: Energie-Sparen führt zu großer Kostenreduktion: Im Bereich Strom etwa sollte jeder Haushalt die Hälfte des durchschnittlichen Verbrauchs je Haushaltsgröße kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen – finanziert durch die öffentliche Hand. Der Preis bis zu 80 Prozent des Verbrauchs sollte weiter gedeckelt werden. Die Tarifstufen darüber hinaus sollten progressiv stark ansteigen und verschwenderischen Luxusverbrauch enorm verteuern. Die Kosten für einen durchschnittlichen Haushaltsverbrauch könnten damit etwas über dem Vorjahresniveau stabilisiert werden. Der Anreiz für Energie-Einsparungen wäre jedoch sehr hoch. „Der Energie-Grundanspruch bittet jene zur Kasse, die am meisten verbrauchen, ohne die Grundversorgung von anderen zu gefährden“ (Lisa Mittendrein).

Höherer Verbrauch finanziert Grundanspruch

Die Kosten für den öffentlichen Ausgleich der Marktpreise beim Strom-Grundanspruch betragen etwa 3,2 Milliarden Euro Jahr. Die Mehreinnahmen der progressiven Tarife können diese Kosten in Verbindung mit einer Übergewinnsteuer der Energiekonzerne problemlos decken.

Ausnahmen und Begleitmaßnahmen nötig

Energieversorgung und Energieverbrauch sind komplex und individuell, daher benötigt der Energie-Grundanspruch im Bereich Strom auch Ausnahmeregelungen:

1. Zusätzlicher Mehrverbrauch aufgrund von gesundheitlichen Problemen und körperlichen Einschränkungen sollte kostenlos sein.

2. Zusätzlicher Verbrauch für Wärmepumpen, Stromheizung oder elektrische Warmwasserbereitung muss gedeckelt sein.

3. Haushalte mit ineffizienten Elektro-Boilern und Stromheizungen sollten zudem möglichst schnell beim Umstieg unterstützt werden. Auch der Verbrauch für Elektroautos sollte berücksichtigt werden.

Darüber hinaus braucht es die Möglichkeit, energiearme Haushalte über Transferleistungen zu unterstützen. Durch eine rasche Energiewende muss der gesamte Stromverbrauch ökologisch zur Verfügung gestellt werden. Attac fordert die Regierung und das WIFO auf, progressive Tarifstufen über dem Grundanspruch für Strom und Wärme zu prüfen. „Die bisherigen Vorschläge sind auf Strom begrenzt, was völlig unzureichend ist“, erklärt Mittendrein. „Der Energie-Grundanspruch legt den Grundstein für den sozial gerechten Umbau des Energiesystems. Als Einzelforderung kann er jedoch nicht alleine alle Probleme unseres Energiesystems lösen. Die aktuelle Krise zeigt, dass mittelfristig eine öffentliche und demokratische Kontrolle über die Energieproduktion notwendig ist“, erklärt Frey.

Lisa Mittendrein: Interview, 5 Minuten

Quelle: attac.at, Juli 2022

Progressive Tarife für Strom und Gas vorgestellt

10.8.2022 – Der „Energie-Grundanspruch“ unterscheidet sich von bisherigen Vorschlägen – etwa des WIFO – in drei wesentlichen Punkten:

1. Attac schlägt vor, den Energie-Arbeitspreis bis zu 50 Prozent des Normverbrauchs je Haushaltsgröße durch Zuschüsse zu deckeln. Für Haushalte, die mehr als der Durchschnitt verbrauchen, sollte als Normverbrauch jedoch nicht der Vorjahresverbrauch, sondern der Durchschnittsverbrauch gelten. Das erhöht den Anreiz Energie zu sparen und ist sozial gerecht: Verbrauchsdaten zeigen, dass die einkommensstärksten Haushalte rund doppelt so viel Gas und 70 Prozent mehr Strom verbrauchen wie die einkommensschwächsten Haushalte.
- **Rechenbeispiel für einen 4-Personen-Haushalt**
2. Der Verbrauch über dem Normverbrauch sollte nicht nach Marktpreisen, sondern mit progressiven Tarifstufen verrechnet werden. Diese können durch Zuschläge bei der Elektrizitäts- bzw. Erdgasabgabe erreicht werden.
3. Der Energie-Grundanspruch gilt nicht nur für Strom, sondern auch für Gas (und Fernwärme) – und zwar dauerhaft. Die bisherigen WIFO-Vorschläge sind zeitlich und auf Strom begrenzt, was völlig unzureichend ist.

Vorschlag von Attac Österreich: Tarifstufen des Energie-Grundanspruchs, Strom (gleiche Struktur für Gas)

Tarifstufe	Prozent des Normverbrauchs	Arbeitspreis je kWh des Energieanbieters (im Durchschnitt)	Staatliche Subvention/ Abgabe	Modifizierter Arbeitspreis je kWh
1	0-50	0,15 €	-0,15 €	0
2	51-80	0,15 €	0 €	0,15 €
3	81-100	0,15 €	0,15 €	0,30 €
4	101-110	0,15 €	0,65 €	0,80 €
5	111-120	0,15 €	1,45 €	1,60 €
6	121- alles darüber	0,15 €	2,25 €	2,40 €

Kämpfe gegen Armut und Ungleichheit

Der neue Sound der Zeitenwende: Die Reichen werden obszön reich, die die Großmächte rüsten massiv auf, und Armut und Hunger nehmen ebenso massiv zu. Aus: Regelbasierte Welt(un)ordnung, von Georg Rammer, [Ossietzky](#)

Der Paritätische Armutsbericht 2022: "Zwischen Pandemie und Inflation"

Die Armut in Deutschland hat mit einer Armutsquote von 16,6 Prozent im zweiten Pandemie-Jahr (2021) einen traurigen neuen Höchststand erreicht. 13,8 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande derzeit zu den Armen gerechnet werden, 600.000 mehr als vor der Pandemie.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet angesichts der aktuellen Inflation mit einer weiteren Verschärfung der Lage und appelliert an die Bundesregierung, umgehend ein weiteres Entlastungspaket auf den Weg zu bringen: Grundversicherung, Wohngeld und BAföG seien bedarfsgerecht anzuhäufen und deutlich auszuweiten. [Mehr](#)

Sofortige Erhöhung der Hartz IV-Sätze gefordert

[Paritätischer](#) unterstützt Vorstoß von Hubertus Heil zur **Neuberechnung der Regelsätze** - "Bis zur Neuberechnung der Regelsätze fordert der Paritätische als **Sofortmaßnahme** und festen Bestandteil eines weiteren Entlastungspaketes die **Anhebung um mindestens 200 Euro** – nicht als Einmalzahlung, sondern monatlich. Energiekosten seien separat in voller Höhe zu übernehmen." (15.7.2022)
"Das DIW Berlin und die Ruhr-Universität Bochum halten eine Erhöhung des Hartz-IV-Satzes für die dringlichste Maßnahme, die mit der Einführung eines Bürgergeldes verbunden sein muss." (PM vom 3.8.2022)

Aus einem Newsletter von Harald Thomé: Grundzüge des „Bürgergeldes“ vorgestellt

Arbeitsminister Heil hat die ersten Grundzüge der Änderungen beim Bürgergeld vorgestellt. Den Gesetzesentwurf allerdings noch nicht. Die Stichworte, aus denen durchaus einiges herauszulesen ist, habe ich zusammengefasst: <https://t1p.de/hgctm>. Internes BMAS Papier, aus dem die Eckpunkte herausgearbeitet sind: <https://t1p.de/07akd>

Rentenerhöhung: Der Teller bleibt leer! „In den alten Bundesländern steigen die Renten zum 1. Juli 2022 um 5,35 Prozent, in den neuen Bundesländern um 6,12 Prozent. Bei einer Inflationsrate (Stand 15. Juni 2022) von 7,9 Prozent wird es bei steigenden Lebens – und Energiekosten für immer mehr Rentnerhaushalte problematisch, ihren Lebensunterhalt zu organisieren. (...) [Renten-Zukunft.de](#)

Soziale UND ökologische Maßnahmen einleiten!

Gebäude-Sofortprogramm:

Klimaschutz auf die lange Bank geschoben und soziale Schieflagen nicht berücksichtigt: [Stellungnahme](#) vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und vom Paritätischen Gesamtverband

Das 9-Euro-Ticket – sieben Thesen von Winfried Wolf
Warum eine bloße Verlängerung nicht sinnvoll ist und wie ein Gesamtprogramm aus sozialer und klimapolitischer Sicht aussehen sollte. [NDS 12.8.22](#)

Weitere Artikel auf der [Seite](#) der [PG Soziale Frage](#)

Peter Nowak: Inflation: Der Preis ist heiß

(Auszüge) Die Inflation könnte eine soziale Protestwelle in Deutschland auslösen. Es wären in erster Linie nicht die klassischen linken Gruppierungen überwiegend aus dem akademischen Mittelstand, die da demonstrieren würden, sondern wie im Sommer 2004 einkommensarme Menschen, die in der Regel nicht Teil der Proteste sind, auch wenn sie in Aufrufen solidarischer linker Gruppen zumindest mitgemeint sind.

Genau diese Gruppen hätten allen Grund für Proteste, denn sie sind die [eigentlichen Betroffenen der Inflation](#). Zudem gibt es nun auch neben den Hartz-IV-Protesten viele andere Beispiele für Proteste von einkommensarmen Menschen, die in der Regel unsichtbar bleiben. Da braucht nur an die Bewegung der Gelbwesten erinnert zu werden, die im Herbst 2018 Frankreich in die Nähe der Unregierbarkeit brachte.

Wie der in Frankreich lebende Syndikalist Willi Hajek in seinem Buch "[Gelb ist das neue Rot](#)" gut herausarbeitete, hatte sich aus den Protesten trotz massiver staatlicher Repression eine neue soziale Bewegung entwickelt, die auch Basisgewerkschaften einschloss. Erst die Corona-Pandemie und der folgende Lockdown hat die Dynamik der Bewegung empfindlich gestört.

Ein Teil der französischen Linken war anfangs von den Gelbwesten-Protesten nicht sehr angetan, was auch an deren gewerkschaftskritischer Agenda lag. Manche befürchteten sogar das Aufkommen einer neuen rechten Bewegung. Tatsächlich waren vor allem anfangs auch sehr unterschiedliche rechte Gruppen an der Gelbwesten-Bewegung beteiligt, wie auch 2004 an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV in Deutschland.

Doch in beiden Fällen ging die gesellschaftliche Linke in die Proteste hinein – und kanzelte sie nicht vom Straßenrand als rechts ab. Tatsächlich bereiten sich auch in Deutschland jetzt schon rechte Gruppen auf die Proteste der Inflation vor. Diverse rechte Netzwerke malen sich Szenarien von einem gesellschaftlichen Notstand aus, von dem sie dann profitieren wollen.

Doch auch Linke versuchen die künftige Bewegung gegen die Inflation mit eigenen Forderungen zu gestalten. Konkrete Vorschläge gibt auch von der Verbraucherorganisation [Foodwatch](#), die sich mit einer Petition für die [komplette Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse einsetzt](#). Auch die Forderung nach Abschaffung der Mehrwertsteuer [auf alle Grundnahrungsmittel](#) wird diskutiert. Zudem gibt es die Kampagne "[9 Euro Ticket weiterfahren](#)". Demgegenüber sollte eine solidarische Reaktion auf die Inflation sich eben eher die Septemberstreiks von 1969 zum Vorbild nehmen, die deutlich machten, dass Lohnabhängige gegen die Inflation und für die Verteidigung ihrer Lebensqualität aktiv werden können.

Verbunden mit Aktionen von Erwerbslosen [gegen hohe Preise für Grundnahrungsmittel und steigende Mieten](#) sowie solidarischen Anlaufstellen könnte hier tatsächlich eine neue soziale Bewegung entstehen. [Heise.de](#), 30.7.2022

Attac Hamburg - Newsletter 8/22 Neues Sparpaket im Gesundheitswesen

Das von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegte Sparpaket zum Ausgleich des Milliardendefizits in der gesetzlich Krankenversicherung (GKV) wurde Ende Juli 2022 vom Bundeskabinett gebilligt. Das sogenannte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sieht unter anderem die Streichung der Neupatientenregelung vor, die Lauterbach selbst bei ihrer Einführung im Mai 2019 begrüßt hatte. Er begründet die Streichung damit, dass sie nicht bewährt habe. Dem widersprechen einige Kassenärztliche Vereinigungen und Ärzteverbände. Dr. Stephan Hofmeister, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), stellt fest: „Der Minister behauptet, die Neupatientenregelung habe nichts gebracht. Das stimmt einfach nicht.“ Er verweist auf eine Auswertung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland 2/8 (ZI). In einer Medieninformation vom 27. Juli 2022 heißt es, dass „mehr als jede:r vierte gesetzlich versicherte Patient:in von der Regelung begünstigt wurde: Im vierten Quartal 2021 wurden in den Praxen 20 Mio. Neupatient:innen behandelt“. Das sei ein Anstieg um zwölf Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2019. Und nicht nur in diesem Punkt trifft Lauterbach nicht die Tatsachen. So behauptet er, dass es nicht möglich sei festzustellen, wer Neupatient/-in sei. Laut ZI sei das jedoch definiert: „Als ‚neu‘ gelten Patienten, die weder im aktuellen noch in den acht vorangegangenen Quartalen in der jeweiligen Praxis waren.“ Die Regelung wird zwei Jahre nach Gründung beziehungsweise Übernahme einer Praxis wirksam. Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der KBV, kommentiert die Streichung wie folgt: „Die Maske ist gefallen. Karl Lauterbach will die Versorgung der Bürger einschränken. Dieses Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht der Patientinnen und Patienten in Deutschland. Und das müssen wir den Menschen auch so sagen.“

Weiterhin sieht das Sparpaket vor, dass Teile der in Krankenhäusern Beschäftigten nicht mehr im Pflegebudget berücksichtigt werden sollen. Damit werden den Krankenhäusern 375 Millionen Euro entzogen. Das werde für die Krankenhäuser und die Pflege zu enormen Problemen führen: „Im Extremfall würde dieses Gesetz dazu führen, dass bis zu 20.000 Arbeitsplätze gefährdet wären. Ein Wahnsinn angesichts des Personalmangels. Somit bleibt das politische Handeln des Ministers in diesem Stil absolut inakzeptabel. Zum einen erkennt er zwar die extremen wirtschaftlichen Belastungen der Krankenhäuser, treibt sie aber zum anderen weiter in finanzielle Probleme. Ihm ist natürlich die schwierige Lage auf dem Pflege-Arbeitsmarkt bewusst, trotzdem gefährdet er weiter den Personalbestand. Stattdessen sind entschiedene politische Schritte zum Personalaufbau und zur Entlastung notwendig, um den Personalmangel in der Pflege nachhaltig anzugehen“, meint Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Es ist damit zu rechnen, dass die Zusatzbeiträge steigen. Das IGES Institut geht von einer Steigerung „um etwa 0,4 Prozentpunkte“ aus.

Der Bundesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) kommt ebenfalls zu einem vernichtenden Urteil: „Die AOK-Gemeinschaft hält das Maßnahmenpaket insgesamt für vollkommen ungeeignet, die kurz- und mittelfristigen Finanzprobleme der GKV zu lösen. Zwar werde auf Leistungskürzungen und höhere Eigenbeteiligungen verzichtet, was besonders vulnerable Gruppen getroffen hätte. Aber die Hauptlast müssen die Beitragszahlenden tragen. Das ist eine fundamentale Ungerechtigkeit gegenüber unserer Solidargemeinschaft und gefährdet die Funktionsfähigkeit der gesamten GKV“, so Hoyer [stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK - Bundesverbands]. Über die Erhöhung der Zusatzbeiträge (4,8 Milliarden Euro), das fast vollständige Abschmelzen der verbliebenen Kassenrücklagen (4 Milliarden Euro), den weiteren Abbau der Liquiditätsreserve (2,4 Milliarden Euro) sowie die Aufnahme eines von den Beitragszahlenden zurückzahlenden Darlehens des Bundes (1 Milliarde) sollen auf der Einnahmeseite rund 12 Milliarden Euro zusätzlich generiert werden.“

In dem Gesetzentwurf nicht enthalten sind Maßnahmen, die tatsächlich zu einer Erhöhung der Einnahmen der GKV führen, so dass eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet werden könnte: die Beseitigung der Erlaubnis, im Gesundheitswesen Gewinne zu erzielen, die Abschaffung der Fallpauschalen, die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen.

Quellen:

- ▶ [Entwurf eines Gesetzes](#) zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- ▶ GKV-Spargesetz: Bundeskabinett billigt Lauterbachs Entwurf ([Deutsches Ärzteblatt](#))
- ▶ GKV-Finanzbedarf: Große Lücken drohen spätestens ab 2024 ([IGES Institut](#))
- ▶ Pläne der Bundesregierung zur Abschaffung der Neupatientenregelung werden Kassenpatient: innen den Zugang zu ärztlicher Versorgung erschweren ([ZI](#))
- ▶ „Schlag ins Gesicht der Patientinnen und Patienten“ ([KBV](#))
- ▶ Zahlen und Fakten zur Neupatienten - Regelung des Terminservice – und Versorgungsgesetzes (TSVG) von 2019 ([ZI](#))
- ▶ Trotz Personalmangels gefährdet Lauterbach Arbeitsplätze in der Pflege ([DKG](#))
- ▶ „Das Maßnahmenpaket destabilisiert die gesetzliche Krankenversicherung“ ([AOK](#))

Attac-AG Sicherungssysteme: „Wir fordern die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung in die ALLE Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenzen. Die Arbeitgeber sollen sich wieder paritätisch (hälftig) beteiligen.“ [Flyer](#) zur solidarischen Bürgerversicherung
weitere Dokumente: [PG Soziale Frage von Attac DE](#)

Profite im Gesundheitswesen

Attac Österreich

Corona: Milliardengeschäfte mit Impfungen

Das ARD-Magazin Monitor zeichnet in einer Dokumentation einen Jahrhundertskandal nach: Während Impfstoffhersteller Milliardengeschäfte mit Corona-Impfstoffen machten, warteten im globalen Süden Millionen Menschen vergeblich auf rettende Impfstoffe.

<https://www.attac.at/news/details/corona-milliardengeschaeefte-mit-impfungen>

Christian Kreiß: Pharmakonzerne, Gewinnmaximierung und Gesundheit

"Für das gesamte Jahr schätzt Pfizer den Jahresüberschuss etwa dreimal so hoch ein wie die Investitionen in neue Medikamente: er soll 35 Milliarden Dollar oder 35 Prozent vom Umsatz betragen. Das ist der bei weitem höchste Gewinn, den Pfizer jemals hatte." - [mehr](#) zum "Interessenkonflikt von Pharmaunternehmen zwischen Gewinnstreben und Gesundheit."

Werner Rügemer: Das Gesundheitssystem muss selbst erstmal gesund werden!

[NDS](#) 1.7.2022 – Sogar für den noch größeren Arbeitsaufwand wegen der Pandemie haben die Bundesregierungen, die Betreiber und Eigentümer von Krankenhäusern und Pflegeheimen keine Verbesserungen zugestanden. Ob die

Bundesregierungen von CDU oder SPD, von Merkel oder Scholz geführt werden: Deren Gesundheitsbeziehungweise besser: deren Krankheitspolitik schließt viele Krankheiten aus und verursacht enorme gesundheitliche Schäden, im Gesundheitssystem selbst, in den Unternehmen, in der ganzen Bevölkerung. (...)

Die vorherrschende Gesundheitspolitik, verkörpert im zuständigen Minister Lauterbach, macht die privaten Investoren gesund, aber macht die Mehrheit der Bevölkerung in vielfältiger Weise krank. Und das wird mit der gegenwärtigen Sanktions-, Energie- und Aufrüstungspolitik noch gefährlicher.

Das müssen wir zusammen sehen und neue Bündnisse für eine allgemeine Gesundheitspolitik bilden. Deshalb: Alle Gewerkschaften müssen ran, Betriebsräte und Ärzte und medizinische Wissenschaftler, Frauengruppen, Patientenorganisationen, Wohlfahrtsverbände und alle demokratischen Kräfte. So können wir Potentiale für Widerstand und Alternativen erschließen, für eine umfassende Gesundheitspolitik, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht. (...)

Werner Rügemer: Karl Lauterbach, der Harvard-Influencer: Gesundheitsminister Karl Lauterbach versteht nichts von Gesundheit, jedenfalls nicht der Patienten und Beschäftigten. Seit über 20 Jahren sorgt er aber für die gewinnbringende Gesundheit privater Investoren, und mit der Pandemie-Politik noch mehr. [Nachdenkseiten](#) - [2. Teil](#)

Kritischer Blick auf die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

BUKO Pharma-Kampagne: WHO: Rückschritte beim Zugang zu Arzneimitteln und minimale Verbesserungen

Am 17.6.2022 beschloss die Welthandelsorganisation (WTO) Änderungen bei den geistigen Eigentumsrechten lediglich für Covid-19-Impfungen. Sie bringen für den Globalen Süden jedoch nicht die erhofften Erleichterungen. Eine Niederlage für den gerechten Zugang zu Arzneimitteln und ein Sieg für Big Pharma.

Fast zwei Jahre ist es her, dass Indien und Südafrika bei der WTO die befristete Aussetzung geistiger Eigentumsrechte für Covid-19-Produkte vorschlugen (TRIPS Waiver). Das Ziel: Eine möglichst breite und kostengünstige Produktion von Impfstoffen, Medikamenten und Tests in der Pandemie. Der Antrag war auch aus dem Frust des Globalen Südens geboren, dass die Versprechen führender PolitikerInnen aus Industrieländern, Impfstoffe und Medikamente müssten allen Menschen auf der Welt zur Verfügung stehen, sich als leere Phrasen erwiesen. Die reichen Staaten waren weder willens dafür zu sorgen, dass freiwillige Lizenzen für benötigte Produkte zur Eindämmung von Covid-19 in einen Patentpool kommen, noch waren sie zu anderen substanziellen Zugeständnissen bereit. Lediglich Geld für den Kauf von Impfungen wurde über die öffentlich-private Initiative „Covax“ zur Verfügung gestellt,[\[1\]](#) aber das kam viel zu spät und war viel zu wenig – auch weil der Globale Norden den durch Patentschutz künstlich verknappten Impfstoffmarkt bereits leergekauft hatte. Da Covax zu Preisen deutlich über den Herstellungskosten einkauft, tragen zudem Steuermittel direkt zur Erhöhung der Gewinne großer Pharmakonzerne bei. Mehr: [BUKO](#) <https://bukopharma.de/de/covid-19>

[WHO - Zwischen Krise und Neustart](#), von Andreas Wulf im [Medico-Rundbrief 2/22](#)

Corona: Wie Impfschäden immer noch heruntergespielt werden

Gesundheitsminister Karl Lauterbach findet Post-Vac deutlich weniger schlimm als Post Covid. Ein Forscher widerspricht. Und dann wäre da noch ein Brandbrief von Betroffenen. Der Brandbrief ist unterschrieben von Hunderten Patienten, Betreff: „Unterlassene Hilfeleistung bei Impfnebenwirkungen“. Er ist adressiert an die Bundestagsabgeordneten und Mitglieder im Gesundheitsausschuss, an Frank Ulrich Montgomery als Ratsvorsitzenden des Weltärztebundes und weitere Ärztevertreter sowie an Wissenschaftler und Forscher der Unikliniken. Die Unterzeichner kritisieren den Umgang mit unerwünschten Nebenwirkungen der Corona-Schutzimpfung.

Mehr : [Berliner Zeitung](#) 1.7.2022

Impfnebenwirkungen - Warum Betroffene viele Behandlungen selbst bezahlen müssen - [Plusminus](#) 29.6.2022

Evaluierungsbericht: Desaströse Datenlage zu Corona-Pandemie:

Generalabrechnung mit Politik und RKI: „Wer alternative (...) Denksätze vorschlug, wurde nicht selten ohne ausreichenden Diskurs ins Abseits gestellt.“ - [Berliner Zeitung](#) 1.7.2022

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Paritätischer Verband) im Interview zur [Evaluierung des Infektionsschutzgesetzes](#), 12.7.2022:

Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass Menschen an und unter der Armutsgrenze ein ungefähr doppelt so hohes Infektionsrisiko haben wie Wohlhabende. Ursächlich hierfür sind plausiblerweise Wohnbedingungen, stärkere ÖPNV-Benutzung und Arbeitsbedingungen.

Wir wissen auch, dass für arme Menschen die Risiken, einen schweren Verlauf einer Covid-19-Infektion zu erleiden oder gar daran zu sterben, erheblich höher sind, was unter anderem in der höheren Häufigkeit von Vorerkrankungen begründet ist. Richtig ist auch, dass Menschen an oder unter der Armutsgrenze oder generell sozial benachteiligte Menschen viel stärker unter den Folgen der Pandemiebekämpfung zu leiden hatten als wohlhabende Menschen. Home Office in einer vierköpfigen Familie in einer 2,5-Zimmer-Wohnung, in der nicht jeder ein vernünftiges Endgerät hat, ist etwas völlig anderes als in einer Akademikerfamilie mit 4-Zimmer-Wohnung und Garten.

Auf alle diese besonderen Risiken hätte die Politik mit zielgruppenspezifischen Maßnahmen der Aufklärung, der materiellen Kompensation und mit besonderen Angeboten reagieren können und sollen – hat sie aber nicht. (...)"

Günter Theißen „Das Virus – auf der Suche nach dem Ursprung von Covid-19“ (Westend-Verlag)

Günter Theißen, Molekularbiologe und Professor für Genetik in Jena, will wissen: Wo liegt der Ursprung des SARS-CoV2-Virus und wie genau ist es entstanden? Wie ein Kriminalkommissar hat sich Theißen auf Spurensuche begeben und für sein Buch seit Anbeginn der Pandemie alle verfügbaren Fakten zusammengetragen. Schon bald musste er jedoch feststellen, dass sich die Mehrzahl der Fachleute und ein Großteil der Medien auf eine rein natürliche Entstehung des Virus festgelegt haben – ohne hieb- und stichfeste Beweise. Warum besteht so wenig Interesse an Aufklärung? Zusammen mit gleichgesinnten Kolleginnen und Kollegen setzt sich Theißen für eine vorurteilsfreie, faktenbasierte Diskussion über die Entstehung des Virus ein. Und für eine unabhängige Wissenschaft. - [sein Kommentar](#)

Ausdauernde Kämpfe gegen den Pflegenotstand

Schwarzbuch Krankenhaus

"Wir, Arbeitende im Gesundheitssystem, berichten von Überlastung und Patient:innengefährdung im Arbeitsalltag. Die folgenden Erfahrungsberichte zeigen, wie die Gesundheitsversorgung in Deutschland wirklich ist.

<https://schwarzbuch-krankenhaus.net/erfahrungsberichte>

Die Ursache hierfür sehen wir vor allem in der Kommerzialisierung unserer Krankenhäuser und deren Finanzierung über Fallpauschalen (DRGs). Der Anreiz möglichst viele Patient:innen mit möglichst wenig Personal zu versorgen, hat Arbeitsbedingungen geschaffen, die unser aller Gesundheit gefährdet. Wir fordern daher eine gesetzliche Personalbemessung, die sich am Bedarf der Patient:innen bemisst, und ein Gewinnverbot mit unseren Krankenhäusern!"

<https://schwarzbuch-krankenhaus.net/>

[Bericht](#) von Alix Arnold, Express

Pflegekräfte packen aus: Warum kündigen sie? - Video

Pflegerinnen und Pfleger schmeißen reihenweise hin. Jede dritte Pflegekraft hat im vergangenen Jahr darüber nachgedacht aufzuhören.

«Ohne uns geht gar nix» Der lange Kampf der Berliner Krankenhausbewegung - [Video](#), 20 min

Der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem - Studie von 2015, weiterhin aktuell:

<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/11337.pdf>

Tarfbewegung für Entlastung

an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen

»Ohne den Streik hätten wir gar nichts« -

NRW: Der **erkämpfte Tarifvertrag Entlastung an Unikliniken** berücksichtigt nicht alle Arbeitsbereiche gleichermaßen. Ein Gespräch mit Thomas Zmrzly, JW 26.7.22

Nach 77 Streiktagen und mehr als 25 Verhandlungsrunden hat sich die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mit den Leitungen der sechs Universitätskliniken in NRW auf einen Tarifvertrag Entlastung geeinigt. [JW 21.7.2022](#)

Rückblick:

Der Krankenhausstreik beginnt - Video, 17 min.

Streiks des Pflegepersonals seit Anfang Mai 2022:

100 Tage hatten Klinikleitungen und politisch Verantwortliche Zeit. 100 Tage, in denen sie Tarifverhandlungen über mehr Personal und Entlastung an den sechs nordrhein-westfälischen Universitätskliniken hätten auf den Weg bringen können.

Webseite: <https://notruf-entlastungnrw.de/>

Verdi Nord-Rhein-Westfalen:

<https://gesundheit-soziales-nrw.verdi.de/>;

<https://nrw.verdi.de/>

[Dossier bei Labournet](#)

Der „Schwarze Fels“ – Wie BlackRock & Co. Umwelt, Arbeit, Rente bedrohen

Rote Linien dagegen und innovative Konzepte

[Kongress 16./17. September 2022, Universität Potsdam, Auditorium Maximum](#)

Kleine Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung

von Ulrich Brand und Patrick Makal, Juni 2022 - 10 Seiten – [RLS](#)

Radwa Khaled-Ibrahim, medico

Hunger mit System

Weltweit führt der Ukraine-Krieg zur dramatischen Zunahme von Hungerkrisen. Doch die Ursachen liegen viel tiefer.

Ich schaue auf meine Hand. Sie ist nicht besonders groß. Ich stelle mir ein Fladenbrot vor, klein wie meine Hand. Kürzlich kursierten Bilder aus Ägypten von Menschen, die ein Fladenbrot auf der Hand halten. Es kostet so viel wie vor wenigen Wochen, doch es ist nur noch halb so groß. Ich erinnere mich, wie die ausgestreckten Hände mit Mini-Fladenbrot vor elf Jahren erst zu Fäusten und dann rhythmisch zu den Rufen „Brot, Freiheit, Würde“ in die Luft gereckt wurden. Im Arabischen ist der Ruf ein a-b-a-Reim, die Würde hätte melodisch auch vorne stehen können. Aber es war eine bewusste Entscheidung, zuerst Brot zu fordern. Tatsächlich werden in Ägypten inzwischen im großen Stil Bohnen und Baumwolle für den Export angebaut, Weizen aber muss importiert werden. In Zeiten des Ukraine-Krieges und ausfallender Lieferungen ist das eine Katastrophe. Die Frage ist, warum die Grundversorgung in Ländern wie Ägypten, Irak, Algerien, Tunesien oder dem Libanon so stark auf Importe angewiesen ist, obwohl sie selbst große Anbauflächen haben. Wie konnten solch gefährliche Abhängigkeiten entstehen?

Bereits im Januar 2022, also noch vor dem Putin-Krieg gegen die Ukraine, haben die globalen Lebensmittelpreise einen historischen Höchststand erreicht. Grund ist die große „nachholende“ Nachfrage auf den Weltmärkten nach dem Abebben der Covid-19-Pandemie. Verstärkend wirkt die zunehmende Verwendung landwirtschaftlicher Produkte für Biodiesel. Zudem haben Missernten das Angebot an Sojabohnen aus Südamerika, Weizen aus den USA, Kanada und der EU und Palmöl aus Malaysia verringert. Die hohen Preise für energieintensive Betriebsmittel, insbesondere Düngemittel, und die steigenden internationalen Frachtkosten tun ihr Übriges. Einige Länder haben angesichts der beschriebenen Krise Ausfuhrbeschränkungen für Weizen, Rindfleisch, Palmöl oder Düngemittel verhängt. Auch das treibt die Preise nach oben. Bereits im Februar warnte der Zusammenschluss lokaler Kleinbäuer:innen auf dem afrikanischen Kontinent, ROPPA Afrique Nourricière, im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels vor einer drohenden Hungerkrise. UN-Generalsekretär António Guterres sprach von einem sich abzeichnenden „Hurrikan des Hungers“.

(Alb-)Träume einer entwickelten Welt

Über Jahrzehnte ist der Anbau von Nahrungsmitteln für die Versorgung der eigenen Bevölkerung in vielen afrikanischen Ländern reduziert worden. Der Fokus liegt stattdessen auf exportgeeigneten Nutzpflanzen. Der Export von Baumwolle, Bohnen, Blumen und Beeren bringt zwar nicht viele Devisen ein, aber eben doch mehr als die Selbstversorgung. Insofern tragen sie zum Bruttoinlandsprodukt bei, was der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zuträglich ist. Im Zuge der Liberalisierung wurden viele Anbauflächen an private Investor:innen verkauft oder verpachtet. Spekulation wurde Teil des täglichen Falafel-Brotens.

Diese Entwicklung begann in Afrika schon mit den Strukturanpassungsprogrammen der 1970er-Jahre. Damals wurden die afrikanischen Märkte mit stark subventionierten europäischen Agrarüberschüssen überflutet. Lebensmittel waren so günstig wie nie. Mit den künstlich niedrigen Preisen konnten die heimischen Produkte aber nicht mithalten. Lokale Märkte wurden zerstört, Abhängigkeiten geschaffen. Seit den 2000er-Jahren gibt es ein neues Instrumentarium: Economic Partnership Agreements (EPAs). EPAs sind Handels- und Entwicklungsabkommen zwischen der EU und Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, den sogenannten AKP-Staaten. Angeblich sollen sie zu einer verantwortungsvollen wirtschaftspolitischen Steuerung beitragen. Tatsächlich sind etwa die Abkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern Teil einer modernisierten globalen Ausbeutung. Ein typisches EPA verlangt die Öffnung der Märkte für praktisch alle Einfuhren aus Europa. Eine „Stillhalteklausele“ verpflichtet die afrikanischen Staaten dazu, ihre Einfuhrzölle für EU-Produkte einzufrieren. Eine dritte typische Komponente ist die „Meistbegünstigungsklausel“: Sie macht es afrikanischen Staaten zur Pflicht, der EU die gleichen Zölle anzubieten, die sie auch anderen wichtigen Handelspartnern anbieten. Das verhindert die Entwicklung regionaler Märkte für afrikanische Kleinbäuer:innen. Die Abkommen gehen so weit, dass sie Bäuer:innen daran hindern, Saatgut zu speichern und zu tauschen – was sie in die Abhängigkeit von transnationalen Saatgutunternehmen treibt.

Die Ideologie der Freiheit

„Freihandel“ ist ein Euphemismus für die Prämisse, die solchen Abkommen zugrunde liegt, denn sie verwechselt die Abwesenheit von staatlicher Regulierung mit Freiheit. Die Realität ist ein wilder Handel, der Menschenrechtsstandards ignoriert und die Bedürfnisse transnationaler Konzerne und Investitionen bedient. So tragen EPAs zu Landgrabbing bei: Je profitabler die Produktion im Globalen Süden wird, umso mehr gerät der lokale Agrarsektor unter Druck und wird der Anbau auf den Export für den „globalen Verbrauch“ umgestellt. Dieser macht jedoch nur kleine Minderheiten satt. Der „Freihandel“ setzt einen Großteil der Bevölkerungen des Globalen Südens in Konkurrenz zu den Konsument:innen des Globalen Nordens, deren Kaufkraft im Schnitt 60-mal so hoch ist. In den Hunger- und Unterernährungsgebieten werden wichtige Landressourcen für ein Prozent der Weltbevölkerung in Beschlag genommen. Das Überleben der Armen wird damit absichtlich und vollständig von der internationalen „Hilfspolitik“ abhängig gemacht.

Ein Widerspruch zum Traum von „Entwicklung“? Im Gegenteil. Die früheren „Millennium Development Goals“ der UN und die heutigen „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ unterstützen diese Vorgänge. Denn auch in ihnen geht es nicht primär um die Ernährungssouveränität der betroffenen

Länder, sondern um deren bessere Einbindung in die globalen Wirtschaftsströme. Die jüngsten Strategien globaler Ernährungspolitik sehen kleinbäuerliche Landwirtschaft noch immer als überholte Praxis an. Lebensmittel für die internationalen Märkte sollen stattdessen von einer kleinen Zahl großer, intensiv wirtschaftender Betriebe produziert werden, die wenige Menschen beschäftigen und oft durch Verträge für Saatgut und Düngemittel an globale Konzerne gebunden sind. Dieser Ansatz hat verheerende Folgen für den Zugang der Menschen zu Land, Wasser und Ressourcen, die für lokale Nahrungsmittelproduktion benötigt werden.

Der Krieg als Katalysator

All diese Widersprüche spitzen sich durch den Ukraine-Krieg massiv zu. In diesem werden Hunger und die Angst vor einer globalen Hungersnot nicht nur produziert – sie werden strategisch genutzt, als Druckmittel, als Verhandlungsmasse, als „Waffe“, die - wie der Vizechef des russischen Sicherheitsrats Dimitri Medwedew bereits im April betonte - „still, aber schrecklich“ sei. Deswegen können Getreidefrachter nicht auslaufen und werden Silos in die Luft gejagt. Getreide und Sonnenblumenöl sind zum Faustpfand geworden und jede Seite, bis hin zur türkischen, versucht herauszuholen, was für sie herauszuholen ist. Die Folgen werden tödlich sein, bald schon oder erst im Winter, in diesem Dorf oder jenem Slum. Daran wird auch die Politik des IWF, den Hunger mit „Resilience and Sustainability Trust“ für besonders vulnerable Staaten abzufedern, wenig ändern. Denn neben den schon bestehenden Schulden gehen diese

Trusts, ähnlich wie die EPAs, mit Strukturanpassungsvorgaben einher – etwa der Aufhebung von Subventionen für wichtige Lebensmittel. Hier schließt sich der Kreis. Angenommen, es gäbe irgendeine Form von Kompromiss oder der Ukraine-Krieg wäre beendet: Die globale Ernährungsunsicherheit wäre mindestens so groß, wie sie das schon im Januar war. Denn sie ist Auswuchs einer jahrzehntelangen Politik, die es zulässt und ermöglicht, dass selbst elementarste Güter des Überlebens durchkapitalisiert und der Spekulation ausgesetzt werden. Sie sind Folge eines Weltsystems, das eklatante Ungleichheiten herstellt und Existenzgrundlagen zerstört.

Globaler Hunger wird gemacht – heute mit blockierten Frachtern, jeden Tag mit Landraub und Lebensmittelspekulationen, aufgepressten Handelsabkommen und Strukturanpassungen sowie vielen anderen Zutaten des globalisierten Kapitalismus.

Was tun? Akute Hilfe ist nötig. Aber sie muss sich an ein politisches Projekt der Veränderung binden. Nur dann wird sie mehr bewirken können, als dürftige Krümel Fladenbrot zu spenden, die niemanden satt machen.

Veröffentlicht am 20. Mai 2022

Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Nothilfe in der Öffentlichkeitsarbeit von medico.

Außerdem ist die feministische Politikwissenschaftlerin in der Spender:innenkommunikation tätig.

[Mehr von Radwa Khaled-Ibrahim](https://www.medico.de/blog/hunger-mit-system-18629)

<https://www.medico.de/blog/hunger-mit-system-18629>

IPES-Food

Lebensmittelpreis- und Hungerkrise wäre vermeidbar

19.05.2022 – (Kürzungen von der SiG-Redaktion)

Die globalen Lebensmittelpreise sind um ein Drittel höher als im Vorjahr. Im Sudan verdoppelten sich die Brotpreise seit Kriegsausbruch, im Libanon stiegen sie um satte 70%. Die Kosten für den Import von Weizen erhöhten sich um ein Drittel zu. Die Armen in Ländern mit geringem Einkommen müssen einen Großteil ihres Verdienstes für Lebensmittel aufbringen, viele können sich nicht mehr ausreichend Nahrung leisten. Nach Ansicht von IPES-Food, dem auch mehrere einst am Weltagrarbericht beteiligte Wissenschaftler*innen angehören, hätte diese erneute Preiskrise verhindert werden können, doch grundlegende Fehler im globalen Ernährungssystem, wie eine starke Importabhängigkeit oder die übermäßige Spekulation mit Rohstoffen, haben bewirkt, dass der Krieg nun die dritte globale Lebensmittelpreiskrise innerhalb von 15 Jahren auslöste.

Die Expert*innen analysieren vier strukturelle Schwachstellen, die die Lebensmittelsysteme anfällig für Preisschocks machen.

1. Importabhängigkeit vieler Länder: „In vielen Ländern haben Cash Crops den vielfältigeren Anbau von Nahrungsmitteln und ernährungsphysiologisch wichtigen Nahrungsmitteln verdrängt“, heißt es im Bericht. So habe der Tabakanbau in Bangladesch Gemüse und Hülsenfrüchte ver-

drängt, ebenso wie Maniok, Hirse und Süßkartoffeln in einer Reihe von afrikanischen Ländern. Während die meisten Länder weiterhin Grundnahrungsmittel für sich anbauen, produzierten viele nicht genug, um ihren Bedarf zu decken und sind stark von Importen abhängig geworden. Die Länder, die Nahrungsmittel importieren, sind zudem auf eine geringe Zahl an Getreideexporteuren angewiesen. Auf nur sieben Länder plus die EU entfallen 90% der weltweiten Weizenexporte und gerade einmal vier Länder exportieren 80% der weltweiten Maismenge. Der globale Handel mit Grundnahrungsmitteln wird von einer Handvoll Länder und Konzerne dominiert. So wird etwa 70-90% des gesamten Getreidehandels von **4 Firmen kontrolliert: Archer-Daniels Midland, Bunge, Cargill und Dreyfus**. Dies führe zu erheblichen Störungen, wenn ein großer Exporteur ausfalle.

2. Eine Reihe von Hürden hindern Landwirt*innen daran, ihre Produktion umzustellen und zu diversifizieren: Überspezialisierung in bestimmten Regionen, die Präferenzen von Händlern und Regierungen für Cash Crops und Bio-kraftstoffe sowie die Abhängigkeit von synthetischen Düngemitteln. Rohstoffspezifische Fertigkeiten, Schulungen, Ausrüstungen, Netzwerke und Beziehungen zum Handel sind kostspielig im Aufbau und wären teils nicht mehr relevant beim Umstieg auf andere Kulturen oder Produktionsmethoden.

3. Marktversagen und Spekulation. Laut IPES-Food gibt es Hinweise darauf, dass auch Finanzspekulant*innen den Anstieg und die Volatilität der Lebensmittelpreise verschärfen könnten. „In nur 9 Tagen im März 2022 stieg der Weizenpreis an den Terminmärkten um 54%. Und das, obwohl die weltweiten Weizenvorräte verglichen mit bisherigen Trends hoch sind. Die weltweiten Weizen- und Maisvorräte nahmen seit 2012 stetig zu. Das Verhältnis der Vorräte zum Verbrauch ist 2022 beim Getreide mit 29,7% angemessen und liegt nur geringfügig unter dem Wert von 2020/21, was auf ein relativ komfortables Versorgungsniveau hindeutet.“ Zudem sei seit Beginn der Ukraine-Invasion verstärkt in Rohstoff-Futures und rohstoffgebundene Fonds investiert worden. Der tägliche Handel mit einem solchen Fonds stieg von Januar bis Anfang März auf das 100-fache an. Das Handelsvolumen an der Chicago Mercantile Exchange und der Anteil der Spekulanten an den Weizen- und Maismärkten nahmen zu. „Der Preisanstieg in den vergangenen Wochen beruht zu großen Teilen auf Spekulation am Weltmarkt“, sagte Hans Herren, Mitglied von IPES-Food und einst Ko-Präsident des Weltagrarberichts. „So wird ein künstlicher Mangel kreiert und es werden riesige Mengen an Getreide zurückgehalten in der Hoffnung, dass der Preis steigt und man später teurer verkaufen kann. Ich finde es unglaublich, dass man mit Ernährung spekulieren darf.“

4. Teufelskreis aus Konflikten, Klimawandel, Armut und Ernährungsunsicherheit, der dazu führt, dass Hunderte Millionen Menschen nicht in der Lage sind, sich bei plötzlichen Schocks anzupassen. Die ärmsten Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen geben mehr als 60% ihres Einkommens für Lebensmittel aus, so dass selbst geringe Preissteigerungen verheerende Auswirkungen haben können – Schwachstellen, die durch die COVID-19-Pandemie auf grausame Weise offengelegt wurden“, heißt es in dem Bericht.

Das Expertengremium warnt vor kurzfristigen Reaktionen auf die Krise, die die aktuellen Trends noch verschärfen, wie etwa die Aussetzung von Umweltvorschriften, die Steigerung der industriellen Nahrungsmittelproduktion oder die weitere Förderung einer exportorientierten, düngerbasierten Landwirtschaft. Stattdessen fordert IPES-Food dringende Maßnahmen zur Unterstützung der nahrungsmittelimportierenden Länder, unter anderem durch **Schuldenerlass**. Der Bericht hebt hervor, dass Maßnahmen, die die Fähigkeit der Länder zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung von sozialen Sicherungssystemen verbessern, den größten und nachhaltigsten Nutzen bringen. Das war auch schon nach der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 bekannt. Die Einrichtung eines neuen Finanzierungsmechanismus in Form eines Globalen Fonds für Sozialschutz würde ärmere Länder in die Lage versetzen, soziale Sicherungssysteme zu schaffen, so die Autor*innen. Letztendlich ist ein Schuldenerlass bzw. eine Streichung der Schulden unabdingbar, damit einkommensschwache Länder, die Nettoimporteure von Nahrungsmitteln sind, die steigenden Importrechnungen bezahlen und soziale Sicherungssysteme einrichten können. „Jahrzehntelang haben reiche Regierungen und Institutionen wie

der Internationale Währungsfonds und die Weltbank einkommensschwache Länder dazu gedrängt, Pflanzen für den Export in reiche Länder anzubauen und Grundnahrungsmittel wie Weizen und Mais zu importieren, um sich selbst zu ernähren“, so Raj Patel, Mitglied von IPES-Food und Professor an der University of Texas. „Jetzt sind Millionen von Menschen immer wiederkehrenden Lebensmittelpreisschocks ausgesetzt, die Länder sind verschuldet, und die Zinsen steigen. Ein Schuldenerlass für Länder, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, ist unerlässlich, um Unruhen im eigenen Land zu verhindern, gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und die Nahrungsmittelproduktion wieder aufzubauen und zu diversifizieren“, forderte er. Eine weitere Empfehlung lautet, **die übermäßige Spekulation mit Rohstoffen einzudämmen und die Markttransparenz zu erhöhen**. „Es gibt Hinweise darauf, dass sich Finanzspekulanten auf Rohstoffinvestitionen stürzen und auf steigende Lebensmittelpreise setzen, was die ärmsten Menschen der Welt noch tiefer in den Hunger treibt“, bestätigt Jennifer Clapp. „Die Regierungen haben es versäumt, exzessive Spekulationen einzudämmen und bei den Nahrungsmittelbeständen und Rohstoffmärkten Transparenz zu schaffen – das muss dringend geändert werden.“

Darüber hinaus raten die Expert*innen den Regierungen, **regionale Getreidereserven und Reaktionssysteme für Ernährungssicherheit aufzubauen**. „Es ist alarmierend zu sehen, dass die Preise steigen und in vielen Ländern Afrikas wieder Hunger und Lebensmittelunruhen drohen. Der Wiederaufbau regionaler staatlicher Getreidereserven ist der Schlüssel zur Widerstandsfähigkeit bei derartigen Schocks – Westafrika hat einige Fortschritte gemacht, aber es ist ein Weckruf und alle Regionen brauchen Unterstützung, um dies zu beschleunigen“, sagte Mamadou Goïta von IPES-Food und geschäftsführender Direktor von IRPAD Afrique.

Darüber hinaus empfehlen die Autor*innen, **Schritte zur Diversifizierung der Nahrungsmittelproduktion und zur Umstrukturierung der Handelsströme zu beschleunigen**. Schritte zum Wiederaufbau der heimischen Nahrungsmittelproduktion in den kommenden Monaten und Jahren könnten dazu beitragen, Preisspitzen abzufedern und den Zugang zu Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten. „Länder brauchen kontextspezifische Ansätze, die es ihnen ermöglichen, bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln einen gewissen Grad an Selbstversorgung wiederherzustellen, auf widerstandsfähigere traditionelle Kulturen (z. B. Hirse statt Reis) umzusteigen und gleichzeitig den Lebensmittelkonsum zu diversifizieren sowie eine vielfältigere Mischung aus lokalen und globalen Lieferungen sicherzustellen“, heißt es im Bericht.

Schließlich weist IPES-Food auf die Notwendigkeit hin, die **Abhängigkeit von Düngemitteln und fossiler Energie in der Lebensmittelproduktion durch Vielfalt und Agrarökologie zu verringern**. „Agrarökologie ist eine Form der Krisenbewältigung, ein Weg zur Resilienz und eine kostengünstige Möglichkeit, sich gegen verschiedene Schocks abzusichern.“ (ab)

Bericht - [pdf-Version](#)

Attac und Österreichischer Bauernverband Finanz- und Weltmärkte überwachen und Spekulation bekämpfen

Infolge des Ukraine-Krieges sind die Preise für Weizen zwischen Jänner und März 2022 um 61 Prozent gestiegen. Für Millionen Menschen in den ärmsten Ländern ist dies eine existentielle Bedrohung: Die [Weltbank schätzt](#), dass jeder Anstieg der Lebensmittelpreise um einen Prozentpunkt 10 Millionen Menschen weltweit in extreme Armut stürzt. Das Ausmaß des Preisanstiegs lässt sich jedoch nicht durch eine grundsätzliche Nahrungsmittelknappheit erklären. (1) Der aktuelle Report „[Another Perfect Storm?](#)“ des internationalen Expert*innengremiums für nachhaltige Lebensmittelsysteme ([IPES-Food](#)) und weitere Quellen zeichnen nach, wie **Finanzspekulation** auch aktuell für steigende Lebensmittelpreise sorgt und so Millionen Menschen in den Hunger treibt. Zusätzlich ist die wachsende Marktmacht der **vier globalen Konzerngiganten im Agrarrohstoffhandel**, die den Großteil des Welthandelsvolumens an Agrarrohstoffen kontrollieren, ein unterschätztes und bisher [viel zu wenig untersuchtes Risiko](#) für die globale Ernährungssicherheit. Für das globalisierungskritische Netzwerk Attac und die ÖBV-Via Campesina Austria zeigt dies, dass die - nach der Finanzkrise 2008 versprochene - Regulierung zur Eindämmung von Rohstoffspekulation "erfolgreich" von Finanzlobbys torpediert wurde. (2) **Attac und die ÖBV** warnen vor einer neuen Welle der Spekulation mit Millionen zusätzlichen Hungernden. Sie fordern, die Finanz- und Weltmärkte (Futures-Märkte, Rohstofffonds und die Rohstoffgiganten) genau zu überwachen und Spekulation, welche die Ernährungssicherheit gefährdet, zu bekämpfen. (3) Die Bekämpfung des Hungers muss kompromisslos Vorrang vor Profitinteressen haben.

Enorme Geldflüsse in US-Rohstofffonds und Terminkontrakte

Der [IPES-Food-Report](#) dokumentiert, dass Finanzmarktakteure infolge des Ukraine-Krieges enorme Geldflüsse in börsennotierte Rohstofffonds leiten, die in Weizen, sowie in Weizen-Terminkontrakte (Futures) investieren. Große institutionelle Anleger treiben so die Preise hoch. Laut dem Agricultural Market Information System (AMIS) vom April 2022 flossen in der ersten Märzwoche 2022 4,5 Milliarden Dollar in rohstoffgebundene "Exchange Traded Funds" (ETFs) – so viel wie sonst in einem Monat. Bis zum 11. April flossen allein in die US-Agrarfonds von Invesco und Teucrium 1,2 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 waren es insgesamt 197 Millionen Dollar. (Quelle: [Lighthouse Reports](#)). Das tägliche Handelsvolumen des Weizenfonds von Teucrium stieg von Januar bis Anfang März auf das Hundertfache und lag auch im März und April etwa zehnmal so hoch wie vor Ausbruch des Krieges.

Unmittelbar nach der Invasion in die Ukraine stürzten sich die Anleger auch auf Weizen- und Mais-Terminkontrakte

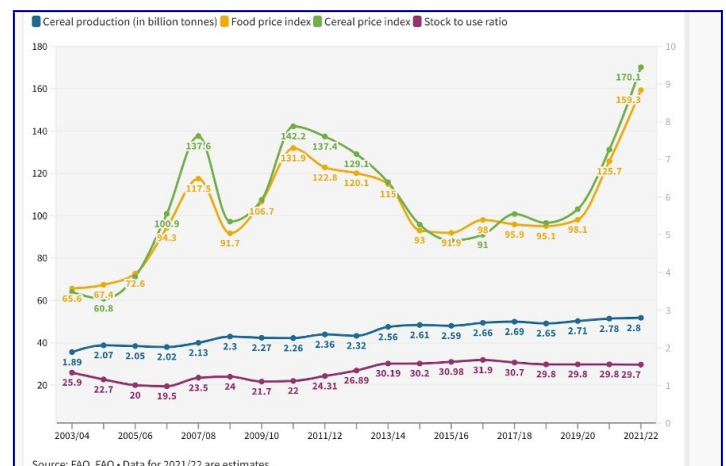
(Futures), insbesondere für die Lieferung im Mai. Innerhalb von nur neun Tagen stieg der Weizenpreis an den Terminmärkten um 54 Prozent und ging dann fast ebenso schnell wieder zurück, blieb aber auf einem hohen Niveau. Die US-Aufsichtsbehörde für den Handel mit Warentermingeschäften (CFTC) stellte fest, dass die Volatilität seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine 20 Prozent über dem Normalwert lag. Ein [Communiqué der G7-Agrarminister](#) vom 11. März stellte „artificially inflated prices“ und „speculative behaviour“ fest.

Spekulation auch an der Pariser Weizenbörse

Ähnlich ist die Lage an der Weizenbörse in Paris, wo Weizen-Terminkontrakte im März ein Rekordniveau erreichten. Laut der indischen Nachrichtenseite [The Wire](#) stieg der Preis für Pariser Mahlweizen zwischen 23. Februar und 7. März um 38 Prozent - von 287 Euro auf 396,5 Euro pro Tonne. Im gleichen Zeitraum erhöhten die Investmentfonds ihre Kaufkontrakte („long-only“) um 43 Prozent. Damit sorgten sie für eine künstliche Nachfrage, die wiederum die tatsächlichen Preise für die Rohstoffe steigen ließ. Am 27. April erreichte der Kurs einen Höchststand von 418 Euro. Laut [Lighthouse Reports](#) waren im April 2022 sieben von zehn Käufern von Weizen-Futures-Kontrakten Spekulanten in Form von Investmentfirmen, Investmentfonds und kommerziellen Nicht-Hedgern. Ihr Ziel: Vom Preisanstieg profitieren – auf Kosten der Hungernden.

Mit Angebot und Nachfrage nicht erklärbar

Aufgrund der - durch mangelnde Regulierung verursachte - Intransparenz auf den Märkten ist das exakte Ausmaß der Preissteigerungen durch Spekulation schwer zu beziffern. Die aktuellen Entwicklungen lassen sich dem IPES-Food-Bericht zufolge mit realem Angebot und Nachfrage nicht erklären. Und obwohl die Getreideproduktion in den vergangenen 15 Jahren relativ konstant war, waren die Lebensmittel- und Agrarrohstoffpreise stets extrem volatil und auch spekulationsgetrieben:



Auch „physische“ Rohstoffhändler spekulieren auf steigende Preise

Der IPES-Food Bericht nennt zusätzlich zur „klassischen“ Finanzspekulation noch ein weiteres Problem: Die Marktmacht und Spekulation der vier großen „physischen“ Rohstoffhändler: Archer-Daniels Midland, Bunge, Cargill, Dreyfus („ABCD“). Sie kontrollieren 70 bis 90 Prozent des globalen Getreidehandels, sind aber nicht verpflichtet, ihre Getreidebestände offenzulegen. Je mehr die Spekulation zunimmt, umso mehr haben sie ein Interesse daran, ihre Lagerbestände zurückzuhalten, bis die Preise noch weiter steigen. Ihre Marktmacht wird somit zu einem immer größeren Risiko für die Welternährung. Auch die immer größer werdenden Konzerngiganten im Bereich Saatgut und Agrarchemie, bei Düngemitteln, Landmaschinen, sowie in Handel und Lebensmittelverarbeitung verursachen immer gravierendere Probleme, kritisieren Attac und die ÖBV.

Anmerkungen

(1) Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die FAO, schätzte am 8. April laut [The Wire](#), dass das Verhältnis zwischen Beständen und Verbrauch im Zeitraum 2021-2022 von 2,78 Milliarden Tonnen im Zeitraum 2020-2021 auf 2,8 Milliarden Tonnen im Zeitraum 2021-2022 steigen wird. Die geschätzte Weizenproduktion soll für den Zeitraum 2021-2022 nur marginal sinken (von 776,6 Millionen Tonnen auf 776,5 Millionen Tonnen.)

(2) Nach der Finanzkrise 2008 wurden in den USA und der EU Regeln zur Eindämmung von Rohstoffspekulation verabschiedet. Diese wurden jedoch von der Finanzlobby erfolgreich abgeschwächt oder verhindert: In den USA reichte die International Swaps and Derivatives Association (ISDA), eine Lobbygruppe, zu deren Mitgliedern Goldman

<https://www.attac.at/ziele/alternatives-finanzsystem/ukraine-krieg-finanzspekulation-treibt-millionen-in-den>

Offener Brief europäischer Bäuerinnen und Bauern an die Europäische Union:

Ernährungssicherheit kann für die EU nicht mehr garantiert werden

12.7.2022 - Hauptursache für den problematischen Agrarzustand ist die bisherige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf Billigproduktion & Billigexporte, eine starke Handelsliberalisierung, globale Abhängigkeit und interne Deregulierung sowie die damit verbundenen zahlreichen Krisen im Sektor, die die Erzeugerstruktur zermürbt haben. Von dieser Ausrichtung, die zudem durch große Abhängigkeiten die Autonomie der Höfe und die der EU schwächt, profitieren multinationale Unternehmen, für die ökonomische und soziale Situation der LandwirtInnen jedoch ist sie fatal. Die Margen der ProduzentInnen sind in den vergangenen 3 Jahrzehnten empfindlich geschrumpft - Mehr: viacampesina.at

Forderungen des Bündnisses #ErnährungswendeAnpacken für eine Ernährungsstrategie

Aus der [Pressemitteilung](#) vom Paritätischen Verband (24.6.2022) : „*Aktuellen und künftigen Herausforderungen und Krisen werden wir nur standhalten, wenn wir Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit zusammendenken.*“

Um die globale Ernährungskrise zu überwinden, braucht es mehr Agrarökologie

Tatsächlich nimmt der Hunger seit 2016 weltweit wieder zu, vor allem durch Konflikte und Wetterextreme als Folge der Klimakrise sowie aufgrund der Corona-Pandemie. Ostafrika durchlebt gerade die schlimmste Dürrekrise seit 40 Jahren. Die steigenden Nahrungsmittelpreise verschärfen dieses Problem, insbesondere für einkommensschwache Be-

Sachs, die Bank of America und die Deutsche Bank gehören, eine erfolgreiche Klage gegen das Dodd-Frank-Gesetz ein. Dieses sah Limits für Kontrakte vor, die von einzelnen Händlern und Händlerkategorien, wie z. B. Indexspekulant, gehalten werden können. Die ISDA und ihre Mitglieder Goldman Sachs, BNP Paribas und Citi Group konnten auch in der EU erfolgreich ähnliche - von der europäischen Aufsichtsbehörde ESMA ausgearbeitete - Positionslimits abschwächen.

(3) Die Forderungen von Attac Österreich und vom ÖVB im Detail:

- Soforthilfe für betroffene Staaten:

Sofortige Finanz- und Nahrungsmittelhilfen soweit Schuldenerlass für betroffene Staaten. Aufbau und Stärkung von regionalen und öffentlichen Getreidereserven und einer multilateralen Institution zur Bekämpfung der Agrar- und Ernährungskrise.

- Transparenz, Überwachung und effektive Maßnahmen:

Verpflichtende Markttransparenz (Preise, Mengen, Vorräte, Nutzung) und Überwachung (Berichtspflichten, sanktionsbewehrte Mechanismen). Das Committee on World Food Security (CFS) muss das Volumen der Terminkontrakte an den einschlägigen Börsen, die Kapitalflüsse in Land, landwirtschaftliche Betriebsmittel (Saatgut, Düngemittel, Pestizide) und die landwirtschaftliche Produktion sowie die öffentlichen Nahrungsmittelvorräte überwachen.

- Rohstoffspekulation bekämpfen:

Die Positionslimits bei essentiellen Agrarrohstoffen müssen herabgesetzt werden um effektiv wirksam zu sein. Der Verkauf von Agrarrohstoff-Exchange Traded Fund (ETFs) und Commodity Index Funds (CIFs) muss in Zeiten steigender Nahrungsmittelpreise und Nahrungsmittelspekulation verboten werden. Umsetzung einer Steuer auf Commodity-Index-Fonds und andere Formen des Derivat-Handels aufbauend auf Ansätzen der Finanztransaktionssteuer sowie eine Besteuerung von windfall profits.

völkerungsgruppen in Ländern, die stark von Lebensmittelimporten abhängig sind. Ihre Ernährungssicherheit ist jedoch nicht durch eine mangelnde globale Produktion gefährdet, sondern primär durch die Ungleichheit in Einkommen und Verteilung.

Weltweit werden pro Tag und Kopf 4'600 Kalorien Nahrung produziert – mehr als doppelt so viel, wie wir bräuchten, um die Menschheit zu ernähren. Allerdings werden rund 40% der globalen Ackerfläche derzeit für die Produktion von Tierfutter verwendet, 10% des weltweiten Getreides für Biotreibstoffe. Ein Drittel der produzierten Nahrungsmittel landet nicht auf dem Teller, sondern im Abfall.“ [biovision](#)

Das Getreideabkommen mit der Ukraine: Afrika geht bisher leer aus NDS

Ingeborg Schellmann

Documenta 15 in Kassel

Antisemitismus - deutsche und internationale Sicht

Zu keinem Zeitpunkt hat die documenta in Kassel eine so große und breite kritische Resonanz in der Öffentlichkeit erfahren wie in diesem Jahr die 15. documenta.

Schon ihr Anfang 1955 war ein Skandal, was allerdings erst 2020 in die Öffentlichkeit gelangte. Vorgeblich einen kulturellen Neuanfang und eine demokratische Moderne propagierend wies sie mit ihrem Gründungsmitglied Werner Haftmann eine Kontinuität mit der NS Vergangenheit auf. Dazu zählt die Legende von der inneren Emigration der Expressionisten, was sich in der Person Emil Nolde, dessen enge Verbindung mit nationalsozialistischem Denken lange Zeit vor der Öffentlichkeit verborgen wurde, als ein Mythos erwies. ([dw](#))

Kontroverse Vielfalt zeichnet die Geschichte der documenta aus. Trotz ihrer weltweiten Bedeutung waren Ablehnung, Niederlagen, Zweifel, Skandale und Erneuerungsprozesse ihre ständige Begleitmusik.

In diesem Jahr erreicht der Skandalpegel einen Höchststand. Die 15. documenta, die politischste Weltkunstausstellung seit 1972, als Harald Szeemans die documenta erstmalig als ein Ereignis mit politisch-kritischem Hintergrund und provozierenden Ansätzen veranstaltete, geriet in den Strudel der Antisemitismusdebatte.

Antisemitische Stereotypen

Zwei als antisemitisch verstandene Bildteile des 96 qm großen Gemäldes People's Justice des Kunstkollektivs Taring Padi waren Stein des Anstoßes (s. links zu den Bildern, [NDS](#); [img.br.de](#)).

Dem westlichen Bildverständnis entsprechend sind diese Bildteile in ihrem antisemitischen Stereotypencharakter nicht zu leugnen. Ein universal einheitliches Verständnis im Umgang damit besteht jedoch nicht, weshalb eine erregte Debatte um die Darstellung von antisemitischen Symbolen, Kunstfreiheit, Neokolonialismus, Rassismus, deutsche und indonesische Sichtweisen und ikonographischer Sprache wie auch dem geschichtlichen Hintergrund entbrannte.

Einerseits wird auf die originär indonesische Ikonographie verwiesen, Gier etwa werde in Anlehnung an japanische und indonesische Schattenfiguren durch einen [Schweinskopf](#) symbolisiert, andererseits wird angenommen, dass es mit der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit für Antisemitismus keine Sensibilität gegeben habe, auch nicht in der [Kunstszene](#). Ferner wird darauf [verwiesen](#), dass historisch gesehen – so der Historiker Jeffrey Hader – Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren in Indonesien präsent gewesen seien. Nicht zu vergessen sei, dass Geheimdienste aus aller Welt das Suharto-Regime unterstützt hätten, wozu auch der Mossad, der israelische Geheimdienst, [zu zählen sei](#). Wenngleich das Bild in Teilen antisemitischer Ikonographie zuzuordnen sei, müsse der Kontext bedacht werden.

Eine als möglich anzunehmende „Mischung aus importierten europäischen und „heimischen“ Bildsprachen würde die antisemitischen Dimensionen des Bildes nicht „relativieren“, jedoch neue Fragen darüber aufwerfen, was eine synkretistische Form über den antisemitischen Ausdruck des Banners sowie über den indonesischen Kontext [aussagen könne](#)“.

Die 15. documenta und der Antisemitismusvorwurf vor der Eröffnung der documenta

Große Dinge werfen ihre Schatten voraus. Lange vor der Eröffnung am 18.6.2022 lastete der Antisemitismusvorwurf auf der documenta. Bereits Anfang Januar wurde den Beteiligten des Projekts auf einem nicht personalisierten [blog des Bündnisses gegen Antisemitismus Kassel](#) die Nähe zur BDS, Antizionismus und Israelfeindlichkeit nachgesagt und die „braune“ Vergangenheit der documenta beschworen. Die Zeit, Welt, die taz, die NZZ und zahlreichen weitere Medien trugen die Vorwürfe weiter.

Im Mai wurde der Ausstellungsraum des muslimischen Kollektivs Question of Funding, das des Antisemitismus beschuldigt wurde, [aufgebrochen und verunstaltet](#). Bereits im April war die Fassade des sogenannten Ruruhauses in Kassel – des Hauptsitzes des indonesischen Kollektivs Ruan-grupa – mit rassistischen Aufklebern beklebt worden. Darauf war zu lesen: „Freiheit statt Islam! Keine Kompromisse mit der Barbarei! Islam entschlossen bekämpfen!“

Offiziell wurde das Fehlen von israelischen Künstlern kritisiert. Andere hielten dem entgegen, dass die Kunst nicht an Nationalitäten gebunden sei und solche Standards auf anderen Weltkunstausstellungen nicht gefordert werden würden. In Israel selbst bemerkten KünstlerInnen zwar, dass sie weniger Einladungen ins Ausland erhielten, führten dies jedoch nicht auf einen Boykott sondern darauf zurück, dass Schwierigkeiten von den Ausstellern vermieden werden sollten.

Ein Gesprächsforum „We need to talk“ wurde von der documenta Leitung Anfang Mai abgesagt, nachdem einige KünstlerInnen ihre Teilnahme abgelehnt hatten, weil ein offener Gedankenaustausch nicht gewährleistet sei. Eine Aufnahme von Gesprächen war für die Zukunft in Aussicht genommen.

Am Eröffnungstag, den 18.6.2022, bekundete [Präsident Walter Steinmeier](#) sein Unbehagen auf Grund der vorangegangenen heftigen Kritik und mahnte die „Existenzgewissheit“ Israels an. Kunst im Forum der Politik müsse sich den Grenzen der Politik stellen. Wo Kritik an Israel „in die Infragestellung seiner Existenz“ umschlage, sei die Grenze überschritten: „Die Anerkennung Israels ist bei uns Grundlage und Voraussetzung der Debatte“. Im Kern heißt dieses Machtwort der Politik zur Kunst: Wenn jemand sich auf Anfrage nicht zum Existenzrecht Israels bekennt, darf er hier-

zulande keine Ausstellung kuratieren. Wo das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wurde, sagte er nicht. Sein Antisemitismus Vorwurf blieb vage und nährte die bereits erhobenen Vorwürfe.

Die Entwicklung nach der Eröffnung

Zum inkriminierten 96 qm großen Bild der Gruppe Taring Padi erklärte die documenta Leitung am 20.6. nach einem Sturm der Entrüstung, dass sie „auf Grund der antisemitischen Lesarten“ in Abstimmung mit dem Kollektiv Taring Padi das Bild verhängen und eine Erklärung hinzufügen werde. [Taring Padi entschuldigte sich](#) für die „entstandenen Verletzungen“ die fehlende Verletzungsabsicht betonend und erklärte das Bild nunmehr zu einem Denkmal der Trauer. Das genügte den Kritikern nicht. Bereits am 21.6. wurde das Bild endgültig abgehängt.

People`s Justice - Justice now

Der Stein des Anstoßes war beseitigt, das Empörungsbefürnis jedoch nicht befriedigt. Nun wurden Schuldvorwürfe formuliert und Schuld und Unschuld verteilt. People`s Justice erhob die Stimme – jedoch in einem ganz anderen Sinn als Taring Padi dies im Auge hatte.

Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, wird für schuldig befunden. Sie distanziert sich von der documenta-Leitung und fordert in einem 5 Punkte Plan sinngemäß: ohne Einfluss kein Geld. Olaf Scholz meidet die Ausstellung. Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, fordert Konsequenzen für die Leitung, so auch der Zentralrat der Juden. Frau Schormann, Generaldirektorin der documenta, entschuldigt sich und tritt schließlich zurück. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auf Grund mehrerer Strafanzeigen gegen Künstler und Verantwortliche wegen des Anfangsverdachts strafbaren Verhaltens.

Demgegenüber verweisen Wissenschaftler und Vertreter der Öffentlichkeit wie der Politik auf die Freiheit der Kunst. Sie verweisen auf doppelte Standards, auf das Gefangensein Deutschlands in seine Geschichte und die damit verbundene Voreingenommenheit. Die zahlreichen Kommentatoren zu BDS und zur Politik der israelischen Regierung treten auf den Plan von Prof. Dr. Moshe Zuckermann, israelischer Historiker und Antisemitismusforscher, Michael Rothberg, Prof. für englische und vergleichende Literaturwissenschaften und Holocaust Forscher, Prof. Dr. Werner Ruf em. Prof. der Universität Duisburg-Essen und Kassel angefangen bis hin zu Sabine Schiffer, Medienwissenschaftlerin und Professorin für Journalismus und Kommunikation an der HMKW Frankfurt/Main.

Gefangen in einer unüberbrückbaren Wertediskussion tritt der Bezugsrahmen der Verfassung, der einen rationalen und analytischen Diskurs ermöglichen würde, in den Hintergrund. Art. 5 Absatz 3 GG, der der Kunst einen seltenen Freiraum gewährt, scheint vergessen zu sein, obwohl das Bundesverfassungsgericht vor 30 Jahren zum „anachronistischen Zug“ mit Hanne Hiob erklärte, dass die strafrechtliche Grenze nicht durch einen „besonnenen Passanten“ bestimmt werden könne, und obwohl das Bundesverwaltungsgericht in jüngster Zeit diesen Freiraum noch einmal beschrieb und die Grenzen erst in der „Friedlichkeitsgrenze“,

d.h. in der Volksverhetzung des § 130 StGB sieht. Innerhalb dieses Rahmens ist alles möglich, auch antisemitische Äußerungen, so das [Bundesverwaltungsgericht](#). Vergessen auch, dass der [Wissenschaftliche Dienst des Bundestags](#) dem Beschluss des Bundestags zu BDS rechtliche Verbindlichkeit absprach.

Die 15. documenta ist nachhaltig

Nachhaltigkeit hatte sich die Kuratorengruppe Ruangrupa in ihr Programm geschrieben. In einem anderen Sinn ist dies Wahrheit geworden. Das Erbe der 15. documenta hinterlässt eine Fülle von Fragen.

Die Antisemitismus-Debatte im Kunstraum – dem weitesten Debattenraum unserer Demokratie – wirft neben der Frage der Freiheit der Kunst auch die Frage nach der Bestandskraft unserer Erinnerungskultur auf. Wiedergutmachungen, Entschädigungen, Gedenkfeiern, Mahnmale, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Diskussionen, Bundestagsbeschlüsse und feierliche Beschwörungen und Gelübde erweisen sich als künstlich, dünnhäutig und nicht vital. Sie fußen primär auf dem Gedanken der Gerechtigkeit und des Ausgleichs und erschöpfen sich in Schuldzuweisungen und Entschuldigungsbemühungen. Versöhnung und Aussöhnung verlangen mehr. Sie verlangen einen ehrlichen und ungeschminkten Blick in alle „Dunkelblum“-Orte wie Eva Menasse sie in ihrem letzten Roman beschrieb. Dunkelblum, den Ort einer dumpfen Kultur der Empathielosigkeit, der blinden Anpassung, der Vermeidung von Verantwortung, des Verrats an sich selbst und anderen und des Hasses als Abgrenzungsinstrument gibt es auf allen Seiten, auf der Seite der Täter und der Opfer. Nicht zu vergessen die Wirkungen der Angst. Dies zu wissen, wenn auch nicht lösen zu können, würde einen weisen Umgang miteinander ermöglichen.

Nachtrag – ein Blick in ausländische Medien

Am Ende ein Blick in die Welt und [in ausländische Medien](#). Nach der eindimensionalen Gefangenschaft eines deutschen Blicks öffnet sich der Debattenraum. Die kulturelle und historische Verortung der Kunst in der Vielfalt der Welt erzeugt Fragen, Zweifel, Schwanken, Unsicherheit und erschließt einen Weg zu Austausch und Nachdenklichkeit. Selbst wenn der antisemitische Blick nicht geleugnet wird, tritt an die Stelle der Verurteilung Erklärung und Verstehen. Viele Fragen werden gestellt: Kann Deutschland ein Ort sein, in dem der Süden seine Sicht darstellen kann? Befördert ein rein pro-israelischer Blick den Antisemitismus? Ist es richtig Antisemitismus und Rassismus zu trennen? Wo liegt die rechte und antisemitische Gefahr wirklich? Bereitet eine kulturell relativistische Sicht, weil neutralisierend, den Weg in den Antisemitismus? Kollektive Kunst und die Gefahr der Eindimensionalität? Wie viel Wissen braucht es, um ein Urteil zu fällen? Wer ist der Adressat der Kunst? Welche Korrelation besteht zwischen Künstler und Betrachter? Wie viel Heimspiel schwingt mit? Ist nicht der Antisemitismus im Süden ein Import aus Europa? Kollektive Kunst vs. Kunstmarkt. Warum die antisemitische Lupe? Wo bleibt alles andere? Und dann die Frage: Wo ist die Kunst auf der D15?

Palästina

Pax Christi

Geplante Vertreibung stoppen

pax christi fordert die Bundesregierung und die Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu konkretem Handeln zum Schutz der Palästinenser:innen vor Räumungen und Zerstörungen und damit einhergehender erzwungener Umsiedlung und Vertreibung im Gebiet von Masafer Yatta/South Hebron Hills im südlichen Westjordanland auf.

Damit soll die Umsetzung der Räumungsanordnungen gegen acht palästinensische Dörfer im Gebiet von Masafer Yatta mit etwa 1.300 Bewohner:innen (die Hälfte von ihnen sind Kinder) zugunsten eines Übungsgeländes der israelischen Armee verhindert werden. Erste Zerstörungen von Wohn- und Nutzgebäuden und damit verbundene Vertreibungen haben schon stattgefunden. Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Anordnungen am 4. Mai 2022 für rechtmäßig erklärt, ihre Umsetzung der israelischen Regierung aber nicht vorgeschrieben. Der Vorsitzende Richter ist selbst Siedler in einer illegalen israelischen Siedlung. Laut der britischen Tageszeitung *Guardian* ist die Entscheidung des Gerichts "eine der größten Vertreibungsentscheidungen seit dem Beginn der Besatzung 1967".

80 Prozent der von Israel zu militärischen Übungsgeländen deklarierten völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiete werden, so die Initiative israelischer Soldat:innen „Breaking the Silence“, gar nicht für Militärübungen genutzt. Vielmehr werden sie israelischen Siedler:innen zur Errichtung von Außenposten und späteren Siedlungen zur Verfügung gestellt. Die israelische Tageszeitung *Haaretz* zeigte bereits 2014 in einer Studie auf, dass die militärischen Sperrzonen eng mit den Gebieten übereinstimmen, die für den Siedlungsausbau vorgesehen sind.

Als Besatzungsmacht ist Israel verpflichtet, bei allem Handeln in den besetzten palästinensischen Gebieten die Vereinbarungen des Humanitären Völkerrechts und der Internationalen Menschenrechte zu respektieren und umzusetzen. Dr. Manfred Budzinski, der Sprecher der pax christi-Nahostkommission, erläutert: „Die erzwungene Umsiedlung von Menschen in besetzten Gebieten verstößt gegen Artikel 49

der 4. Genfer Konvention. Artikel 53 der 4. Genfer Konvention unterstreicht zudem das Verbot der Zerstörung von Eigentum durch die Besatzungsmacht.“

Nach internationalem Recht sind alle Siedlungen in besetzten Gebieten illegal. Der Gerichtshof der Europäischen Union hat in seiner Entscheidung vom 12. November 2019 zur Rechtssache C 363/18 „festgestellt, dass die Siedlungen, die in bestimmten vom Staat Israel besetzten Gebieten errichtet wurden, dadurch gekennzeichnet sind, dass sich darin eine Umsiedlungspolitik manifestiert, die dieser Staat außerhalb seines Hoheitsgebiets unter Verstoß gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts umsetzt.“

Hintergrundinformationen (Pax Christi/ SiG-Redaktion): [Aktuelles Video](#) der israelischen NGO von ehemaligen israelischen Soldat:innen „Breaking the Silence“ zur Situation in Masafer Yatta / Weitere Informationen: #SaveMasaferYatta und [BIP-Jetzt : Ethnische Säuberung Artikel von Haaretz](#) vom 9. Dezember 2014 zu der oben erwähnten Studie

Israelische Organisation Kerem Navot:

<https://www.keremnavot.org/a-locked-garden>

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern: Kolonisierung kann durch internationalen Druck gestoppt werden 30.7.2022 - Die rechtsgerichtete Organisation Nachala bereitete für den 20. Juli massive Enteignungen von palästinensischem Land vor und sammelte illegal Geld für den Bau illegaler Siedlungen auf gestohlenem palästinensischem Land. Als Aktivisten internationale Sanktionen als Reaktion darauf forderten, beschloss die israelische Regierung, das Militär zu schicken, um die Siedler zu stoppen. [BIP-jetzt.de](#)

Mehr als [100 zivilgesellschaftliche Organisationen](#) haben eine Kampagne zur Sammlung von einer Million Unterschriften von EU-Bürger*innen gestartet, um **den europäischen Handel mit illegalen Siedlungen in besetzten Gebieten zu beenden**. Hier kann man [teilnehmen](#).

pax christi-Kommission Friedenspolitik Extralegale Hinrichtungen verurteilt

11. Aug 2022 - Die [pax christi-Kommission Friedenspolitik](#) zeigt sich bestürzt über gleich zwei extralegale Hinrichtungen von internationaler Reichweite innerhalb einer Woche, die Ermordung des Kaida-Führers Aiman al-Zawahiri in Afghanistan durch die Regierung der USA und die Ermordung des Dschihad-Militärchefs Taisir al-Dschabari im Gaza-Streifen durch die Regierung Israels, letztere mit zusätzlichen Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Ungeachtet der den beiden Zielpersonen angelasteten Verbrechen, die sie anstelle ihrer Ermordung vor einen Internationalen Gerichtshof hätten führen müssen, wecken die Vorfälle die Erinnerung an die gespenstische Szene, in der der damalige US-Präsident Barrack Obama, seine Außenministerin Hilary Clinton und deren Entourage zu sehen waren,

wie sie die extralegale Hinrichtung Osama bin Ladens im Jahr 2011 sichtlich gebannt live am Großbildschirm verfolgten.

Extralegale Hinrichtungen widersprechen jeglichem Prinzip von Rechtsstaatlichkeit, zeugen von moralischem Verfall und sind friedensethisch konsequent abzulehnen. Sie dürfen keinesfalls zu einem regulär benutzten Instrument werden. Die Ermordung al-Zawahiris durch eine Drohne unterstreicht darüber hinaus die Warnungen, die die Friedensbewegung und namentlich die pax christi-Kommission Friedenspolitik seit Jahren gegen Beschaffung und Einsatz von bewaffneten Drohnen aussprechen.

Die Kommission mahnt zu einer Rückkehr zu den Normen staatlichen Handelns, die unsere Demokratien in Jahrhun-

erten entwickelt haben und auf die wir uns in Situationen des Bruchs internationalen Rechts wie derzeit in der Ukraine ja auch sonst viel zu Gute halten. Wir wünschen uns eine klare Verurteilung extralegalen Hinrichtungen durch die Bundesregierung gemäß der Ächtung innerhalb der Vereinten Nationen und die Übergabe beider Fälle an den Sonder-

berichterstatte der UN zu extralegalen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen.

Wir erwarten von der Bundesregierung außerdem, dass sie in den aktuellen israelisch-palästinensischen Konflikt vermittelnd eingreift und so nach mehr als fünf Monaten Irrlichterei zu den Grundsätzen verantwortlicher Außenpolitik zurückfindet.

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern **Operation Morgendämmerung - Oder der dreitägige Krieg**

Ein unprovokiertes israelisches Bombardement des Gazastreifens kostete 45 Palästinenser das Leben, darunter 16 Kinder. 360 wurden verletzt. Mit dem Angriff hat Ministerpräsident Lapid sein Ziel erreicht und in den Umfragen im Vorfeld der Wahlen im November einen Schub erhalten. Die Kosten werden wie immer von den Menschen in Gaza getragen.

Zwischen dem 5. und 7. August haben die israelischen Streitkräfte den belagerten Gazastreifen [bombardiert](#). An diesem langen Wochenende wurden 45 Menschen getötet, darunter 16 Kinder, und mehr als 360 verletzt. Bei allen Opfern handelte es sich um Palästinenser. Der *Islamische Dschihad* feuerte während des Angriffs Raketen auf Israel

ab, die jedoch kaum Wirkung zeigten, während die Hamas-Kämpfer es vorzogen, sich aus dem Kampf herauszuhalten. Die israelischen Behörden [gaben zu](#), dass es sich bei dem Angriff um eine im Voraus geplante Operation handelte, die sie „*Breaking Dawn*“ nannten, um Taysir Al-Jabari, einen Offizier des *Islamischen Dschihad*, zu ermorden und die Organisation zu schwächen. Al-Jabari [befehligte](#) die Truppen des *Islamischen Dschihad* in Gaza seit November 2019, nachdem die israelischen Streitkräfte seinen Vorgänger Bahaa Abu Al-Atta ermordet hatten. Tatsächlich aber war der Auslöser für den Anschlag die rassistische Hetze in den israelischen Medien in den Tagen vor dem Anschlag.

Michel LEGRAND, Präsident des ECCP **Der neue Angriff Israels auf Gaza: Zeit für die EU zu handeln**

Brüssel, 9. August 2022

Sehr geehrter HRVP Josep Borrell,

Während ich Ihnen schreibe, herrscht nach dem neuen israelischen Militärangriff auf den Gazastreifen ein brüchiger Waffenstillstand. Dies ist bereits der fünfte massive und unverhältnismäßige Angriff auf eine belagerte Bevölkerung von 2 Millionen Menschen innerhalb von 15 Jahren.

Israel nennt das einen Präventivschlag gegen eine unmittelbare Bedrohung. Dies lässt sich in keiner Weise als Verteidigung rechtfertigen. Es ist ein brutaler, illegaler Angriffskrieg gegen ein besetztes Volk.

Wir alle wissen, was passiert, wenn eine mit der modernsten Technologie der Welt ausgestattete Armee ein dicht bevölkertes Gebiet angreift, aus dem es keine Fluchtmöglichkeiten gibt. Wir alle sind Zeugen der unverhältnismäßig hohen Verluste an Menschenleben und der gewaltigen materiellen Zerstörungen, die Menschen zugefügt werden, deren Leben nach 15 Jahren Blockade bereits am seidenen Faden hängt. Diesmal schloss Israel die Gaza-Grenze für sechs Tage vollständig, was zu einem totalen Stillstand des einzigen Kraftwerks führte: Kein Strom, keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, Krankenhäuser sind von der Schließung bedroht, da die medizinischen Vorräte und die Energieversorgung erschöpft sind, so dass sie nicht mehr funktionieren. Diese Militäroperation durchtrennt die letzte Lebensader des Gazastreifens, der bereits seit 15 Jahren unter kollektiver Bestrafung leidet. Dies ist ein weiteres Beispiel für die israelische Strategie, die Bewohner des Gazastreifens zu foltern und ihrer Grundbedürfnisse zu berauben. Es ist eine Art, ihre Gesellschaft zu vernichten. Dieses Mal gibt es für

Europa keine Entschuldigung, untätig zu bleiben. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der EU, trägt die Verantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung, da Israel als Besatzungsmacht dies nicht nur nicht tut, sondern auch einen Angriffskrieg gegen sie führt.

Sie wissen sehr gut, dass Aufrufe zur Zurückhaltung noch nie funktioniert haben. Sie wissen auch, dass die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft Israel ermutigt hat, weiterhin Kriegsverbrechen zu begehen. Dieses Mal muss die EU handeln. Die EU sollte Sanktionen verhängen (Militär-embargo und Aussetzung des Assoziierungsabkommens) und Israel auffordern, seine Aggressionen gegen den Gazastreifen sofort einzustellen. Als der größte Handelspartner Israels hat die EU starke diplomatische Instrumente, mit denen sie Druck auf Israel ausüben kann.

Jede Verzögerung wird das Leid der Menschen vergrößern und zur weiteren Destabilisierung der Region beitragen. Neben den Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, hat Europa eine historische Verantwortung für das aktuelle Drama in der Region. Die EU und die internationale Gemeinschaft müssen ihre Doppelmoral und Komplizenschaft mit Israel beenden. Es ist höchste Zeit, Sanktionen gegen Israel zu verhängen, um es zu zwingen, die Blockade des Gazastreifens bedingungslos aufzuheben und alle Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen einzustellen. Wir vertrauen darauf, dass Sie unsere Anliegen mit größter Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit behandeln werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Michel LEGRAND, Präsident des ECCP,

<https://www.eccpalestine.org/the-new-attack-by-israel-on-gaza-time-for-the-eu-to-take-action/>

15 years of blockade: The World Health Organization and partner organizations of the Health Cluster for the occupied Palestinian territory are calling for an immediate end to the blockade of the Gaza Strip. (Juli 22)

Friedensbewegung

Matthias Jochheim Hiroshima-Gedenken

Rede in Offenbach, 6. August 2022

Heute vor 77 Jahren, am 6. August 1945 wurde zum ersten Mal in der Geschichte eine Atombombe als Kriegswaffe eingesetzt, gegen die japanische Großstadt Hiroshima. Dort lebten zu diesem Zeitpunkt etwa 340.000 Menschen, darunter etwa 43.000 Militärangehörige, die große Mehrheit aber Zivilisten ohne direkte Kriegsbeteiligung. Außerdem schätzungsweise 20.000 koreanische und chinesische Zwangsarbeiter und US-amerikanische Kriegsgefangene, also selber Opfer der japanischen Kriegsherren. Das US-Flugzeug warf nur eine Bombe ab, die von den US-Soldaten zynisch „Little Boy“ genannt wurde. Sie war 3,05 Meter lang, mit einem Durchmesser von 71 Zentimeter und einem Gewicht von 4,4 Tonnen. Nur 60 Kilogramm wog dabei der [Uran-Anteil](#). Die Explosionskraft der Atombombe entsprach 13,4 [Kilo-Tonnen TNT, d.h. über 13.000 Tonnen](#) des stärksten konventionellen Sprengstoffs **Trinitrotoluol**. Um es anschaulich zu machen: ein normaler LKW kann ein Gewicht von etwa 2,5 Tonnen transportieren – 13.000 Tonnen entspricht also der Zuladung von [5.200](#) Lastwagen.

Die Bombe explodierte in 580 Metern Höhe über der Stadtmitte von Hiroshima.

Hier entfaltete sie ihre ungeheure Zerstörungswirkung, schuf ein wahrhaftes Inferno: In einem Umkreis von 0,5 Kilometer um den ‚Ground Zero‘, dem Abwurfpunkt, waren 90 Prozent der Menschen sofort tot. Die Temperatur am Hypozentrum betrug für etwa eine Sekunde ca. 3.000-4.000 Grad Celsius. (Zum Vergleich: Der Siedepunkt von Eisen beträgt 3.070°C). An dieser Stelle verdampfte alles. Menschen, die sich im Explosionszentrum aufhielten, verbrannten und verglühten vollständig und hinterließen in einigen Fällen ihre Schatten an stehen gebliebenen Hauswänden, die sie für einen Moment von der [Hitzeabstrahlung](#) abgeschirmt hatten.

Eine ungeheure [Druckwelle](#), die auch im Umkreis von 40 Kilometern wahrgenommen wurde, zerstörte die Stadt. Es folgten Feuerstürme mit Windgeschwindigkeiten von über 250 km/h und Bodentemperaturen von über 1.000 Grad Celsius. Glas und Eisen schmolzen, der Asphalt brannte. Zu den geschätzt **70.000 Bewohnern**, die **sofort tot** waren, kamen **bis Ende des Jahres 1945 weitere 70.000**. Fünf Jahre später sollten es insgesamt 200.000 werden. Denn die Strahlung tötete auch mit Zeitverzögerung, noch Jahrzehnte später erkrankten und starben Menschen an Krebs infolge der Verstrahlung.

Der Horror dieses Verbrechens gegen die Menschheit setzte – zusammen mit dem Atombombenangriff auf Nagasaki drei Tage später – den Schlußpunkt unter den genozidalen zweiten Weltkrieg, für dessen Beginn und andere entsetzliche Verbrechen vor allem die **Angreifer-Staaten Deutschland und Japan** verantwortlich waren.

Die Ausführenden konnten die Schreckensdimensionen selber kaum erfassen. So nannte [Paul W. Tibbets](#), der Pilot des speziell für den Atomwaffeneinsatz gebauten B-29 Bomber das Flugzeug „Enola Gay“, nach den Vornamen seiner Mutter!

Nach Ausscheiden aus der US-Luftwaffe Jahrzehnte später bot er eine besondere Attraktion an - die US-Regierung entschuldigte sich 1976 bei [Japan](#), nachdem Tibbets die Bombardierung bei einer Air Show in [Texas](#) nachgespielt hatte. Aber doch: zuletzt erreichte auch diesen Menschen ein Ahnung des Ungeheuerlichen, an dem er beteiligt gewesen war: Paul Tibbets verfügte, dass es für ihn keine Trauerfeier und keinen Grabstein geben solle. Damit wollte er Demonstrationen verhindern und keine [Pilgerstätte](#) für mögliche Gegner des Atombombenabwurfs schaffen. Sein Leichnam wurde verbrannt und die Asche nach seinem Wunsch über dem [Ärmelkanal](#) verstreut.

Die sprichwörtliche *Büchse der Pandora*, die über der Menschheit schwebende Drohung der nuklearen Vernichtung konnte seitdem nicht wieder geschlossen werden. In einer früheren Phase der nuklearen Konfrontation sprachen Strategen von der „gegenseitigen gesicherten Zerstörung“ als einer sinnvollen Sicherheitsstrategie, auf englisch **„Mutual Assured Destruction“**, abgekürzt **MAD** (verrückt).

Weiter sind wir da noch immer nicht. Inzwischen sind es neun Staaten, die über dieses Massenvernichtungsmittel verfügen, außer den USA und Russland – mit tausenden von einsatzfähigen Nuklearsprengsätzen – noch Großbritannien, Frankreich, China, Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea. Vor wenigen Tagen erst hat UN-Generalsekretär Guterres konstatiert, die Welt sei seit Ende des Kalten Kriegs nie so nahe an dem Ausbruch eines Nuklearkriegs gewesen wie heute – mit massiver Aufrüstung gerade auch der Bundesrepublik Deutschland, mit völkerrechtswidrigen Kriegen nicht nur Russlands in der Ukraine, und mit einer erschreckenden Ignoranz gegenüber den wirklichen Sicherheitsproblemen und gegenüber den Anforderungen, die menschliche Sicherheit an die globale Politik stellen muß.

Unsere Forderungen :

Abrüstung statt Aufrüstung!

Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag!

Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland !

Beendigung des Ukrainekriegs durch Waffenstillstand und internationale Verhandlungen zur Konfliktlösung! Stop der deutschen Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet!

Globale Zusammenarbeit zur Rettung der menschlichen Ökosphäre, zu wirksamen Maßnahmen, um die menschengemachte Klimakrise zu beherrschen!

Atomwaffen Abrüsten - AVV Konferenz in Wien



Foto:nuclearban.de

Martina Jäger

Wettrüsten: Rückkehr zum Kalten Krieg und der atomaren Bedrohung

Wurde eine Chance für ein friedliches Miteinander in Europa vertan?

Seit der NATO-Osterweiterung 1999, der Aufkündigung vertrauensbildender Rüstungskontrollabkommen (ABM-, und INF-Vertrag), den zunehmenden NATO-Manövern vor Russland, dem ukrainischen Bürgerkrieg, der russischen Krim-Annexion (2014), dem Scheitern von Minsk II. und verstärkt seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, Februar 2022, eskaliert die Situation auf politischer, militärischer, kultureller, medialer und wirtschaftlicher Ebene in Europa und weltweit. Nach der Auflösung der UDSSR, Ende 1991, hofften die Menschen in Europa auf eine wirtschaftliche und militärische Entspannungspolitik. Die Gelegenheit ein euro-asiatisches Bündnis zu entwickeln, wurde vertan. Transatlantische Interessen standen letztendlich im Vordergrund, Russland hatte das Nachsehen.

Zeitenende durch atomare Bedrohung und Militarismus - Kann es zu einem Atomkrieg in Europa kommen?

Ein atomarer Krieg zwischen der NATO und Russland ist wahrscheinlicher geworden und wird letztendlich von USA und Russland als Ultima Ratio in Erwägung gezogen. Die technische, elektronische und strategische Modernisierung der Waffensysteme schreitet voran. Die Rolle von Satelliten für Kommunikation, Spionage (Aufklärung), Navigation, Führung und Kontrolle der Streitkräfte sind für einen Präventivschlag geeignet.

Zielgenauigkeit, erhöhte Sprengkraft und Mobilität der neuen Atomwaffen weisen hin auf ein Szenario eines Angriffskrieges. Der Gegner soll weitgehend entwaffnen und handlungsunfähig gemacht werden. Ein atomar geführter Krieg bedeutet eine humanitäre Katastrophe und die dauerhafte Zerstörung der Umwelt. Mit dem Ankauf des US-Bombers F-35 hat sich die Bundesregierung im März 2022 klar für eine Fortsetzung der „nuklearen Teilhabe“ entschieden.

Derzeit (August 2022) findet die Atomwaffen-Konferenz der Vereinten Nationen in New York statt. Außenministerin Baerbock verurteilt "nukleare Drohgebärden", möchte an der atomaren Abrüstung "hartnäckig dranbleiben" und für die nukleare Abrüstung eintreten. Ob ihr diplomatisches

Geschick ausreicht und sie auch zielorientierte Handlungsmöglichkeiten anbieten kann, ist noch unklar.

Was tun?

Die Friedensbewegung wird Strategien der Öffentlichkeitsarbeit und weitere Handlungsoptionen entwickeln müssen, um dem stattfindenden Bellizismus entgegen zu treten, mit dem Ziel, dass mehr Menschen sich für den Frieden ohne Waffen engagieren und Druck auf Regierende aufgebaut wird.

Wesentliche Forderungen an die Bundesregierung gegen einen Atomwaffenkrieg und Aufrüstung sind:

- Eine Politik der Abrüsten umsetzen
- den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen, aus der atomaren Teilhabe aussteigen mit dem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- eine zivile Sicherheitspolitik entwickeln und Frieden verhandeln

Quellen und weitere Informationen unter:

- <https://www.atomwaffena-z.info>
- <https://www.no-militar.org/pdfs/Bombenstimmung-Denkschrift-Brosch-Juli-2020.pdf>
- <https://www.icanw.de/neuigkeiten/f35-nicht-fuer-die-nukleare-teilhabe-verwenden/>
- <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-baerbock-101.html>
- <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/guterres-atomwaffen-103.html>

ICAN Nuclear-Ban-Forum und AVV-Staatenkonferenz in Wien (Juni 2022)

Am 18. und 19. Juni fand das ICAN Nuclear-Ban-Forum statt, am 20. Juni "Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons" und die Konferenz für Parlamentarier*Innen.

Das erste Treffen der Vertragsstaaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) ging vom 21. bis 23. Juni 2022 im Austria Center in Wien. www.unvienna.org <https://nuclearban.de/auf-dem-weg-nach-wien/programm-und-events-in-wien> .

Engagierte junge Friedensaktivist*Innen aus vielen Organisationen waren vor Ort - Bericht

Über den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV):

Am 07.07.2017 haben von den 193 UN-Staaten ganze 122 Staaten für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt. Allein die Niederlande hat dagegen gestimmt, Singapur hat sich enthalten.

Die Resolution zum Atomwaffenverbotsvertrag in der UN-Vollversammlung wurde am 7. Dezember 2020 von 130

Staaten unterstützt, 42 Staaten stimmten dagegen und 14 enthalten.

Bis heute (Stand: 29. Juni 2022) haben 86 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet, 66 Staaten haben ratifiziert bzw. sind beigetreten. Der Verbotsvertrag ist am 22.01.2021 in Kraft getreten. Quellen: icanw.de

Berichte über das Nuclear-Ban-Forum und die AVV-Staatenkonferenz in Wien (18. bis 23. Juni 2022)



IPPNW

Das erste Treffen der Vertragsparteien zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) fand vom 21.-23. Juni 2022 in den Vereinten Nationen in Wien statt. Bisher haben den am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Vertrag 66 Staaten ratifiziert und 86 unterzeichnet. Gerade in Anbetracht der angespannten Weltlage in Folge des Ukrainekrieges war die Konferenz ein hoffnungsvolles Signal für Frieden und Abrüstung. Die Unterzeichnerstaaten machten in einer Schlusserklärung deutlich, dass die Mehrheit der Staaten der Welt den Besitz von und die Drohung mit Atomwaffen nicht länger tolerieren will. Sie verurteilten die Drohungen mit Nuklearwaffen und die verschärfte Rhetorik im Ukrainekrieg. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft brachten sie ihren Willen zum Ausdruck, sich für die Ächtung von Atomwaffen einzusetzen – ein Meilenstein für die nukleare Abrüstung und angesichts der aktuellen Atomkriegsgefahr ein wichtiger Schritt in Richtung echte gemeinsame Sicherheit. An der Konferenz nahmen 49 Vertragsstaaten teil, 34 Staaten haben die Konferenz beobachtet, darunter vier NATO-Staaten: Belgien, Deutschland, die Niederlande und Norwegen. Nur wenige Tage vor der Konferenz hatten die Niederlande und Belgien, die wie Deutschland US-Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe lagern, entschieden teilzunehmen. Aus Europa nahmen zudem die Vertragsstaaten Irland, Malta und Österreich teil; Bosnien Herzegowina, Finnland, Liechtenstein, Schweden und die Schweiz beobachteten die Konferenz. Australien, das ebenfalls in Wien vertreten war, könnte womöglich als erster Staat, der einem Bündnis mit Atomwaffenstaaten angehört, unter der neu gewählten Regierung den Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren.

An der Konferenz nahmen zudem Vertreter*innen von 85 Nichtregierungsorganisationen teil. Die IPPNW stellte eine

40-köpfige internationale Delegation. Die Zivilgesellschaft erhielt großzügigen Zugang zur Staatenkonferenz, sie war an der Vorbereitung der Arbeitspapiere beteiligt und kam in der Konferenz selbst zu Wort. Die Atmosphäre zwischen den Diplomaten*innen und der Zivilgesellschaft war kooperativ und vertrauensvoll. Mehr: IPPNW

Heidi Kassai: Atomwaffenfrei und ICAN / Opferentschädigung

Eines der wichtigsten Themen bei der ersten Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien ist u.a. die Umsetzung der Artikel 6 und 7. Dabei geht es um die Opferentschädigung und die Sanierung der Gebiete der betroffenen Länder von Atomwaffeneinsätzen in Japan und Atomwaffentests weltweit. Daher fand bei dem zivilgesellschaftlichen Forum von ICAN mit dem Motto „the ban is the plan“ am Wochenende auf 4 Bühnen in drei Stockwerken der "Aula der Wissenschaften" im Herzen von Wien ein sehr umfangreiches und vielfältiges Programm mit Workshops, Podiumsgesprächen und Vorträgen für ca. 600 Besuchern statt. Eines der Podiumsgespräche lief unter dem Titel „Neue klare Wege für den Pazifik“ bei der die Stimmen der Bewohner pazifischer Inseln laut wurden (mit Lena Normand, Olivia Baro, Maureen Penjueli, Danity Laukon). Innerhalb 30 Jahren atomarer Testung von 1966 bis 1996 führte Frankreich als Kolonialmacht von Polynesien im Pazifik, 193 von insgesamt 210 Atomwaffentests durch, davon 46 atmosphärische und 147 unterirdische Tests. Durchschnittlich wurden über 30 Jahre lang alle 2 Monate eine Testexplosion durchgeführt! Die Menschen dort kämpfen seither dafür, dass nicht eine Waffe ein weiteres Mal verwendet wird, dass ihre Stimmen gehört werden, ihre Opfer entschädigt und ihre Gebiete saniert werden!

Trotz allem: bis vor kurzem wagte niemand, über Atomwaffentests zu sprechen – es ist immer noch ein sehr sensibles politisches Thema. Auch die Regierung in Maori (Fidji) traute sich nicht, darüber zu sprechen, wegen der wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu Frankreich, das immer noch seine kolonialistischen Strukturen auf die pazifischen Inseln ausübt. Erst im Jahr 2018 startete die Regierung ein Bildungsprogramm, um die Menschen darüber aufzuklären, was mit ihrem Land und deren BewohnerInnen passiert ist.

2017 wurde eine nationale Nuklearkommission mit einem strategischen Plan zur Entschädigung der Opfer und der Sanierung ihrer kontaminierten Umwelt gegründet. Und dank des Atomwaffenverbotsvertrags gibt es jetzt ein konkretes Mittel, um diesen moralischen Verpflichtungen nachzukommen. Die Hoffnung liegt auch in der kollektiven internationalen Unterstützung zur Abschaffung von Atomwaffen.

Die pazifischen Inseln brauchen dringend internationale, technische und strukturelle Hilfe. Eine längst fällige Entschuldigung von französischer Seite wurde bisher nicht an die Inselbewohner gerichtet.

Die Staatenkonferenz wird nun ihre Forderungen endlich anhören. Das gibt Grund zur Hoffnung.

Die im Anschluß stattfindende NGO TPNW Konferenz „Give peace a chance!“ des IPB (19. Juni 2022), begleitete die UN-Konferenz der Partnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags. Eine der Sprecherinnen war Vanessa Griffin, aktiv gegen Atomtests auf den pazifischen Inseln, Gründungsmitglied der Bewegung Early Nuclear Free and Independent Pacific; pazifische Feministin, Verfechterin der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Frauenrechte, MitarbeiterIn des Pacific Network on Globalization (PANG).

Die polynesischen Inseln wurden als Standort für Atomwaffentests nicht nur durch Frankreich, sondern auch durch Großbritannien und den USA ausgewählt. Dies wurde von der UN sogar geduldet. Proteste gegen Atomwaffentests waren von Anfang an die Säule der Frauenbewegung im pazifischen Raum. Noch immer leiden Menschen nach 50, 60 Jahren an Krebs, sterben frühzeitig und entwickeln in nachfolgenden Generationen sichtbare Missbildungen, Krebserkrankungen und Fehlgeburten. Eines der größten Leiden war es, sogenannte Quallenbabys zur Welt zu bringen.

Die Bombardierung ganzer Atolle und unterirdische Tests verursachten eine Kontamination des gesamten pazifischen Ozeans. Zudem wurden nuklearen Abfälle einfach durch eine Sarkophagdecke überzogen. Atombomben sind schon durch ihre bloße Existenz ein Risiko: Unfälle, menschliche Fehler und technische Unfälle sind nicht ausgeschlossen.

Mehr: atomwaffenfrei.de

Sebastian Leininger, ICAN, NuclearBanWeek: Mitgliedsstaaten und Verhandlungen über Abschlussdokumente

Heute, am dritten und letzten Tag der Staatenkonferenz, arbeiteten die Mitgliedsstaaten engagiert daran, letzte Details der Abschlussdokumente zu verhandeln. In der Vormittags-session im Plenum wurde es noch einmal sehr technisch. Drei wichtige inhaltliche Angelegenheiten zur Erreichung

der Ziele des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) wurden diskutiert: die Einrichtung einer wissenschaftlichen Beratungsgruppe (Scientific Advisory Group), die organisatorische Struktur des Präsidiums in der Zeit bis zur nächsten Staatenkonferenzen des AVVs und die Vereinbarkeit des AVV mit dem nuklearem Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime. Obwohl ein Großteil der inhaltlichen Arbeit zu diesen Themen bereits von den informellen Working Groups der Mitgliedsstaaten vorbereitet wurde, war die Debatte sehr interessant. Besonders die „UN-Nerds“ in unserer Delegation lauschten gespannt den Redebeiträgen der Mitgliedsstaaten und der Diskussion, welche Feinheiten in den Texten der Abschlussdokumente noch angepasst werden sollten.

Als erstes Item auf der Agenda verhandelten die Staaten die konkrete Ausgestaltung einer wissenschaftlichen Beratungsgruppe, die den Mitgliedsstaaten insbesondere bei der Implementierung von Artikel 4 des AVVs mit ihrer Expertise beratend zur Seite stehen wird. Sie wird aus mindestens 12 durch die Mitgliedsstaaten vorgeschlagenen Expert*innen bestehen, die unter Berücksichtigung einer ausgeglichenen geographischen Repräsentanz ausgewählt werden sollen.

Als nächstes stand die Ausgestaltung der Organisationsstruktur der Vertragsstaaten zwischen den Staatenkonferenzen auf der Agenda. Auch dieser Punkt war wichtig, da eindeutig geklärt werden musste, wann und wie die Aufgaben des scheidenden an das neue Präsidium weitergegeben werden sollen.

Der letzte große inhaltliche Tagesordnungspunkt war die Kompatibilität des AVVs mit dem nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime. Zu diesem Punkt meldeten sich viele Mitgliedsstaaten mit Statements zu Wort, die keinen Zweifel daran lassen, dass der AVV mit dem bestehenden Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime vereinbar ist. Präsident Alexander Kmentt bedankte sich explizit für die vielen Redebeiträge zu diesem Agendapunkt. Auch er stellte heraus, dass die erste Staatenkonferenz ein glasklares und starkes Signal an alle Staaten sendet: Der AVV steht nicht in Konkurrenz zu existierenden Abrüstungs- und Nichtverbreitungsnormen! Vielmehr ist der AVV ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt.

Mehr: ICAN

Cara Hamann, Netzwerk Friedenskooperative: Die wichtigsten Punkten, die beschlossen wurden

Am letzten Tag der Konferenz, Donnerstag 23. Juni, wurden die finalen Dokumente verabschiedet. Neben einer politischen Erklärung ([Vienna Declaration](#)) welche die Bestürzung und Beunruhigung über Drohungen mit Atomwaffen ausdrückt sowie alle Drohungen mit Atomwaffen verurteilt, haben sich die Staaten auf einen Action Plan geeinigt.

Der Vertrag soll universalisiert werden, indem die Staaten auf verschiedenen Wegen diplomatische Arbeit mit Nicht-Vertragsstaaten führen. Dafür soll jeder Vertragsstaat die Benennung eines für diese Arbeit verantwortlichen Regierungsvertreters (Kontaktstelle) in 60 Tagen nach der Konferenz vornehmen.

Es wurde eine Frist von 10 Jahren für die Beseitigung von Atomwaffen beschlossen, wenn ein Atomwaffenstaat dem TPNW beitrifft.

Für Staaten mit nuklearer Teilhabe gilt eine Frist von 90 Tage für die Entfernung der Waffen, wenn sie dem Vertrag beitreten.

Es soll eng mit betroffenen Gemeinschaften und Zivilgesellschaft zusammengearbeitet sowie die Vereinten Nationen beteiligt werden.

Betroffenen Staaten wurde Unterstützung zugesichert. Möglichkeiten für die Einrichtung eines internationalen Treuhandfonds für betroffene Gemeinschaften sollen beleuchtet werden. Zweck eines solchen Fonds wäre unter anderem die Unterstützung von Überlebenden und Maßnahmen zur Umweltsanierung.

Der gesamte Text ist zu finden unter: [friedenskooperative](#)

Julian Mühlfellner, DFG-VK, H-M-V-Bildungswerk: Zusammenfassung der Konferenztage

Ich habe daran als Teil der Jugenddelegation (11 Personen) teilgenommen, die vom Friedensmuseum Nürnberg in Kooperation mit dem HMV-Bildungswerk auf die Beine gestellt und finanziert wurde. Im Vorfeld der UN-Konferenz veranstalteten ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und das österreichische Außenministerium Konferenzen über den AVV, mit Fokus auf die verheerenden humanitären Auswirkungen der Herstellung, Testung und des Einsatzes von Atomwaffen. Neben Beiträgen von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen kamen dabei viele Überlebende von Atomwaffenangriffen und -tests zu Wort, bspw. aus Japan, Kasachstan und Französisch Polynesien. Die UN-Konferenz selbst bot keine wirklichen Überraschungen, da die meisten offenen Fragen entweder im Voraus verhandelt wurden – vor allem die Fristen zur Beseitigung von Atomwaffen, falls sich ein Atomwaffenstaat dem Vertrag anschließt – oder vertagt wurden, so z.B. die Frage, wie die Beseitigung von Atomwaffen verifiziert wird.

Die Konferenz war insofern vor allem eine Gelegenheit, das Engagement der Vertragsstaaten zu honorieren und Nicht-Vertragsstaaten zu umwerben, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Bemerkenswert für uns war die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz als Beobachterstaat. Das ist an sich ein positiver Schritt; damit trägt Deutschland zur Finanzierung der Konferenz bei und bleibt im Dialog mit Vertragsstaaten.

Das Statement der deutschen Delegation war allerdings vorhersehbar: Bekenntnis zur NATO als nuklear bewaffnete Allianz (und implizit zur nuklearen Teilhabe Deutschlands), Russland- und China-Bashing, Zweifel an der Vereinbarkeit des AVV mit anderen Verträgen und ein vages Lippenbekenntnis zum Interesse an Opferhilfe.

Ebenfalls enttäuschend war das absolute Desinteresse der deutschen und internationalen Presse. Abgesehen von einer dynamischen Traube japanischer JournalistInnen waren nur vereinzelt JournalistInnen aus anderen Teilen der Welt im Konferenzsaal anzutreffen. In deutschen Tageszeitungen wurde so gut wie gar nichts über die Konferenz berichtet.

Mein Fazit: Der AVV ist ein wichtiges Puzzelstück in der Bemühung, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen und die Auswirkungen von Atomwaffen zu lindern. Er signalisiert den Atomwaffenstaaten, dass ein großer Teil der Menschheit nicht gewillt ist, ihre nukleare Tyrannei einfach hinzunehmen. Gleichzeitig kann der Vertrag diese Staaten und ihre Verbündeten nicht dazu bewegen, ihre Atomwaffen aufzugeben. Das kann nur unerlässlicher Druck vonseiten der Bevölkerung erreichen.

Wie die Konferenz in Wien einmal mehr gezeigt hat, fehlt der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Atomwaffenpolitik der Bundesregierung. Vielleicht fehlt momentan auch der Wille, diese zu ändern – oder zumindest der Glaube, dass Veränderung möglich ist. Daran müssen wir arbeiten.

Quelle: [dfg-vk-bayern](#)

Medienecho zur Konferenz:

<https://nuclearban.de/auf-dem-weg-nach-wien/medienecho>

Hannover als Lead City und Exekutivstadt der **Mayors for Peace** war zu Gast bei der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien (21.-23. Juni). Bürgermeister Thomas Hermann vertrat die Landeshauptstadt.

In Wien fand außerdem ein Meeting der Exekutivstädte der Mayors for Peace statt, auf dem Bürgermeister Hermann über die Arbeit und Aktionen der deutschen Mayors for Peace berichtete. Bürgermeister Matsui (Hiroshima) würdigte in diesem Rahmen das intensive Engagement Hannovers für das Netzwerk und die große Zahl der deutschen Mitgliedsstädte. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist die Zahl von 700 auf über 800 Städte angestiegen. Ein Treffen des European Chapters der Mayors for Peace rundete die Zusammenkunft in Wien ab. Mehr als 500 deutsche Städte zeigten am 8. Juli, dem Flaggentag der Mayors for Peace, vor den Rathäusern Flagge für die Abschaffung der Atomwaffen.

Nach der Wiener Konferenz richtet sich der Blick der Mayors for Peace auf die Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in New York im August. [Hannover.de](#)

Vom 01. bis 26. August 2022 findet die zehnte Überprüfungs-konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen bei den Vereinten Nationen in New York statt.

Der Nichtverbreitungsvertrag ist 1970 in Kraft getreten und hat heute 191 Vertragsstaaten. Er soll u.a. die Weitergabe von Kernwaffen und Waffentechnologie verhindern und nukleare Abrüstung unterstützen. Dieses Ziel ist auch mehr als fünfzig Jahre, nachdem der Vertrag in Kraft getreten ist, extrem aktuell und wichtig: Noch immer gibt es mehr als 13.000 Atomwaffen auf der Welt, viele davon sind sofort einsatzfähig.

Alle fünf Jahre wird die Umsetzung des Nichtverbreitungsvertrags im Rahmen einer Staatenkonferenz überprüft. Die ursprünglich für 2020 geplante Konferenz musste allerdings aufgrund der Corona-Pandemie auf dieses Jahr verschoben werden.

Quelle: [icamw.de](#)

Tagung der Attac AG Globalisierung und Krieg Wege zum Frieden - Den globalen Krieg verhindern! Abrüsten statt Aufrüsten! 23. und 24. September 2022 in Frankfurt am Main

Nicht erst seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stehen die weltpolitischen Signale auf Sturm. Eine neue, globale **Ost-West-Spaltung** wird zunehmend etabliert: in Europa zwischen Russland und der Nato; in Asien zwischen der neuen Militär-Allianz AUKUS (USA, Australien, Großbritannien) und der VR China als Kontrahenten. Statt dem erhofften Ende der Blockkonfrontation erleben wir einen Machtkampf um globale Führung und Einflussgebiete. Er wird diplomatisch, propagandistisch, ökonomisch und zunehmend auch militärisch ausgetragen. Ein **neues Wettrüsten** hat begonnen, während bestehende Rüstungskontrollverträge aufgekündigt wurden. Die **Gefahr einer atomaren Eskalation** wächst, neue Technologien - vom Killerroboter über Hyperschallwaffen bis zu Cyber War und Miniatur-Atomwaffen - drohen das ohnehin prekäre Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Atom-mächten zu destabilisieren.

Auf beiden Seiten geht es **angeblich um bedeutende Werte**. Der US-Präsident hat einen globalen Kampf zwischen Demokratie und Autokratie ausgerufen. Der russische Präsident hat sich zum Vorkämpfer einer Entnazifizierung der Ukraine ernannt. Beide stilisieren ihre Interessenskonflikte zum Kampf zwischen Gut und Böse. Beide halten sich in dieser Schwarz-Weiß-Welt selbst für die Guten, die andere Seite für die Inkarnation des Bösen.

Wir haben Grund, an solch hehren Motiven zu zweifeln. Doppelte Standards fallen ins Auge: die Missachtung anerkannter völkerrechtlicher Prinzipien wie etwa das Verbot von Angriffskriegen ist in beiden „Lagern“ eklatant. Jede Seite biegt sich das Völkerrecht so lange zurecht, bis es in die eigenen machtpolitischen Interessen passt.

Auch werden **die ökonomischen Interessen** etwa am weltweiten Einfluss der eigenen Konzerne des digitalen Kapitalismus, an den Profiten der Rüstungsindustrie oder am privilegierten Zugang zu strategischen Rohstoffen ausgeblendet. Werte wie Frieden, friedliche Koexistenz und Kooperation tauchen in der angeblich so wertebasierten Außenpolitik nicht auf. Die Logik des Militärischen verdrängt die der Diplomatie und der friedlichen Konfliktlösung. Vernunft und Humanität drohen immer weiter unterzugehen.

Wir setzen dem die Forderung entgegen, Sicherheit neu zu denken. Globale Sicherheit erfordert den gegenseitigen Respekt elementarer Schutzbedürfnisse, und die gemeinsame Bekämpfung existenzieller Bedrohungen wie den Klimawandel, Armut und Hunger und die Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen, durch eine destruktive, nur an kurzfristigem Profit orientierten Wirtschaftsweise. Und sie erfordert die Bereitschaft die Kriege in der Ukraine, im Südjemen, in Syrien durch Kompromisse und Verhandlungen zu beenden und an einer internationalen Friedensordnung zu arbeiten.

Diese Themen wollen wir bei unserer Tagung beleuchten, und friedenspolitische Handlungsoptionen aus der Zivilgesellschaft herausstellen.

Eröffnungsveranstaltung - Podiumsgespräch

Freitag 23.09.2022, 19:00 Uhr – 21:30 Uhr
Saalbau Südbahnhof, Streaming geplant
mit Michael von der Schulenburg, früherer UN- und OSZE- Diplomat und N.N. - Moderation: Peter Wahl

Ganztägige Seminarreihe

Samstag 24.09.2022, 10:30 Uhr – 18:00 Uhr
Saalbau Gallus

Arbeitsgruppen mit den jeweiligen Impulsgebern – geplant

Vormittag:

AG 1 Pazifischer Raum, Konfrontation China/ USA + Aukus: Renate Dillmann (angefragt)

AG 2 Konfliktanalyse Ukraine-Krieg: Peter Wahl, Gründungsmitglied von *Attac*, Mitbegründer von *WEED*

AG 3 Nukleare Rüstung vs. A-Waffen-Verbotsvertrag: Regina Hagen von *atomwaffenfrei.jetzt*

Nachmittag:

AG 4 Systemische Triebkräfte Ökonomie: Rüstung, Ressourcen. Sanktionen als Waffe:

Lukas Zeise, *ehem. Financial Times*

AG 5 Globaler Süden in der Weltkrise, Klima, Ernährung, Interventionskriege:

Francisco Marí, *Brot für die Welt*

AG 6 Der neue Kalte Krieg? Mögliche Ergebnisse eines „eingefrorenen“ Konflikts Russland/ Ukraine /NATO:

Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisation Tübingen

AG 7 Konsequenzen des Kriegs für die EU:

NN, Attac-BAG Europa

Abschlussplenum (ca. 16 – 18.00 Uhr)

Dem Globalen Krieg widerstehen!

Veranstalter und Unterstützer:

IPPNW Frankfurt, Attac GuK, Attac Frankfurt, Attac Würzburg, Attac-BAG Europa, DFG-VK Frankfurt
Stand: 15. August 2022

Aktualisierte Infos:

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg>

Ukraine-Krieg und Wege zum Frieden

Der Krieg in der Ukraine und seine geopolitischen Hintergründe. Vortrag von Peter Wahl (attac), 27. Juni 2022 in München: Krieg ist kein Mittel zur Konflikt-

Lösung. Wir müssen raus aus der Gewaltspirale. Deeskalation hat absolute Priorität. - [Video](#)

Deeskalation hat absolute Priorität. - [Video](#)

G7-Demo in München: [Video](#) zur Demo

Lühr Henken, Vortrag am 14.6.2022: Was tun gegen Milliardenaufrüstung und Krieg in Europa?

- [Video](#) - [Text](#)

Termine der Friedensbewegung in Deutschland

**Mi., 17. – So., 21. Aug.,
Mönchengladbach: Europäische
Sommeruniversität der sozialen
Bewegungen, [ESU](#)**

**Fr., 19. Aug 10:00 Europa im
Angesicht des Krieges** Christophe
Aguiton, Bernard Dréano, Raum S101
**Sa., 20. Aug 10:00 Die EU, der Krieg
und der Klimawandel** Raum S203 (en)
**14:00 Der Krieg in der Ukraine -
Hintergründe und Alternativen auf
dem Weg zum Frieden**

**Sa., 20. Aug 14:30, Kassel:
Die doppelte Gefahr der
Selbstvernichtung**, Vortrag / Diskussion
mit Michael Müller (Bundesvorsitzender
der NaturFreunde) VA: [Kasseler
Friedensforum](#) und Kasseler
NaturFreunde

**Mi., 24. Aug 18:00, Herford
Atomkrieg verhindern – Weltfrieden
gestalten**, Vortrag / Diskussion mit Dr.
Angelika Claußen (IPPNW) und Dr.
Christine Schweitzer (BSV), VA: Rosa-
Luxemburg-Club Herford, IPPNW
Deutschland, Rosa-Luxemburg-Stiftung
NRW. Webseite: [rosalux.de](#)

**Mi., 24. Aug 19:00, Online:
„Das Scheitern eines Projektes
gemeinsamer Sicherheit in Europa
1991-2022“** mit David X. Noack
(Lehrbeauftragter Uni Bremen), via
<https://zoom.us/j/526339150>, VA:
NaturFreunde Berlin und die
NaturFreunde Hamburg

**Do., 25. Aug 20:00 - 26. Aug 21:30,
Bonn: „Zerbombt“, Theaterstück,
Anti-Kriegs-Drama von Sarah Kane**,
1995 unter dem Eindruck der
Jugoslawienkriege entstanden und
derzeit wieder erschreckend aktuell.
Euro Theater Central, Bonn

**Sa., 27. – So., 28. Aug Berlin: Fest des
Friedens und der Solidarität**, Rosa-
Luxemburg-Platz, VA: [pressefest.dkp.de](#)

**Mo., 29. Aug 20:00, Essen: "Sicherheit
neu denken! - nachgefragt",**
Podiumsgespräch im Grillo Theater mit
Essener Politiker*innen im Gespräch mit
Ralf Becker (Koordinator der Initiative
snd), VA: Friedenskreis im Forum
Billebrinkhöhe, EXILE
Kulturkoordination e.V., Schauspiel
Essen (Anmeldung: [politischer-salon-
essen@exile-ev.de](mailto:politischer-salon-essen@exile-ev.de))

**Di., 30. Aug - So., 04. Sept, Kassel
„Rheinmetall entwarnen“,
Große Antikriegsaktion - Camp und
Aktionstage, Innenstadt Kassel**

--- September 2022 ---

**Do., 01. Sept Antikriegstag
1939 Beginn Zweiter Weltkrieg**
- Bundesweit Veranstaltungen:
<https://www.friedenskooperative.de/termine>

**Fr., 02. Sept 18:30, Bonn, Migrapolis
Wahrheitskommission in Kolumbien**,
Ausstellung, VA: COLPAZ -Frieden für
Kolumbien, Nodo Alemania Berlin, Ev.
Migrations- und Flüchtlingsarbeit Bonn
Alexandra Bisbicus, Anmeldung:
colpaznrw [at] riseup [dot] net

**Do., 08. Sept 19:00, Mannheim,
Bürgerhaus Neckarstadt-West, Lutherstr.
17-19: Wie sind die Perspektiven einer
israelisch/palästinensischen
Verständigung?**
Geplant: Vortrag und Diskussion mit
Andreas Zumach (Journalist, Berlin),
VA: Nahostgruppe Mannheim, u.a.

**Sa., 10. Sept 19:30, Ulm,
friedenswochen-ulm.de**
"Julian Assange – Der Friedenspreis-
träger", Vortrag / Diskussion, VA: Free
Assange Gruppe Ulm

**Mo., 12. Sept 19:00: Online-Diskussion
"Sudan" - Wo steht Darfur nach den
Friedensvereinbarungen von Juba?**
Anmeldung erforderlich: [darfur-hilfe
\[at\] web \[dot\] de](mailto:darfur-hilfe[at]web[dot]de), VA: Darfur-Hilfe in
Kooperation mit: Gesellschaft für
bedrohte Völker

**Mi., 21. Sept Internationaler Tag des
Friedens (UNO)**

**Sa., 24. Sept, Bonn und bundesweit
Aktionstag der "Rettungskette durch
Europa", in Solidarität mit Menschen
auf der Flucht: Infos: demnächst unter
www.bonner-friedenstag.de**

--- Oktober 2022 ---

**Sa., 01. Okt Berlin
Bundesweite
Friedensdemonstration**
(in Planung)
VA: Bündnis von Friedens-Initiativen
und -Organisationen

**Fr. 07. Okt 19:00, Bad Kreuznach:
Asyl in Afrika?-- Droht die
Auslagerung des Flüchtlingsschutzes
in die Länder südlich des Sahels? Die
EU und das Grenzregime im
nördlichen Afrika**, mit Allasane Dicko
(Mali, europe-afrique interact), VA:
netzwerk-am-turm.de

**Mi., 12. Okt 19:30 Heidelberg:
Palästina und die Palästinenser**, mit
Dr. Muriel Asseburg (Buchautorin u.a.
"Palästina und die Palästinenser - Eine
Geschichte von der Nakba bis zur
Gegenwart"), VA: VHS Heidelberg In
Kooperation mit dem Palmyra
Verlag/Nahostarchiv Heidelberg, vhs-
hd.de

**So., 30. Okt, 17:00 Köln
Ukrainekrieg - Auswirkungen auf den
Nahen Osten und Nordafrika und
andere Weltregionen**
(geplant) Vortrag und Diskussion mit
Andreas Zumach, VA: VHS Köln,
Melanchthon-Akademie und
Friedensbildungswerk Köln.

Umfassender Terminkalender:
www.friedenskooperative.de/termine
[https://www.attac-netzwerk.de/ag-
globalisierung-und-krieg/
veranstaltungen/termin-uebersicht](https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/veranstaltungen/termin-uebersicht)

**zeitung
gegen den krieg**

neue Ausgabe zum Antikriegstag 2022

<https://zeitung-gegen-den-krieg.de/>

Einige Friedensorganisationen:

<https://friedensratschlag.de/>

<https://www.friedenskooperative.de/>

<https://www.imi-online.de/>

<https://www.ippnw.de/>

<https://www.paxchristi.de>

Gewalt und Elend in Afghanistan Friedensbewegung mahnt Hilfen für die Bevölkerung an

Nutzt gesperrtes afghanisches Staatsvermögen zur Linderung der katastrophalen Lage

15.8.2022 - Ein Jahr nachdem mit der Evakuierungsoperation des Auswärtigen Amtes vom 16.-26. August 2021 für Deutschland der Krieg am Hindukusch endete, ist die Situation in Afghanistan katastrophal. Der hungernden Bevölkerung muss dringend geholfen werden. Das eingefrorene afghanische Staatsvermögen (sieben Milliarden US-Dollar in den USA und drei Milliarden in Europa) muss für humanitäre Zwecke freigegeben werden. Außerdem fordern wir die Aufarbeitung der Rolle Deutschlands im Krieg gegen Afghanistan durch die vom Bundestag am 8. Juli 2022 eingesetzte Enquete-Kommission.

Die Bilanz des Nato-Krieges, an dem Deutschland 20 Jahre lang beteiligt war, ist für die Menschen und für Werte wie Demokratie und Freiheit verheerend. Neben Hunderttausenden von Toten und Kriegsversehrten sind die Folgen der Militärintervention mehr Armut und mehr Flüchtlinge sowie eine Hungersnot. 95 Prozent der schätzungsweise 39 Millionen Einwohner:innen Afghanistans haben laut UNO nicht genug zu essen. Mit einem Bruttosozialprodukt von 469 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2021 gehört das Land nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Erde. Die Flüchtlingszahlen haben sich zwischen 2015 und 2021 auf 2,8 Millionen verdoppelt. Die Sicherheitslage bleibt besorgniserregend. Schon vor der Machtübernahme durch die Taliban waren Frauen und Mädchen in Afghanistan geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt, berichtet Amnesty International. Zwischen Januar und Juni 2021 registrierte das afghanische Ministerium für Frauenangelegenheiten 1.518 Fälle von Gewalt gegen Frauen, darunter 33 Morde. Außerdem: Schläge, Belästigung, Zwangsprostitution, Verweigerung von Unterhaltszahlungen sowie Zwangs- und Frühverheiratungen.

Die vom Bundestag am 8. Juli 2022 eingesetzte Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige ver-

netzte Engagement Deutschlands“ muss folgende Themen abarbeiten:

- die völkerrechtlichen Verstöße der militärischen Interventionen in Afghanistan und in benachbarten Staaten aufklären,
- die von deutscher Seite verfolgten Ziele, deren Begründungen und die verfolgten Interessen klären,
- die humanitären Folgen des NATO-Einsatzes, die Zahl der direkt durch Kriegshandlungen getöteten oder verwundeten Menschen, ggf. auch Hinweise auf die Täter erfassen,
- die von Deutschland aufgebrauchten finanziellen und materiellen Mittel für den Afghanistaneinsatz und damit zusammenhängende weitere Einsätze dokumentieren.

Sie muss die Frage beantworten, ob die Aussage des Bundesverteidigungsministeriums „es ging um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte... Zwei Jahrzehnte kämpfte die NATO für die Zukunft des Landes“ tatsächlich haltbar ist. Was im Einzelnen untersucht werden soll, finden Sie im Anhang aufgelistet.

Schon jetzt müssen wir feststellen: Militärinterventionen dürfen kein Mittel deutscher Außenpolitik sein. Sie werden uns als vermeintlich schnelle Lösung präsentiert, um Ruhe und Sicherheit in einem fremden Land herzustellen – bringen aber wie im Fall Afghanistans vor allem Gewalt und Elend über die dortige Zivilbevölkerung.

Angaben zu Quellen:

<https://unric.org/de/afghanistan21072022/>

UndataApp zu Afghanistan:

[https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghani sta...](https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghani_sta...)

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/afghanistan-2021#secti...>

<https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/abzug-afghanistan>

u.a. [hier](#) veröffentlicht

<http://www.globale-leipzig.de/>



Die globaLE ist ein politisches Filmfestival in Leipzig, welches an verschiedenen wechselnden Orten im ganzen Stadtgebiet jedes Jahr über mehrere Wochen stattfindet. Wir nutzen Film als Medium, um die weltweiten Zusammenhänge und Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zu dokumentieren, aber auch um den Widerstand gegen Ausbeutung und Ausgrenzung zu zeigen und wie Menschen ihren Mut, ihre Würde und ihre Hoffnung nicht verlieren.

Fr. 07. – So. 09. Okt Berlin - Konferenz „Vergesellschaftung – Strategien für eine demokratische Wirtschaft“

Ramona Schmidt, Pressesprecherin des Konferenzteams: „Zeitgleich zum Start der Anmeldephase zeigen sich erneut die Abgründe einer auf Privateigentum und Gewinnorientierung basierenden Wirtschaft, die nicht an einem guten Leben für alle ausgerichtet ist: Während ein Großteil der Bevölkerung besorgt einem Winter mit extremen Energiepreiserhöhungen entgegenblickt, erwarten Energiekonzernriesen üppige Gewinne. Parallel dazu wird Vergesellschaftung in Berlin konkret. Dort nimmt die Kommission zur Enteignung großer Wohnkonzerne ihre Arbeit auf. Jetzt ist es an der Zeit, der Debatte um Vergesellschaftung Auftrieb zu verleihen!“

Mehr zum Programm, zu Referent*innen und zur Anmeldung unter: <https://vergesellschaftungskonferenz.de>